

FORUM SCHWEIZ

DAS MAGAZIN

EG

Arbeitslosigkeit

Aktuell
Thema:
Arbeits-Los
Daten
Zusammenhänge
Festung Europa
Umwelt
Forum

1 / 1993

Inhalt

Editorial	2
Aktuell	
Jugend und EWR? - Die neue Initiative	3
Heilige und unheilige Allianzen	5
Eurosuisse	5
Dänemark	6
Thema: EG und Arbeitslosigkeit	
Problemstellung	7
Arbeits-Los	
Krank scheint nicht das System...	
...krank werden erst die Arbeitslosen	8
Quelques réflexions sur le chômage	9
Arbeitslosigkeit hat ein Geschlecht	10
Arbeitslos im ganzen EWR?	12
<u>Daten Europa / Schweiz</u>	14
Zusammenhänge	
Versuch einer Beschäftigungspolitik mit globaler Perspektive	16
Buchbesprechung	20
Hochzinspolitik und Arbeitslosigkeit	22
Vom Recht auf Arbeit zum Recht auf Beruf	24
Arbeit Bildung Macht EG	27
Arbeitslosigkeit als Suche der Gesellschaft nach sich selbst.....	28
Vor 144 Jahren: Naiv - oder noch unbesangen?	35
Literatur	36
Schlussblick	37
Festung Europa?	
Euro-Armee und Frankreich	38
Vom europäischen Desaster	39
Umwelt	
Beispiel Alpen	40
Global konferieren, lokal umsetzen	41
Forum	
Forum gegen EWR- und EG-Beitritt	42
Bildung von Arbeitsgruppen	43
Petition	43

Impressum

Herausgeber: Forum gegen EWR- und EG-Beitritt. Bewegung für eine direktdemokratische, um-weltverbundene Schweiz, Sandrainstr. 83, 3007 Bern, Tel: 031 / 46 03 15
Redaktion: Markus Sieber (verantwortlich für diese Nummer), Gerold Aregger
Satz und Gestaltung: Markus Sieber, Ueli Bühler, Gerold Aregger, Romana Tomasi, Elsbeth Tomasi
Druck: basisdruck Bern
Auflage: 3'000
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Abonnement: 50.-, Einzelverkaufspreis: 13.-

Das nächste Magazin...

wird, sofern wir auf Ihre Unterstützung bauen können, den Themenkreis Luft - Klima - Ozonloch - Verkehr - Schadstoffe behandeln. Wie stellt sich das EG-Projekt angesichts der drohenden Weltkatastrophen Klimaerwärmung und Ozonloch dar?

Daneben werden wir mit Porträts ausländischer EG-Gegnergruppierungen beginnen und Ihnen wiederum eine Vielzahl von Informationen zu EWR und EG anbieten.

Für Reaktionen und Einsendungen aller Art - Artikel, Briefe, Informationen (auch vertrauliche), Zeitungsausschnitte (v.a. ausländische), Bilder usw. sind wir Ihnen dankbar!

Editorial

Die nächste Abstimmung über einen EWR-Beitritt wird stattfinden. Die Initiative, mit welcher jüngere Bürgerinnen und Bürger den Eurokarren unter den wohlwollenden Augen und Zustücken von oben weiterzuzerren suchen, finden Sie auf den nächsten Seiten bis in einige Hintergründe beleuchtet.

Aus dem Schweizer Politbüchchen ins europäische Haus? Hier wie dort muten die Zustände gegenwärtig nicht gerade anheimelnd an. Und wer liest, der dänischen Regierung sei durch das Ja zu Maastricht "der Rücken gestärkt worden", fragt sich unwillkürlich, ob es sich so besser auf glühenden Kohlen steht, wie sie in den blutigen Krawallen in der Nacht nach dem Entscheid aufglommen.

Die nächste Abstimmung kommt bestimmt. Und wie sie verlaufen wird, ist jetzt schon grosso modo absehbar. Nein, ein zweites "Aufbdäumen des Volkes" wird es in der gehabten Art nicht mehr geben. Noch viel länger und schwerer wird auf unser "Volksempfinden" aus hochdotierten Propagandaröhren geschossen werden. Und dass der Vorwurf der Unsolidarität des "Alleingangs" berechtigt sein könnte, das wird manche eine und einen über dieses Nein hinausdenken lassen.

Daraus muss aber nicht ein Ja, daraus kann ein nüchterneres, bewussteres und dadurch noch viel stärkeres Nein werden. Weiterhin wollen wir vom Forum uns dafür einsetzen.

Im FORUM MAGAZIN, das - Ihre kräftige Unterstützung vorausgesetzt - vierteljährlich erscheinen wird, soll das EG-Projekt anhand der wichtigsten Themen und Probleme der Gegenwart gründlich geprüft werden. Jedes Heft wird einen Schwerpunkt und eine Vielfalt weiterer Themen behandeln.

Arbeitslosigkeit legt sich mit atemberaubender Geschwindigkeit über das Land, den Kontinent, die ganze westliche Welt. Überall sonst sitzt sie aller-

dings schon lange an fast allen Tischen, wo es denn Tische hat: 17,5 Millionen Menschen sind gegenwärtig auf der Flucht. Arbeitslosigkeit: Gibt sie uns nur zur Furcht um unsere Futterkrippen Anlass?

Wir setzen uns von den verschiedensten - und durchaus auch widersprüchlichen - Standpunkten, die sich im Forum zusammengefunden haben, mit dieser sozialen Grundfrage in Bezug auf die EG auseinander. Wir freuen uns auch über EG-Befürworterinnen und Befürworter als Leserschaft. Dass gegen die EG, den EWR nicht einfach "Neinsager" aufgestanden sind, dass unser Nein zur EG schützenden Raum schaffen kann für ein Ja zu Besserem, davon werden Sie sich im FORUM MAGAZIN überzeugen können.

Mit besten Grüßen

Markus Sieber

P.S. Bitte unterstützen Sie uns! Das FORUM MAGAZIN stellt unseren Versuch dar, weitere Kreise anzusprechen, die ein - für die ganze Welt - offenes Nein zum Grossmachtprojekt der EG vertreten. Nur mit Ihrer materiellen Antwort wird dieses Projekt, das wir für notwendig halten, leben können!

Bitte abonnieren Sie das FORUM MAGAZIN - Sie finden einen Einzahlungsschein beiliegen. Das Abo kostet Fr. 50.-, Ihre darüber hinausgehende Spende ist mehr als willkommen! Mit diesen Fr. 50.- können Sie zugleich Mitglied des Vereins "Forum gegen EWR- und EG-Beitritt" werden, dessen Statuten und Kurzvorstellung Sie auf Seite 42/43 finden. Kreuzen Sie einfach den Einzahlungsschein entsprechend an. - Herzlichen Dank!

Jugend und EWR? - Die neue Initiative

Wann kommt die nächste Abstimmung?

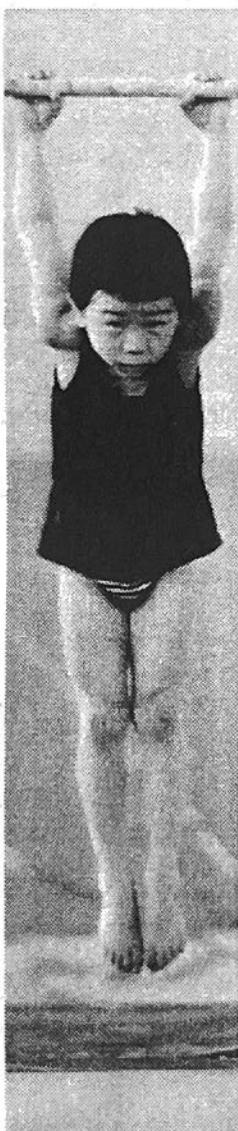
"Zahlreiche Personen, ob sie nun Ja oder Nein gestimmt haben am 6. Dezember, waren erstaunt, welche Bedeutung die europäische Integration für die Schweizer Jugend offensichtlich hat." So schreibt das Comité Né le 7. Décembre nach der Lancierung seiner EWR-Initiative in einem Flugblatt.

Schweizer Jugend? Moment mal!

Tatsache ist: unterstützt wird die neue Initiative von einem grossen Teil der organisierten Jugend - das Initiativkomitee besteht fast ausschliesslich aus Personen unter 30.

Geboren ist die Initiative, wie ihr Name schon besagt, am 7. Dezember, frühmorgens nach einer ins Wasser gefallenen Freudenfeier junger EWR-BefürworterInnen in Neuenburg, unter anderem Aktive der Eurock-Fiesta (Jugend für den EWR) vom 31. Oktober auf dem Bundesplatz. (Wir erinnern uns an einen kaltfeuchten Samstag mit dem Bundesplatz voller farbiger Fähnlein und einer Bühne für verschiedene Bands. Politiker wie Altbundesrat Friedrich und Nationalrätin G. Aubry gehörten zum Publikum, Arnold Koller blies auf dem Saxophon den Marsch, und Jugend kam trotz allem kaum.)

Aus den gleichen Kreisen entsprang die Idee der nationalen Demo in Bern gleich nach der Abstimmung, am 19. Dezember, gegen das EWR-Nein, zu der das Komi-



tee, die schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Jugend für den EWR, Génération Europe und weitere Gruppierungen aufgerufen hatten. Rund 6'000 Leute gerade, vor allem aus der Romandie, vermochten sie zu mobilisieren.

Zwischen einigen dieser Gruppierungen existieren enge personelle Verflechtungen, aus denen nun das Komitee zum Teil besteht. Interessant ist die Rolle, welche die **Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)** bei dieser Bewegung spielt. Die SAJV ist eine Art Jugendlobby, in der sich zahlreiche Jugendverbände wie die Jungparteien (die Jung-SVP ist mittlerweile ausgetreten), Gewerkschaftsjugend, Pfadfinder, Jugend-austauschorganisationen, Jugendmusiken etc. vereinigen. Zu ihren Aufgaben gehört die Jugendarbeit, und sie macht sich durchaus nützlich. Ein Resultat ihrer politischen Arbeit ist zum Beispiel die Jugendurlaubswocche - eine zusätzliche Ferienwoche für junge ArbeitsnehmerInnen, die sie für Jugendarbeit (Pfadilager usw.) gebrauchen können. Auch die Jugendsession 1991 im Bundeshaus wurde von der SAJV organisiert. SAJV-Leute waren auch an der 1. Young Leaders Conference dabei, einer Nachfolgekonferenz für jugendliche Führungskräfte im Rahmen der KSZE.

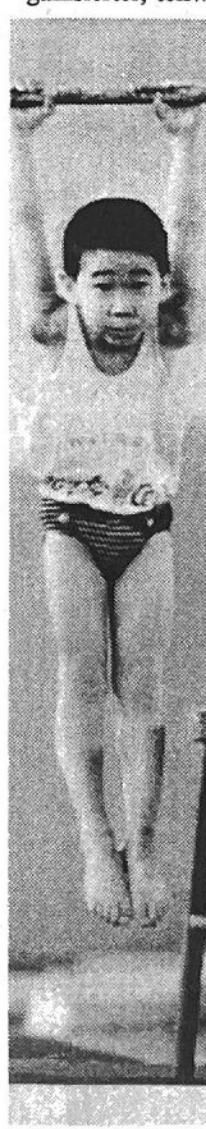
Die SAJV unterhält ein gutbelegtes Sekretariat, was bei einem Jahresbudget (1993) von 850'000 Franken nicht erstaunt. Davon deckt der Bund die Hälfte ab (430'000,-, rechnet man auch die indirekte staatliche Unterstützung dazu, die über die Mitgliederverbände einfließt, erhöht sich dieser Betrag noch). Die SAJV hat bereits auf die EWR-Abstimmung vom 6. Dezember eine Ja-Resolution veröffentlicht und drängelt jetzt mit auf eine zweite hin, indem sie die entsprechende Initiative aktiv unterstützt.

Eurofreundliche Schweizer Jugend?

Deutlich muss zweierlei festgestellt werden: Erstens ist die Jugend am 6. Dezember nicht überstimmt worden, wie anfangs laut befürchtet worden ist (oft von älteren

Politikern). Die Vox-Analyse meint, "es habe sich kein klarer Gegensatz zwischen den Generationen, zwischen Jungen und Alten identifizieren lassen". Und das CP-Institut in Zürich wird deutlicher: "Jugendspezifische Kampagnen sollten die jüngere Wählerschaft für ein Ja mobilisieren und mit dem Argument der 'verbauten Zukunft' die ältere Generation überzeugen helfen. Die Resultate zeigen, dass das Alter eine geringe oder - bei Kontrolle des Bildungsfaktors - sogar keine Rolle für das Ja oder Nein spielt. Beim EWR-Entscheid des Souveräns kam kein Generationenkonflikt zum Ausbruch."

Zweitens ist das, was sich jetzt als die Jugend ausgibt, eine Ansammlung gutorganisierter, teilweise hierarchisch strukturierter Organisationen,



die von staatlicher Seite, von Parteien oder Wirtschaft massiv unterstützt werden. Trotzdem wird der PR-Wert des Slogans "Jugend für Europa" natürlich hoch bleiben.

Die Initiative

Inhaltlich bringt die Initiative folgendes: Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung sollen mit drei neuen Artikeln ergänzt werden, wobei der erste der wesentliche ist:

Art. 20 (neu)

1 Die Schweiz beantragt, Partei des Vertrags über den Europäischen Wirtschaftsraum zu werden.

2 Der Bundesrat ist ermächtigt, die notwendigen Abkommen auszuhandeln, abzuschliessen und zu ratifizieren.

3 Für spätere Änderungen dieser Abkommen gilt das ordentliche Verfahren.

Absatz 2 will dem Bundesrat tatsächlich freie Hand lassen, einen allfälligen neuen Vertrag nicht nur auszuhandeln, sondern gleich noch zu ratifizieren, ohne Volk und Stände zu befragen. Damit wird der Art. 89 Absatz 5 der Bundesverfassung ausserkraftgesetzt, der besagt, dass der Beitritt zu supranationalen Gemeinschaften der Volksabstimmung untersteht. Sicher können da auch viele EWR-BefürworterInnen nicht dahinterstehen.

Die beiden weiteren Artikel sind reine Floskeln und zeugen von rechter EWR-Blindheit:

Art. 21 (neu)

Bei der Anpassung des Landesrechts an das Recht des Europäischen Wirtschaftsraums sorgen alle Behörden für eine nachhaltige und ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und achten darauf, dass die sozialen und demokratischen Errungenschaften sowie der Umweltschutz erhalten bleiben.

Art. 22 (neu)

Der Bund berücksichtigt bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Europäischen Wirtschaftsraums sowie bei Fragen der europäischen Integration die Kompetenzen der Kantone und wahrt ihre Interessen. Er informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei.

Was Artikel 21 betrifft, will ja die Initiative gerade demokratische Kompetenzen von der Volksebene zum Bundesrat verschieben. Dass ein EWR-Vertrag als Ganzes die direkte Demokratie stark einschränkt, indem EWR-Regelungen laufend übernommen werden müssen, ist schwer bestreitbar. "Die demokratischen Errungenschaften" erhalten und per Bundesratsentscheid in den EWR eintreten wollen, ist ein Widerspruch in sich. Auch ist abzusehen, dass der soziale und der Umwelt-Standard im EWR gerade nicht aufrechterhalten werden kann.

Artikel 22 mit dem Einbezug der Kantone klingt föderalistisch, erreicht würde aber das Gegenteil. (Im Vorfeld der Initiative waren die Kantone Freiburg und Wallis beteiligt.)

Ursprünglich kündigten die Initianten an, die Unterschriften in Windeseile beisammen zu haben. Ende März waren es etwas über die Hälfte. Seither harzt es.

Wahrscheinlich wird auch das reduzierte Ziel, die nötigen Unterschriften vor den Sommerferien zu haben, nicht erreicht werden. Dies, obwohl sie von den meisten Parteien unterstützt werden; in der Romandie sammeln SP, FDP und CVP aktiv mit, die SP Schweiz legte ihrer Mitgliederzeitung Initiativbögen bei.

Die nächste Abstimmung

Erste Mutmassungen liefern darauf hinaus, die Abstimmung könnte schon im Frühling oder Sommer 94 stattfinden.

Es muss damit gerechnet werden, dass der politisch unbedarften Jugendverbands-Initiative, die vor dem Volk keine Chance hat, von der Parlaments-Mehrheit ein Gegenvorschlag zur Seite gestellt wird, der nach massenpsychologischen Regeln der Kunst formuliert und geschickt als gutschweizerischer Kompromiss verkauft werden könnte.

"Der innenpolitische Notfalldienst rückt endlich aus. Unfallsituation: Der Bundesrat zappelt verzweifelt im Europa-Sumpf. Einsatzleiter: der St. Galler CVP-Nationalrat Eugen David. Seine Rettungsmassnahme: so schnell wie möglich eine neue Europa-Volksabstimmung, die Bern die Legitimation zurückgibt. Man darf wieder hoffen. (...) Eugen David persönlich bezweifelt, ob eine zweite EWR-Abstimmung tatsächlich eine realistische politische Option ist - "aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt auch aus terminlichen". (Originalton des Euro-Fans Sebastian Speich in Cash, 7.5.93, unter dem sinnigen Titel: "Der trickreiche Weg, um doch noch nach Europa zu kommen".)

Mittlerweile liess Bundesrat Ogi aber verlauten, vor Ende 94 komme die Initiative nicht vors Volk. Auch die Parteien üben auffällige Zurückhaltung. An einer zweiten europapolitischen Abstimmungsschlacht sind sie offenbar bis nach den Parlamentswahlen im Herbst 95 nicht interessiert - mit Recht bangen FDP und CVP um ihre Schäfchen, der SVP droht die Parteispaltung, und auch die SP weiss, dass sie ihre sozialen und

ökologischen Europa-Bedingungen nicht wird durchsetzen können.

"Von all den bürgerlichen Meinungsdirigenten, die vor einem halben Jahr eindringlich die Notwendigkeit oder Unausweichlichkeit des EWR-Beitritts beschworen, fehlt jetzt in der Europapolitik jede fassbare Spur. Sie warten auf bilaterale Verhandlungen und auf eine EWR-II-Initiative welscher Jugendlicher. Eigene Ideen und konkrete Perspektiven zeigt (oder hat) man kaum. Auch die Sozialdemokraten weisen keine Richtung: Einzelkämpfer propagieren wahlweise einen neuen EWR-Vorstoß, EG-Verhandlungen oder Geduld für bilaterale Verträge. Die gemeinsame Linie fehlt." (Richard Aschinger im Tages-Anzeiger, 30.4.93)

Jugendbewegung?

Ist die Bewegung "Geboren am 7. Dezember" eine neue Jugendbewegung? Viele ihrer Ideale mögen erfreulich sein: Eine initiative Jugend, die sich für eine offene Schweiz begeistert, sich gegen Rassismus und Egoismus wehrt und solidarisches Denken als Selbstverständlichkeit proklamiert. Aber sie mit 1968 und 1980 zu vergleichen... ist ausgesprochen lächerlich. Ganz abgesehen davon, wie sonderbar positiv die damaligen Revolten mittlerweile gehandelt werden, scheint das, was da seit dem 7. Dezember zur Freude des Polit-Establishments das Lied von der grenzenlosen Freiheit singt, doch eher eine zahme Sache zu sein. 1968 und 1980 bewegten sich Menschen auf der Strasse und in den Unis, die sich als aus dem Nest gefallen empfanden. Anders und doch auch ähnlich wie heute die Arbeitslosen. Ihre Solidarität galt darum den unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in Ost und Süd, nicht primär den wohlgenährten Euronachbarn. Und ferne wäre es ihnen gelegen, den als lebensfeindlich durchschauten herrschenden Wirtschaftskräften auch noch mit einer Initiative zu weiterer Expansion zu verhelfen.

Allemal eine Schlafie- "Bewegung", die für ihre internationales Kontakte Staatsverträge fordert und ihre "Demos" von älteren Spitzendiplomaten anführen lässt.

Markus Buchmann

Heilige und unheilige Allianzen

Etliche Grüne und Linke stimmten für den EWR, weil Blocher dagegen war. EWR-Gegnern unheilige Allianzen vorzuwerfen, liebte man. Das "Argument" war durchaus wirkungsvoll, obwohl es im Grunde genommen völlig inhaltsleer ist. So kann man etwa nicht aus dem Satz "Blocher ist für Vorlage A" schliessen "Also ist Vorlage A schlecht". Ebenso wenig kann man aus "Blocher ist gegen Vorlage A" schliessen "Also ist Vorlage A gut". Solche Fehlschlüsse werden in der Politik allerdings häufig gemacht und sie werden gerne als propagandistische Hilfsmittel eingesetzt.

Eine gewisse Kraft scheinen diese Trugschlüsse aus dem folgenden Irrglauben zu



ziehen: Wenn zwei Personen A und B eine bestimmte Meinung C vertreten, dann müssen sie dies aus denselben Gründen tun. Diese Meinung ist aber völlig unhaltbar.

Es ist beweisbar, dass aus verschiedenen Prämissen identische Schlussfolgerungen gezogen werden können. Entsprechend kann man aus identischen Schlussfolgerungen nicht auf denselben Satz von Prämissen schliessen.

gen werden können. Entsprechend kann man aus identischen Schlussfolgerungen nicht auf denselben Satz von Prämissen schliessen.

Dies lässt sich an einem Beispiel beleuchten: Aus (1) "Wenn es regnet, dann wird die Strasse nass. Es regnet" folgt der Satz "Die Strasse wird nass". Aus (2) "Wenn ein Wasserrohr bricht, wird die Strasse nass. Ein Wasserrohr bricht" folgt "Die Strasse wird nass." Dieses Beispiel zeigt, dass identische Schlussfolgerungen nicht dieselben Prämissen vorauszusetzen brauchen. Vertreten daher zwei Personen A und B die Schlussfolgerung "Die Strasse wird nass", und vertreibt A den Satz (1), so kann daraus nicht geschlossen werden, dass B den Satz (1) vertreibt.

Interessant am Scheinargument mit den unheiligen Allianzen ist übrigens, dass man sich dieses Argumentes je nach Umständen bedient.

Wenn's einem in den Kram passt, stören die Allianzen plötzlich nicht mehr. Ging es etwa um Umweltschutz, stimmte die SP-Fraktion schon mehrmals wie die der SD. Zudem befanden sich die EWR-Befürworter des grün-linken Lagers selber ebenfalls

nicht in besonders heiliger Allianz. Die Unterstützung des Apartheidregimes etwa geht vor allem aufs Konto von Banken, Multis. Und mit diesen fühlte man sich auf der Pro-Seite heimelig.

Paul Ruppen

Nachlese aus der April-Session des Nationalrates:

EUROSWISS

Swiss ist nicht grundsätzlich besser als Euro. Das zeigt diese Sondersession. Mehrheiten wurden hier durch das Nein vom 6. Dezember nicht anders. Dass aber die Swisslexvorlagen einzeln angenommen, abgelehnt oder abgeändert werden können und uns - anders als bei Eurolex - nicht automatisch an die Verordnungsmaschine der EG koppeln, betrachte ich nach wie vor als Vorteil.

Grundsätzlich! Auch das ist zu relativieren. Swisslex kam nämlich als politisches Bekenntnis zu Europa daher. Abzusegnen im Paket. Wenn wir im Detail daran herumzumäkeln begännen, falle am Ende alles auseinander, würde gemahnt.

Dennoch: Wie sinnvoll ist es zum Beispiel, im Gesetz über Radio und Fernsehen "neben der schweizerischen auch die europäische audiovisuelle Produktion" zu privilegieren? Eine solche Auflage in den Sendekonzessionen riecht nach eurozentristischem Weltbild und schränkt den Spielraum bei der Programmgestaltung unnötig ein. Europäisches wird doch rundum viel geboten. Womöglich wäre eine SRG besser beraten, ihr schweizerisches Profil durch gezielte Akzente aus anderen Weltgegenden zu ergänzen. Womit ich nicht US-Ware meine.

Dagegen gehalten wurde dem in der Kommission, wie wichtig Förderungsprojekte der EG für schweizerische Medien wären. Es bestehe grosse Gefahr, da vor die Tür gestellt zu werden. Tatsächlich sind die euphorischen Gesetzesbestimmungen an einen Vorbehalt geknüpft. Sie treten "nur im Falle einer Mitgliedschaft der Schweiz in MEDIA '95 in Kraft". Krämerseelen allüberall.

Nachdem ich mit meinem Antrag in der Sache bei der Vorberatung sehr einsam blieb, zog ich ihn gestern zurück. Kapitulation? Ich könnte es ja - dem Sprachmuster dieser Tage folgend - Verzicht auf Alleingang nennen.

Hans Steiger, SP-Nationalrat

Am 2. Juni 1992 hatte der dänische Souverän die Verträge von Maastricht verworfen. Um diesen ihr unliebsamen Entscheid möglichst geräuschlos revidieren zu können, hat die EG mit Hilfe des dänischen Establishments am 18. Mai 1993 den dänischen Souverän erneut über "Maastricht" abstimmen lassen. "Maastricht" ist hierbei angenommen worden. Der Grund hierfür kann wohl in der raffinierten Konzeption dieser zweiten Abstimmung gesehen werden. Auf dem EG-Gipfeltreffen in Edinburgh, 11./12. Dezember 1992, hatte man den Dänen - wie dies europaweit von den Medien dargestellt wurde - sogenannte Sonderrechte zuerkannt. Damit hatte man die "Notwendigkeit" einer zweiten Abstimmung begründet.

Tatsache ist jedoch, dass es sich bei den Vereinbarungen von Edinburgh um Aufzählungen von Bekanntem, Belanglosem und schon längst rechtlich Vereinbartem handelt.¹⁾ Zudem können die Edinburger

Dänemark

Nachtrag zur zweiten Maastricht-Abstimmung vom 18.5.1993

Vereinbarungen nicht einmal als völkerrechtsmässig verbindlich angesehen werden.

Man hat den dänischen Souverän also - unter Vorspiegelung falscher Tatsachen - erneut über exakt das gleiche Vertragswerk abstimmen lassen.

Das nahezu erdrückende Monopol der Pro-Maastricht-Medien,²⁾ welche die Illusion der Edinburger "Sonderregelungen" verbreiteten, und die äusserst prekären

re Finanzlage der Maastricht-Gegner, die innerhalb eines Jahres einen zweiten Abstimmungskampf zu führen hatten, haben dann bei dieser durchaus dramatischen Abstimmung wohl den Ausschlag gegeben.

Es erstaunt, dass sich auch schweizerische Medien in dieses ihnen zugedachte Rollenspiel meist nahtlos eingeordnet und gedankenlos die Mär von den Edinburger "Sonderregelungen" kolportiert haben.

Andreas Flörsheimer

¹⁾ Die Zusammenhänge sind ausführlich und belegt dargestellt in: European Network News, No. 2, 1993, Seite 7 - 10, Herausgeber: The June Movement, Nybrogade 18, DK - 1203 Copenhagen K.-Marcelline Flörsheimer, Maastricht und das zweite dänische Referendum, in: Finanz und Wirtschaft, 24.3.1993

²⁾ "45 der 46 Zeitungen des Landes sprechen sich für Maastricht aus", Drude Dahlerup von der Juni-Bewegung, in: Berner Tagwacht, 10.5.1993

Meisterliche Verdrehung von EG-Tatsachen

EG-Kommissionspräsident Delors hat sich (am 10.2.1993) vor dem Europäischen Parlament in Strassburg mit viel Subtilität zur Lage der Europäischen Gemeinschaft geäußert.

Er stelle fest, dass der Ruf nach Demokratie immer lauter werde; die Völker seien erst anlässlich der Unterzeichnung des Unionsvertrags (von Maastricht) aus ihrer Lethargie erwacht. Auch hier gibt Delors also den Schwarzen Peter geschickt weiter: Nicht die EG oder die Kommission ist gemäss dieser Lesart schuld an der Bürgerferne der EG, sondern das mangelnde Interesse der Bürger. Dass diese Bürger bis 1992 gar nie die Möglichkeit hatten, sich zum europapolitischen Kurs Brüssels zu äussern, übergeht er locker.

Zu einer vollends realitätsfremden, opportunistischen Interpretation liess sich Delors schliesslich im Rahmen seiner Äusserungen zu den Beitrittsverhandlungen verleiten: Hier wiederholte er, dass der EG-Beitritt zur Übernahme des gesamten Unionsvertrags verpflichtete. Die Grossbritannien und Dänemark zugeschobenen Ausnahmen seien als eine Art Treueprämie zu verstehen. Diese Auslegung ist deshalb völlig verkehrt, weil London und Kopenhagen ihre Sonderwünsche nicht dem Wohlwollen der andern, sondern dem demokratischen Druck (von Parlament bzw. Volk) im eigenen Land zu verdanken haben.

(NZZ, 11.2.1993)

Von Delors liegt jetzt ein Buch in deutscher Übersetzung vor, das im vergangenen Jahr in Paris erschienen ist: Jaques Delors, Das neue Europa, Hanser Verlag, 350 Seiten, Fr. 45.-

"Europafähig"?

Die Institutionen der helvetischen Demokratie müssten "europafähig" gemacht werden, sagte Justizminister Arnold Koller kürzlich in einer Rede vor Gesetzgebungsfaschleuten. Konkret machte er den Vorschlag, die Verfassung so zu ändern, dass Staatsverträge künftig einer neuen Art von obligatorischem Referendum ohne Standemehr unterstellt würden. Der ursprüngliche Redetext enthielt auch die Idee, den EWR-Beitritt durch das Swisslex-Rechtsanpassungspaket politisch so zu erleichtern, dass in einem allfälligen zweiten Anlauf bloss das fakultative Referendum und damit nur noch das Volksmehr nötig wäre. Doch Bundesrat Koller strich diesen brisanten Passus aus dem schriftlich vorliegenden Manuskript.

(Richard Aschinger
Tages-Anzeiger, 24.4.1993)

Jetzt wollen es Bundesrat und Parlament genau wissen: Wie gross ist die Diskriminierung, die der negative EWR-Entscheid des Volkes der Schweiz eingebrockt hat? Einen ersten tiefen Einblick in die Problematik nahm zu

Beginn dieser Woche die Eidgenössische Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Fast den ganzen Tag reservierten sich die WAK-Leute für das heikle Thema. Doch nicht genug damit: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz möchte - trotz Personalstopp - eine Beamtenstelle schaffen, die nichts anderes macht, als Diskriminierungen akribisch aufzulisten, also eine Art "Diskriminierungskataster" erstellt. Auf dass er, sollte es zu einer zweiten EWR-Abstimmung kommen, nicht nur vor Benachteiligungen warnen muss, sondern handfeste Beispiele präsentieren kann.

(Pierre Heumann,
Weltwoche, 8.4.1993)

Der Franken wurde wieder Fluchtwährung - Ausländische Anleger setzen trotz EWR-Nein auf die Schweiz

Paradoxe Entwicklung am Schweizer Kapitalmarkt: Während inländische Anleger sich angesichts der unsicheren Konjunkturaussichten eher zurückhalten, sind ausländische Investoren bereit, sich vermehrt mit Franken-Anlagen einzudecken. Ausländer - und hier vor allem Deutsche - waren massgeblich an der Hause des Frankens und der Inlandaktien in den letzten Monaten beteiligt. Das EWR-Nein vom letzten Dezember scheint das Ausland wenig zu beeindrucken. Im Gegenteil.

(Tages-Anzeiger, 18.5.1993)

EG und Arbeitslosigkeit

Es ist schon bemerkenswert, wie wenig die beiden Hauptthemen der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion - Arbeitslosigkeit und EWR/EG - jetzt, nach der Abstimmung vom 6. Dezember, noch miteinander verbunden werden. Wenn das vor dem 6. Dezember geschah, dann allerdings meist unsachlich, von beiden Seiten her. Denn für den Fall eines "Alleingangs" mit Arbeitslosigkeit zu drohen, wirkte ja im Hinblick auf die (noch?) markant höheren Quoten im Ausland nicht eben überzeugend. Mindestens unsympathisch war aber umgekehrt auch, wie mit den Quotenunterschieden gebrüstet und argumentiert wurde in der Art, man wolle sich doch nicht auch noch die Probleme der anderen aufhalsen. Ist doch bekannt, auf wessen Schultern das Schweizer "Beschäftigungswunder" der letzten Jahrzehnte gelastet hat: "In der Rezession von 1974 bis 1976 wurden 250'000 Arbeitsplätze (das heisst 8% vom Total aller Beschäftigten) abgebaut. Zwei Drittel der verlorenen Arbeitsplätze betrafen erwerbstätige Ausländer, welche die Schweiz nachher verlassen haben. Ein Viertel der abgebauten Stellen entfiel zudem auf Frauen, die zum Teil in die Haushalte zurückkehrten." Demgegenüber wurde das Wirtschaftswachstum in den Jahren 1985 bis 1990 durch das Hereinholen von ausländischen Arbeitskräften ermöglicht." (Rudolf Strahm, Wirtschaftsbuch Schweiz, Verlag Sauerländer, 3. Auflage 1992, S. 64)

Ein solidarischer Standpunkt kennt nicht "Probleme der anderen". Eine solche Nein-Begründung kann darum nicht die unsrige sein.

Problemstellung

Bei Propagandabedarf werden also beidseits Bezüge zwischen der EWR/EG- und der Arbeitslosenfrage gemacht. Das zeigt: Ihr jetziges Ausbleiben kann nicht als Zeichen freiwilliger Abstinenz gedeutet werden. Dahinter stehen ganz einfach Interessenslagen und die Ungewissheit derer, die blosse Meinungen vertreten und darum gar nicht disponiert sind, tief genug zu schürfen. Es ist aber wichtig, dass wir zwischen Grundfragen Zusammenhänge erkennen können. Anders wird sich nicht die fundierte Urteilsfähigkeit ergeben, die für eine nächste EWR-Abstimmung entscheidend sein kann.



Es gibt drei Arten, sich dem Phänomen Arbeitslosigkeit zu nähern. Sie gliedern die Zeitung als ganze:

- Arbeitslosigkeit ist eine soziale Erscheinung. Um sie zu erfassen, benötigen wir Statistiken und Daten.
- Blosß quantitativ begreifen wir Arbeitslosigkeit aber nicht. Sie betrifft Menschen. Sie schafft Elend und fordert unser Mitgefühl und die Bereitschaft zur konkreten Auseinandersetzung.
- Erst die Analyse, d.h. die denkende Erforschung von Ursachen und Zusammenhängen aber kann handlungsfähig machen.

Es muss uns gelingen, menschlich-individuelle und gesellschaftliche Aspekte der Arbeitslosigkeit bis in ihre ursächlichen Wurzeln zusammenzuschauen. Nur dann werden wir auf die dringend nötigen neuen Lösungen kommen.

Wirtschaft darf sich nicht mehr auf Kosten des Individuums - und der Welt - entwickeln! Sonderndie Entfaltung des einzelnen Menschen - und zwar aller! - muss auch über die Arbeit erfolgen können.

Hier soll mit den Überlegungen nur gerade so weit gegangen werden, dass wir imstande sind, schlüssig unsere zentrale Frage zu beantworten:

Wie können wir zur Heilung - nicht blosß Symptombekämpfung - der Sozialkrankheit Arbeitslosigkeit mehr tun, nach einem Beitritt zum EWR, zur EG - oder ohne ihn? (ms)

Krank scheint nicht das herrschende Arbeitssystem...

Die Betroffenenberichte mehren sich. Über die spezifischen Nöte arbeitsloser Jugendlicher, alleinerziehender Frauen, nicht hundertprozentig Leistungsfähiger, älterer Familienväter, Kaderleute, Langzeitarbeitsloser usw. können wir in einer wachsenden Zahl von Zeitungsartikeln, -serien sogar und Veranstaltungen aus direkter Hand erfahren. Das ist sehr nötig.

Nötig, um fähig zu werden, dem arbeitslosen Nachbar, der arbeitslosen Verwandten nicht mehr aus Hilflosigkeit ächtend, sondern auf unterstützende Art zu begegnen. Nötig als Vorbereitung für den Fall, dass es uns selber trifft. Ein Fall, den als unwahrscheinlich immer nur die beiseiteschieben, die es noch nicht getroffen hat. Nötig schliesslich, weil in Betroffenenbe-

richten nicht nur über die Arbeitslosigkeit gesprochen wird, sondern aus ihr heraus. Damit erst öffnet sich das Tor zu einem Verständnis der Arbeitslosigkeit, das engagiert genug ist, über grundsätzliche Fragen schliesslich zu neuen Taten zu kommen.

"Über 50jährige sind heute auf dem Arbeitsmarkt doch abgeschrieben." (Bund, 25.3.1993)

"Ich brauche ein ruhiges, gutes Arbeitsklima - aber wer will es mit so einer versuchen. Heute muss man hetzen können, und mit meinen 42 Jahren gehöre ich ja schon zum alten Eisen." (WoZ, 30.4.1993)

"Dann war ich sieben Jahre bei einer Firma, die hat Asbestsanierungen durchgeführt. Schmutzige Arbeit, aber gut bezahlt, undes hat keinen gekümmert, ob der Walter ein wenig nach Alkohol roch schon am Morgen früh - wenn der nur ran ging an den Asbest. (...) Als die Krise kam, und es wurde überhaupt schwieriger, da hat es den Walti erwischt - ha! Ich bewarb mich um Arbeit, irgendeine, jede Hilfsarbeit wäre mir recht gewesen: ging nicht, mich wollten sie nicht mehr. Weil sie heute einen wie mich schon gar nicht mehr anschauen, nicht einmal aus Distanz - unbrauchbar, heisst es." (WoZ, 30.4.1993)

ganz "normale", "gesunde" Wirtschaften liegt, wird teuer erkauf. Denn *krankscheint nicht das herrschende Wirtschaftssystem und sein Arbeitsmarkt. Krank werden erst die Arbeitslosen.*

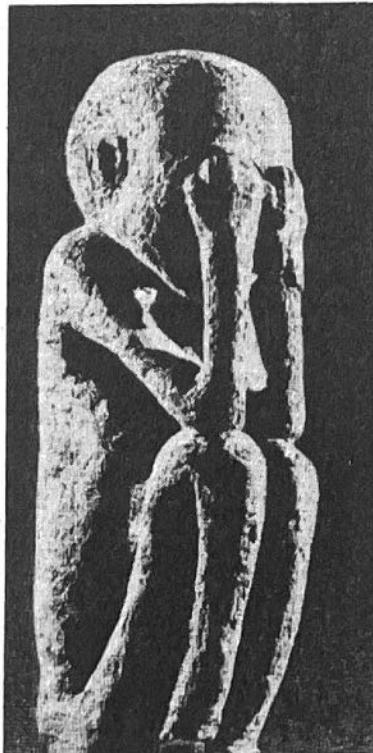
Vor zehn Jahren, ich erinnere mich, ging es an der Zürcher Flössergasse einerseits fix, anderseits ruhig zu. Lustig war's im Arbeitsamt noch nie. Heute sind die Beamtinnen und Beamten vom täglichen Stress physisch und psychisch überfordert. Und draussen stehen, warten sie in der Schlange. Ja, die Krisenbilder aus den zwanziger Jahren, die so sehr zum Panorama dieses Jahrhunderts gehören, sie sind daran, sich wieder zu aktualisieren. Dass ihnen nicht mehr dieselbe Misere anhaftet wie damals - wir haben die Junkies -, kann täuschen: Auch diese Form von Gewalt hat sich vom Äusseren, nämlich von der Strasse und vom Hungerleiden weg, verlagert ins Private und in psychische und psychosomatische Leiden.

Vieles muss ganz plötzlich bewältigt werden: der weitgehende Verlust der bisherigen Lebenszusammenhänge - wie sehr werden sie doch über die Arbeit gestiftet!; der demütigende Alltag, geprägt vom laufend erneuerten Erlebnis bei der Stellensuche, nicht gewollt zu werden; die bei den meisten bald einsetzende Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst.

"Für die meisten von uns ist das eigentliche Problem die Sinnlosigkeit; man hat das Gefühl, man sei nichts mehr wert, wenn man die Stelle verloren hat. Während den Monaten, in denen ich arbeitslos war, habe ich zwar viel unternommen, ich habe Kolleginnen geholfen, Kinder gehütet, Gartenarbeiten gemacht, aber trotzdem hatte ich schon morgens beim Erwachen das Gefühl: Wofür stehe ich überhaupt auf?" (Aufbruch, April 1993)

Weshalb eigentlich fährt Arbeitslosigkeit mit derartiger Wucht ein? Weshalb überrumpelt sie die von ihr betroffenen Menschen jeweils trotz allem?

Weshalb kann fast niemand "die freie Zeit genießen"? Weil Arbeitslosigkeit den ganzen Menschen erfasst, in seinem geistigen, seelischen und physischen Dasein, auch dort, wo er vorher - als "Arbeitsplatzbesitzer" - den Schlaf unserer Gesellschaft



...krank werden erst die Arbeits- losen

"Wahrscheinlich muss man Arbeitslosigkeit zuerst selber erlebt haben, um damit umgehen zu können. Wie lange mag es wohl noch gehen, bis die Politiker merken, dass unglaublich viele Firmen auf Kosten des Staates finanziert werden?" (Berner Zeitung, 19.4.1993, Leserbrief)

Solche Aussagen, die beliebig vermehrt und inhaltlich aufgefächert werden könnten, sollten wir aufmerksam und dankbar entgegennehmen.

*Die Wachheit und Klarheit, die in diesen Blicken von den aus-
gegrenzten Zonen her auf das*

über Lebenswichtigem mitschließt. Und nun leidend erwacht.

Je nach Bericht, Artikel, Studie werden die drei massgeblichen Aspekte des Phänomens unterschiedlich betont:

- Unsere Identität, die sich im "Selbstwertgefühl" kundtut, schöpfen wir wesentlich aus dem Ausüben von Fähigkeiten. Wo dafür nach der Kündigung die wichtigste Grundlage fehlt - und auch "der Sitzplatz erneuert, die Kommode aufgefrischt, der Holzvorrat für die nächsten vier Jahre aufgestockt, der Brombeerhag neu angesetzt, das Brevet eines Heissluftballonpiloten erreicht und der Computerlehrgang angelaufen ist" (Berner Zeitung, 19.4.1993) -, da sind tiefe Krisen unvermeidlich. Und gleichzeitig, es ist ein Teufelskreis, fühlt man die Fähigkeiten schwinden, weil sie nicht im Tun frisch gehalten werden.
- Der Fall aus dem sozialen Netz, innerhalb welchem wir üblicherweise den grössten Teil unseres Erlebens von anderen vermittelt bekommen und mit ihnen teilen, hat enorme seelische Folgen, die mit dem Wort "Einsamkeit" noch nicht einmal angedeutet sind. Blos ungeschickt, nicht bösartig, ist die sekundäre Ausgrenzung von - v.a. über längere Zeit - Arbeitslosen durch den engeren Nachbarschafts-, Bekannten-, Verwandtenkreis. Zur Vermeidung "peinlicher" Stimmungen kaum mehr zum Essen eingeladen zu werden, die (vielleicht auch nur eingebildeten) Untertöne, die sich bei der immergleichen Frage "Hast du jetzt wieder eine Stelle?" einzuschleichen beginnen...
- Physisch lebensbedrohend ist Arbeitslosigkeit heute nicht mehr. Aber die existentiellen Sorgen vieler sind ebenso real wie die Einschränkungen, die überdies ein weiteres gesellschaftliches Abtreten bedeuten. Selbst für die täglichen Mahlzeiten von einem Amt abhängig zu sein, auch das ist schlimm und wirkt verunmündigend, apathisierend. All das greift den arbeitslosen Menschen, je länger sein Zustand anhält, desto tiefer an. Ihn und sein nächstes Umfeld: "Verfällt aber Mann oder Frau der Passivität, ist der soziale Abstieg nicht nur der einzelnen, sondern auch der Partner und Kinder nicht mehr aufzuhalten: Die Gravitation zieht unerbittlich nach unten." (Kalter Kaffee, 27.3.1993)

Die seelischen Störungen, die sich von Einsamkeit, Sinnlosigkeitsgefühlen, Angstzuständen oft rasch zur Depression und bis in die Suizidgefährdung auswachsen, schlagen sich auch in körperlichen Symptomen nieder: Schlafstörungen, Herzbeklommung, Magenbeschwerden, Gliederschmerzen, psychosomatische Erkrankungen.

Verschiedene Studien belegen diese Zusammenhänge und gelangen zur Erkenntnis typischer Abläufe. Wlademir Burgenner (vom Arbeitsamt der Stadt Bern), Psychologe, fasst zusammen: "Es gibt eine Grundkurve der Befindlichkeit, die bei sehr vielen Arbeitslosen zu beobachten ist. Nach der Entlassung kommt zuerst ein sehr grosses Tief, der Entlassungsschock. Nach einiger Zeit schöpfen die Leute wieder Hoffnung, sehen die Arbeitslosigkeit als Wendepunkt in ihrem Leben, der die Tür zu beruflichen Veränderungen, zu Weiterbildung oder zu einem besseren Job öffnet. Eine gewisse Zeit lang bemühen sich die Leute intensiv um eine Stelle. Wenn sie immer wieder Absagen erhalten, nimmt irgendeinmal die Hoffnungslosigkeit überhand. (...) Am Schluss resignieren sie, verfallen einem absoluten Fatalismus. Der Verlauf dieser Kurve kann sehr unterschiedlich sein. Bei einigen Leuten geht es bis zur Resignation zwei, drei Monate, bei anderen bis zu zwei Jahren. (...) Wenn jemand ganz unten an der

Kurve ist - das ist meist verbunden mit depressiven Zuständen -, dann hilft nur noch externe Hilfe". (Bund, 24.2.1993. Nächstes Zitat: Woz, 23.4.1993)

"Ich versuche mich zu erinnern: War nicht das Leben eine Welle, eine leichte Welle, auf der ich lange Zeit dahinsurfte? War nicht der Himmel blau, waren nicht die Abfallsäcke vor dem Haus in einer Reihe aufgestellt wie die Neuwagen neben der Autobahn? Waren nicht die Freitagabende erleichternd und die Sonntagabende belastend?"

(...) Wenn ich sage, dass die Realität brüchig geworden ist, dann sagt das auf den ersten Blick vielleicht nicht sehr viel aus. Ich möchte nicht in Larmoyanz versallen, aber das muss ich trotzdem zu erklären versuchen, diesen Prozess: Ich stehe an der Tramhaltestelle und warte. Das Tram rumpelt heran, das Metall der Räder kreischt in den Schienensträngen, und ich habe plötzlich das Verlangen, mich vor dieses grüne Scheusal zu werfen. Dann zucke ich zusammen, ich erinnere mich an den Traum in einer Nacht: ein Albtraum, Blut und Knochen. (...) Die Tage finden immer unrealer statt, schubweise apathisch, paralysierend oder euphorisch. Die Tage sind auch kurz, dafür dauern die Nächte ewig. Um fünf Uhr früh lösche ich das Licht, knipse es aber gleich wieder an. Ungemütliche Bilder sind aufgetaucht."

Markus Sieber

Quelques réflexions sur le chômage, alors que je viens d'être licenciée

Etre au chômage? Une épreuve qui fait trembler la personne humaine dans ses bases: le travail, c'est l'activité, le mouvement, la main tendue vers les autres, dans l'utilité.

Plus de travail, plus d'activité utile, et dans la personne s'installe un doute, une lassitude: pourquoi tous les chômeurs que j'ai croisés étaient-ils habillés en noir? Pourquoi frôlaient-ils les murs? Dans notre société, depuis le siècle passé, nous avons appris

à nous identifier avec notre profession. Dans un esprit de compétition, depuis les plus tendres années.

Devenir une bonne secrétaire, un vendeur percutant, un excellent avocat, un super mécanicien. Si possible le meilleur.

Et voilà que ces valeurs dégringolent. Si vous êtes fixé sur votre propre image professionnelle au moment où vous êtes licencié, vous dégringolez avec votre moral.

Alors comment réagir? C'est ici que d'autres valeurs ont la chance de pouvoir soutenir la personne devenue chômeuse. La souplesse d'adaption, la fantaisie, la force de l'espoir, la faculté de ne pas se cristalliser à tout jamais dans son ancien rôle.

Non, notre société ne nous a pas appris ces valeurs-là. La crise actuelle serait-elle un exercice à d'autres fonctionnements, à d'autres ouvertures?

Cette fameuse crise aurait-elle le côté positif de se sentir tous dans la même barque, et de s'entraider, comme ces employés prêts à laisser un peu de leur travail, un peu de leur salaire, afin de créer un poste pour un sans-travail?

De telles situations de solidarité se font jour. Alors, avant de parler Europe, ou rapports Est-Ouest, ou Nord-Sud, saurons-nous tout d'abord ressentir les besoins de notre frère, de notre voisin? Saurons-nous saisir cette leçon de convivialité, et la laisser s'épanouir, plus tard, dans le monde?

Le chômage, pour moi, c'est un défi moral pour notre civilisation essoufflée, en ce tournant de siècle.

Puisse cette crise nous réveiller aux phénomènes qui l'ont engendrée, afin de préparer l'avenir sur des bases plus saines.

Claire-Lise Droz



Arbeitslosigkeit hat ein Geschlecht

Weltweite Konjunkturflaute, steigende Arbeitslosenzahlen trotz explodierender Gewinne von Banken, Versicherungen und Grossunternehmen und Abschied vom Sonderfall Schweiz prägen die derzeitige Wirtschaftskrise. Frauen werden zuerst entlassen, sind stärker von Armut betroffen und tragen mehrheitlich die Kosten des von oben verordneten Spardrucks. Ein nach wie vor unhinterfragter Arbeitsbegriff erschwert Analysen und Lösungsvorschläge in der heutigen Krisensituation.

Die Schweiz steht nicht mehr auf dem Sockel des helvetischen Sonderreichtums. Die damit verbundenen Reichtumseinbussen werden jedoch einseitig auf die sozial Schwächsten abgewälzt - und dazu gehören in erster Linie Frauen. Heute werden sie wieder zuerst zurückgestuft und entlassen. Durch Langzeitarbeitslosigkeit sinken sie in materielle Armut ab, werden an die Sozialhilfe abgeschoben und sozial ausgesgrenzt. Frauen werden zu den Saionniers im eigenen Land degradiert.

Arbeitgeber und die politisch Verantwortlichen vertrauen weiterhin auf ein scheinbar altbewährtes Mittel, ohne zu merken, dass die sozialen Kosten dadurch massiv steigen: sie greifen zum Mittel der "Hausfrauenkur" und beschönigen damit die Arbeitslosenstatistiken.

Der Missbrauch von Frauen als Konjunkturpuffer hat bereits in der Rezession Mitte der 70er Jahre das wahre Ausmass der Arbeitslosigkeit verschleiert. Bei ausgetrocknetem Arbeitsmarkt wurden Frauen mit Wiedereinstiegs- und Teilzeitangeboten umworben. Heute haben Wiedereinsteigerinnen auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr.

Teilzeitstellen werden abgebaut oder zum Tabu erklärt. Das ist nicht nur für die betroffenen Frauen hart, sondern volkswirtschaftlich unsinnig. Die bereits gemachten finanziellen und qualifizierenden Investitionen verpuffen so ins Leere.

Frauen als Verliererinnen in der Schweiz...

Über 150'000 Arbeitslose sind laut dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) bei den Arbeitsämtern registriert; bis Ende Jahr sollen es über

200'000 sein. Allerspätestens seit der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik, einer gemäss internationalen Normen durchgeföhrten Untersuchung, ist - auch offiziell ausgewiesen - klar, dass die Arbeitslosenzahlen nicht nur mindestens doppelt so hoch sind, sondern dass Frauen viel stärker betroffen sind: schlechtere Bildungschancen, prekäre Beschäftigungsformen, das Fehlen von sozial abgesicherter Teilzeitarbeit, Benachteiligungen in der Arbeitslosenversicherung und ein riesiges Informationsdefizit sind die Ursachen und verschärfen die oft entwürdigende Lebenssituation arbeitssuchender Frauen. Laut SAKE wird sichtbar, dass einer der Gründe für die hohen Frauenarbeitslosenzahlen beim Fehlen von Teilzeitarbeitsstellen liegt. Zwei Drittel der erwerbstätigen und stellensuchenden Frauen sind auf der Suche nach einer Teilzeitbeschäftigung. Darüber hinaus bestätigt SAKE die prekären Beschäftigungsformen. So ist beispielsweise jede zehnte erwerbstätige Frau als ein mitarbeitendes Familienmitglied, eine Gelegenheits- oder Heimarbeiterin oder als Angestellte in einem Privathaushalt beschäftigt. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeiten teilzeit; sehr viele von ihnen haben deshalb ein Einkommen unter der BVG-Beitragspflicht (21'600 Franken im Jahr) oder keinen Anspruch auf SUVA-Leistungen, weil sie weniger als 12 Stunden pro Woche berufstätig sind.

Die Kluft zwischen qualifizierten, immer spezialisierteren, überwiegend männlichen und hochbezahlten ExpertInnen auf der einen Seite und ungelerten, sozial nicht oder schlecht abgesicherten, mehrheitlich weiblichen, oft teilzeitarbeiten-

den und im Niedriglohnbereich tätigen Hilfsarbeitskräfte auf der anderen Seite vergrössert sich zusehends.

Einzig auf Rentabilität und Profitmaximierung konzentrierte Unternehmen, eine realitätsblinde Regierung und die Mehrheit eines handlungsunwilligen Parlamentes vergrössern den Graben zwischen Arbeitsbesitzenden und Arbeitssuchenden und damit zwischen arm und reich und zementieren unwillkürlich die Zweidrittelsgesellschaft.

...und auch im "Herrenhaus Europa" Frauen tragen überall die negativen Folgen von Wirtschaftskrisen als Trümmerfrauen des Patriarchats. Europaweit ist ihre Situation nicht viel anders: Faktisch hat sich die Lebenssituation von Frauen in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Das Wohlstandsgefälle zwischen Frauen und Männern ist grösser geworden. Von den 320 Millionen EinwohnerInnen EG-Europas sind - ohne Dunkelziffern - 16 Millionen arbeitslos und 44 Millionen leben in Armut. Unter den Hauptbetroffenen sind überdurchschnittlich viele Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter zu finden. Familien mit einem Elternteil stellen in Frankreich, Belgien, der (ehemaligen) Bundesrepublik und den Niederlanden einen Anteil von 10 Prozent, in Grossbritannien sogar von 14 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Anteil in den nächsten Jahren massiv ansteigen wird. So schätzt die britische Regierung, dass bis zum Jahr 2005 die Zahl der Einelterfamilien auf 2,8 Millionen anwachsen wird; heute sind es bereits über eine Million. (Schätzungen in der Schweiz gehen davon aus, dass bereits jede vierte Familie mit Kindern eine Einelterfamilie ist. 90 Prozent davon sind Frauen.) Das weit grössere Armutsrisiko für Frauen besteht darin, dass vor allem die Lasten der Altenpflege wieder vermehrt von den öffentlichen Institutionen auf die Familien umgeschichtet werden.¹⁾ In einem Ländervergleich im "Herrenhaus Europa", der nicht nur die zwölf EG-Staaten, sondern insgesamt 20 europäische Länder, darunter die Schweiz, erfasst, kommt die Autorin zum Schluss,

dass Frauen in allen Ländern eine diskriminierte Personengruppe darstellen. "Wie auch immer Frauen ihren Lebensentwurf planen, sowohl in der Erwerbs- als auch in der Familiensphäre stossen sie auf Strukturen der Benachteiligung, in denen unternehmerisches Kalkül und patriarchalische Strukturen sehr erforderlich zusammenwirken."

Der Mechanismus der geschlechthierarchischen Arbeitsteilung wirkt sich auch auf die Arbeitsmarktpaltung nach Geschlecht und in einer durchgängigen Einkommensdiskriminierung aus, die für viele Frauen keine eigenständige Existenzsicherung garantiert.

beit, aber auch der Betreuung und Pflege von Angehörigen, Alten und Kranken, der Nachbarschaftshilfe und der Freiwilligenarbeit.) Die Abhängigkeiten wechseln zwischen Arbeitgebern, "Ernährer" und einem bevormundenden Sozialstaat, der sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Armut zu verwalten. Trotz steigenden Arbeitslosenzahlen geht Frauen natürlich die Arbeit nie aus. Gerade die von oben verordneten Sparmassnahmen der öffentlichen Hand, namentlich im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsbereich, werden einmal mehr von Frauen durch ihre Arbeit im Privaten ausgebredet. So oder so: Die Krise wird auf dem Buckel von Frauen ausgetragen.



Die Untersuchung von Susanne Schunter-Kleemann macht vor allem die Defizite der bisherigen Sozialstaatsforschung deutlich, die sich mehrheitlich am "männlichen Normalarbeiter" orientiert hat.²⁾

Frauen in der Schweiz und in Europa bewegen sich zwischen drei Alternativen der Abhängigkeit: Wirtschaftsraum, Kinderzimmer oder Sozialamt sind die Wirkungsorte von Frauen, je nach Angebot auf dem Arbeitsmarkt, Notwendigkeit der gesellschaftlich notwendigen, aber nicht bezahlten und auch kaum anerkannten Arbeit (Haus- und Kinderbetreuungsar-

Ein neuer Vertrag und die Verteilung der Arbeit

Mein Nein zum EWR war ein Nein zu einem wachstumsorientierten Wirtschaftsprojekt und ein Nein zum Weiterwirtschaften auf dem Buckel der Ärmsten, insbesondere der Frauen.

Begriffe wie "Integration" oder "Öffnung" konnten nicht über einen einseitigen Vertrag hinweg täuschen. Wenn viel von "Freiheiten" die Rede war, dann war und ist

damit einzig und allein die Freiheit des Marktes gemeint. Weder der EWR (ohne die Schweiz) noch das vorliegende Folgeprogramm des Bundesrates zum EWR-Nein werden an der herrschenden, ungerechten Wirtschaftspolitik, ja, am eigentlichen Wirtschaftskrieg, etwas ändern. Angesichts der heutigen Wirtschaftslage mit einer globalen strukturellen Entwicklungskrise brauchen wir eine Politik, die gegenüber der Wirtschaft nicht kapituliert. De-regulierungen als Inhalt angestrebter marktwirtschaftlicher Erneuerung sind keine Perspektiven, sondern verschärfen im Gegenteil den Teufelskreis von Sozialabbau, Entsolidarisierung und sozialen Unruhen. Es fehlt an einem umfassenden Konzept, das von der konsequenten Einbindung der Wirtschaft ausgeht. Von Integrationspolitik darf erst dann gesprochen werden, wenn alle weiteren Massnahmen, Verhandlungen und Programme dem Begriff "Integration" gerecht werden. Das wird erst der Fall sein, wenn die Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter bereit sind, nebst dem Wahrnehmen ihrer ökologischen und entwicklungspolitischen Verantwortung, eine neue Sozialpflichtigkeit in der Praxis zu erproben. Das bedingt einen anderen, solidarischen Vertrag, einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Politisch stellt sich "hüben wie drüben" die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität, das heißt, nach der Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit auf Männer und Frauen. Dabei geht es nicht darum, Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit aufzuwerten oder für Männer attraktiver zu machen, sondern Frauen eine ökonomische Teilhabe zu sichern. Die Aufhebung der geschlechts-hierarchischen Arbeitsteilung beinhaltet das Recht auf bezahlte Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten wollen, und eine Pflicht zu gesellschaftlich notwendiger, unbezahlter Arbeit für alle, die von dieser Arbeit bisher nur profitiert haben.

Christine Goll
Nationalrätin Frauen macht Politik!
(FraP!) Zürich

¹⁾ Graham J. Room, Bernd Henningsen: Neue Armut in der Europäischen Gemeinschaft. Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1990

²⁾ Susanne Schunter-Kleemann: Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Edition Sigma, Berlin 1992

Arbeitslos im ganzen EWR?

Eine Stimme aus Österreich

Nach dem EG-Gipfel von Lissabon im Juni 1992, bei dem die Erweiterung vorläufig einmal auf den Bereich der EFTA-Staaten beschlossen wurde, reagierte die österreichische Bundesregierung euphorisch: "Aussenminister Mock verwies auf die positiven Folgen einer baldigen Integration. Laut einer Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes bringe die EG-Integration eine Erhöhung des realen Wirtschaftswachstumsum 3,6% und 55'000 neue Arbeitsplätze." (Die Presse, 29.6.1992)

Als jedoch die Stimmung der EuropäerInnen bezüglich der Ratifizierbarkeit von Maastricht stark zur Ablehnung tendierte, muss zu dramatischen Gesten Zuflucht genommen werden: "Abgesehen von den Folgen für Österreich, wäre eine Ablehnung der Verträge von Maastricht auch durch Frankreich eine Existenzkrise für die EG. Dann hätten die ein beachtliches Durcheinander. Kohl hat gesagt, wenn wir da scheitern, ist das ein Rückschlag auf Jahre hinaus. Und ob er dann ein zweites Mal die D-Mark auf den Tisch des Hauses legen kann, indem er sie in einer gemeinsamen Währung aufgehen lässt, ist die Frage. Wenn die EG mit der Verwirklichung der Maastrichter Beschlüsse scheitert, dann ist sie wirklich ein besserer Zollverein." (Mock, Kurier, 2.9.1992)

Inzwischen können wir, um in die E(W)G gedrängt zu werden, auch Verweise auf eine von Amerika nach Europa überschwappende Rezessionsphase hören und werden mit jeder Menge alarmierender Schlagzeilen konfrontiert:

bei "71'500 Gewerbetreibenden" "machen sich Existenzängste breit", weil sie die "höchstverschuldete Branche" seien (Salzburger Nachrichten, 12.3.1993). Und "eine Verzögerung des EWR-Vertrages könnte auch viele der 33'000 Österreicher, die in Deutschland als Gastarbeiter tätig sind,

in ihrer Existenz treffen", da wegen hoher Arbeitslosigkeit keine Arbeitsgenehmigungen für Nicht-EG-Bürger erteilt werden (Kurier, 10.3.1993). "Wachstum gibt es heuer nur bei der Arbeitslosigkeit" - während sie 1992 noch 5,9% betragen hat, wird sie bis 1994 auf 7,1% gestiegen sein. Und damit wird "der höchste Stand seit 40 Jahren erreicht" sein. Das Nettodefizit steigt um 10 Milliarden Schilling, und die Industrieproduktion wird um 3% zurückgehen. Offenbar gab es "zu optimistische Prognosen". (Kurier, 1.4.1993) Und: "im deutschen Sog droht Österreich Rezession", die "EG-Arbeitslosigkeit ist schon über 10%" (Standard, 17.3.1993), "jeder 10. Job in der Industrie ist gefährdet" (Kurier, 15.3.1993).

Ein Trost für die ÖsterreicherInnen ist, dass EG-Geldquellen maximal ausgeschöpft werden sollen: es "wird angestrebt, dass 44% der Bevölkerung Österreichs aus den Struktur- und Regionalförderungstöpfen der EG indirekt Unterstützung erhalten." (Standard, 26.3.1993) Die Ost-Öffnung soll Österreich zusätzlich stärken: es wird mit 55'000 Arbeitsplätzen zusätzlich gerechnet (Standard, 21.3.1993). Bleibt zu bemerken, dass EG-Fonds durch unter anderem österreichische Steuergelder gespeist werden sollen, und dass der Beitritt die Sozialversicherung Milliarden kostet und eine höhere Belastung von Mieten erwartet wird (Standard, 31.3.1993).

Woher das Binnenmarktkonzept stammt und wem es nützt, wird in der österreichischen Politik kaum reflektiert,

sieht Frau von oppositionellen Gruppen und den Grünenalternativen ab. 1983 fanden sich führende Industrielle Europas zusammen und gründeten den European Round Table of Industrialists, der sich folgendermassen einschätzt: "Das grund-sätzliche Ziel der Gruppe ist es, dabei zu helfen, dass die industrielle und technologische Basis Europas gestärkt und entwickelt wird - und dafür zu sorgen, dass Europa eine effizientere Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt wird." - "Der Runde Tisch glaubt, dass den Interessen der europäischen Industrie, ihrer Kunden und der Gemeinschaften, in denen sie arbeiten, am besten gedient ist, wenn Wettbewerb und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene propagiert werden." (Changing Scales, 1985)

1984 erschien das Weissbuch für den Binnenmarkt und Missing Links, womit diesbezügliche Ziele hinsichtlich eines westeuropäischen Wirtschaftsraumes und eines Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur festgelegt wurden. 1986 wurde dann auch von der EG die Einheitliche Europäische Akte beschlossen, die den Binnenmarkt festschrieb.

Die Verträge über die Europäische Union der EG - welcher Österreich und die Schweiz beitreten sollen, wenn auch die Regierungen tunlichst nur die ökonomischen Themen erwähnen und die Aussen- und sog. Sicherheitspolitik eher verschweigen, - gehen dann noch ein paar Schritte weiter.

Zum Beispiel darf in der Wirtschafts- und Währungsunion das Defizit der Haushalte der Mitgliedstaaten nur maximal 3% des Bruttoinlandproduktes betragen. In Großbritannien etwa beläuft es sich derzeit auf 5% - um die 3%-Marke zu erreichen, sind massive Kürzungen im Sozialbereich erforderlich.

Der European Round Table (ERT) meint hierzu: "Das Leitprinzip sollte sein, dass nur Werte, die durch die nationale Ökonomie produziert wurden, für soziale Zwecke verteilt werden. Der Standard sozialer Sicherheit in weniger entwickelten Mitgliedstaaten soll daher gehoben werden, indem deren wirtschaftliches Wachstum unterstützt wird." Ziel sind die "richtigen Bedingungen", damit "die Wirtschaft in freiem Wettbewerb gedeiht", "eine Stimme Europas in der Weltfinanz", eine "Top-Priorität für trans-europäische Infrastruktur-Netzwerke" - das bedeutet Verkehr in Form von Autobahnen und Hochgeschwindigkeitszügen, Terminals für kombinierten Verkehr, Airbusse auch in gemeinsamer Projektierung, Telekommunikation, Energiennetze - eine "in den Markt integrierte Forschung", "Zusammenarbeit bei übereinstimmenden sozialen Zielen ohne künstliche Hindernisse durch Chartas und exzessive Regelungen" und "Werbung für die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie am Weltmarkt". (Reshaping Europe, 1991)

Für die weibliche Hälfte der europäischen Bevölkerung hat der ERT auch ein paar Zeilen parat: "Die Beteiligung der Frauen durch bessere Ausbildung, grös-

sere Unterstützung wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten erhöhen." Frauen beziehen in EG-Ländern zu 75 - 85% Einkommen, die zur eigenständigen ökonomischen Existenz nicht ausreichen.

Währenddessen wird der ERT, gutschwerte Herren aus der Geschäftswelt - unter den 45 Mitgliedskonzernen auch etliche, die wir nebenbei als Profiteure von Armen und Kriegen kennen - pathetisch: "Wir glauben von ganzem Herzen an die Notwendigkeit, europäisch zu denken und zu handeln." - "Es wird ein Europa mit mehr als 20 Nationalstaaten und einer halben Milliarde Menschen sein, die so eng zusammengeknüpft sind, dass wir aus praktischen Gründen daran als ein vereinigtes Europa denken können." (Reshaping Europe - wo übrigens Europa in Grafiken der Einfachheit halber als E-12 (EG) oder E-19 (EG und EFTA) bezeichnet wird; EFTA eigenständig kommt nicht mehr vor.)

Wenn dabei die USA das Vorbild sind - von deren Seite übrigens versichert wird, das Binnenmarktkonzept sei missverständlich als Fortress Europe und damit als handelspolitische Gefahr verstanden worden -, so bleibt hierzu festzustellen: "In der relativ kurzen Zeit, in der Mr. Bush Präsident war, sind weitere 3 Millionen US-Kinder in die Armut geschlittert. Man schätzt, dass die Hälfte der Kinder unter 6 Jahren arm sind. Es gibt mehr als 30 Millionen mittellose Erwachsene. 3 Millionen Obdachlose schlafen auf Gehsteigen oder in Autos. 37 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung und etwa 20 Millionen hungern zumindest ein paar Tage im Monat." - "Harvard-geschulte Verkäufer des 'Freien Marktes' bringen nun osteuropäischen Führungskräften bei, wie sie die Zahl ihrer Obdachlosen, Unterernährten, Kranken und Arbeitslosen erhöhen können." (Dorothy Stevens, Will the Rich Help the Poor? - Frauenliga)

Ein Europa der Vielfalt, ein Europa der Zusammenarbeit, des Ausgleichs mit dem Süden und dem Osten wäre die Alternative

- wie sie immer mehr Menschen in Europa in Anti-EG und Anti-Maastricht-Bewegungen, in Meinungsumfragen und Referenden einfordern.

Alexandra Bader
Grüne Alternative, Wien

Jungsein ist zu einem Handicap geworden. In einem eigentlichen Jugendboom noch fast kultartig verehrt und begehrte, sollen sich die Jungen jetzt an ihre Überflüssigkeit gewöhnen. Niemand wird ihnen verübeln, dass es ihnen schwerfällt, nachzuholen, weshalb ihr Leistungswille und ihre gute Ausbildung plötzlich nicht mehr gefragt sind. Was ihnen während der ganzen Schul- und Lehrzeit als Erfolgsprinzip eingetrichtert wurde, kann doch nicht über Nacht bedeutungslos geworden sein. Das bringt die Werthaltungen durcheinander.

"Man wird klein und kleiner - und mit der Zeit auch immer fauler", fasst ein arbeitsloser Lehrabgänger sein gestauchtes Lebensgefühl in der jüngsten Ausgabe des Jugendmagazins des Schweizerischen Kaufmännischen Verbands (SKV) "start" zusammen. Die Arbeitslosigkeit nagt an der Arbeitsmoral, und die gegen aussen demonstrierte Gelassenheit kann über die wahre Befindlichkeit nicht hinweg täuschen. Die Jungen kommen sich "wertlos" vor, fühlen sich "ausgeliefert", "frustriert" und "ohnmächtig". Die gesellschaftliche Brisanz ist evident.

(Weltwoche, 29.4.1993)

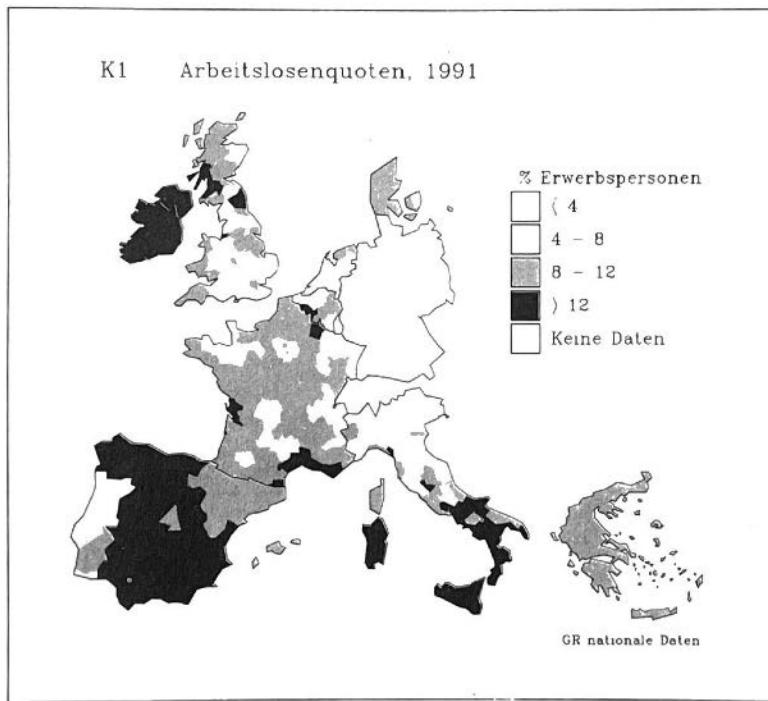
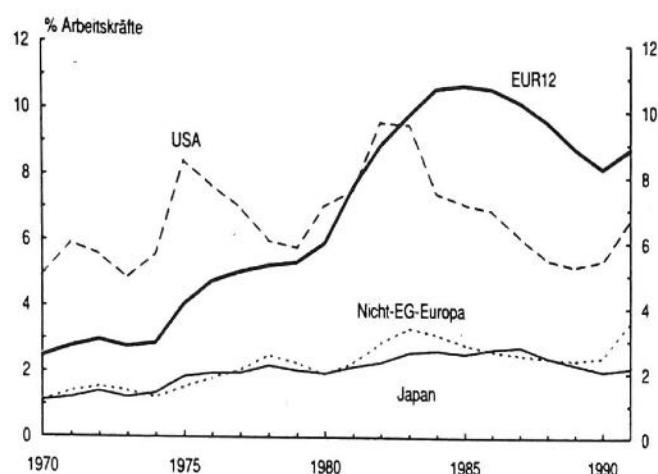
Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt:
Ich mache regelmäßig für unsere Zeitung ("Die Zeit") Präsentationsveranstaltungen in Ostdeutschland. Da kann jedermann hingehen und sich den Schmidt anhören. Und jeder kann am Ende seine Kritik und seine Fragen loswerden, anonym, auf weißen Blättern, die überall aufliegen. Diese Zettel haben wir über die Jahre gesammelt, seit der Wende. Sie zeigen in steigender Masse tiefe Enttäuschung und Unverständnis, zum Teil sogar Empörung. Das macht sich zuallermeist fest an ökonomischen Vorgängen und an der Massenarbeitslosigkeit. Die offiziellen Ziffern trügen. Wenn man Kurzarbeit, Beschäftigungs- und Umschulungsprogramme berücksichtigt, haben wir in jeder ostdeutschen Industriestadt in Wirklichkeit 35 bis 40 Prozent Arbeitslose. Nun geht es den Arbeitslosen materiell nicht entfernt so schlecht wie früher, als ich ein Junge war.

Aber das Gefühl, überflüssig zu sein und die Unsicherheit, was aus einem wird, die haben psychologische Rückwirkungen. Und ich weiß nicht, welche politischen Konsequenzen sich daraus ergeben könnten, wenn das noch zwei, drei Jahre so weitergeht.

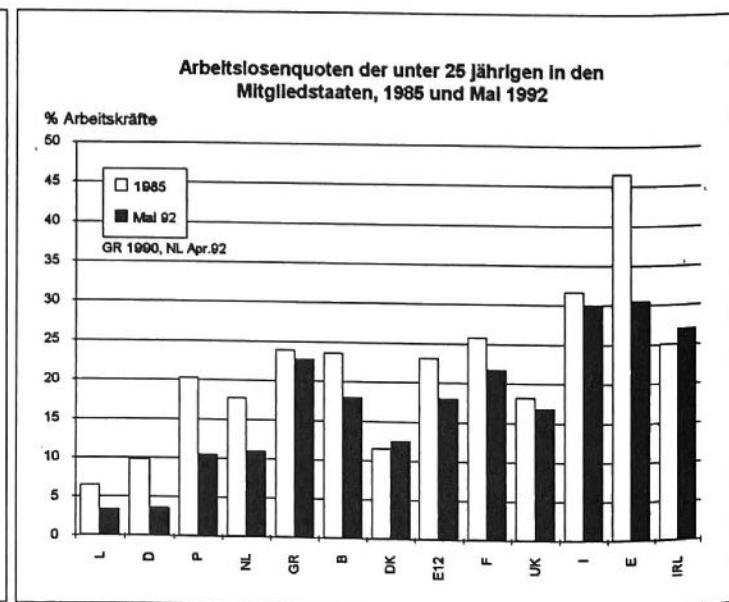
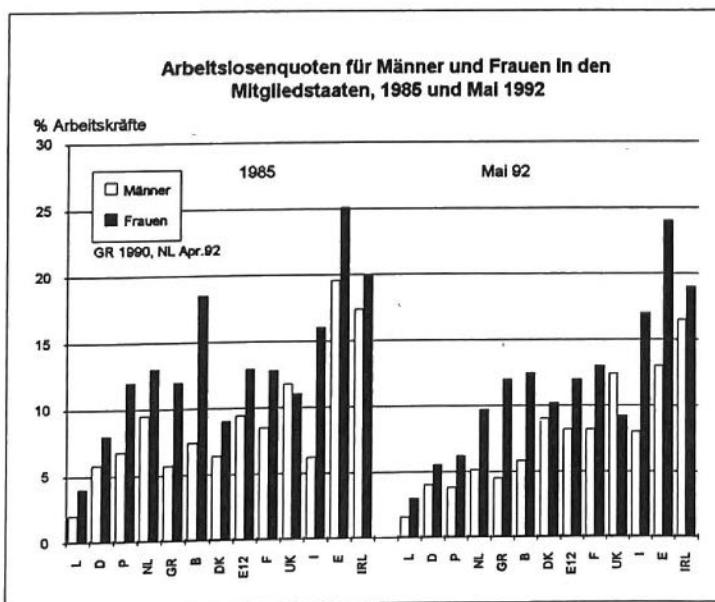
(Aus einem Interview
Weltwoche, 29.4.1993)

DATEN EUROPA

Arbeitslosenquoten in der Gemeinschaft und außerhalb, 1970-1991



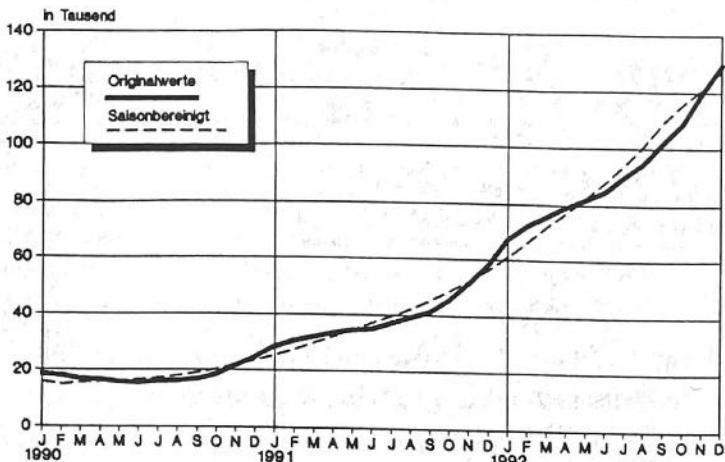
Kommission der EG,
Beschäftigung in Europa 1992



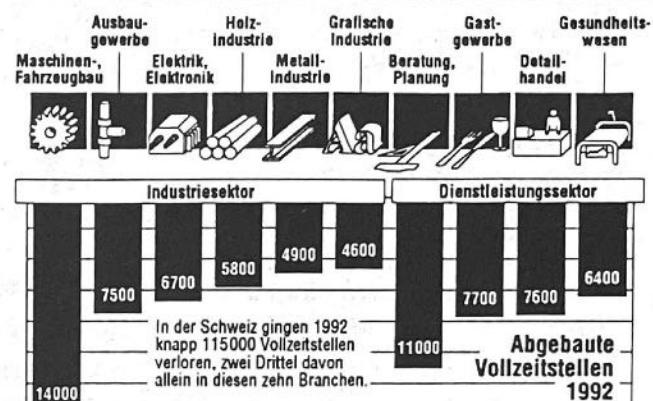
DATEN SCHWEIZ

Arbeitslose 1990 - 1992

BIGA

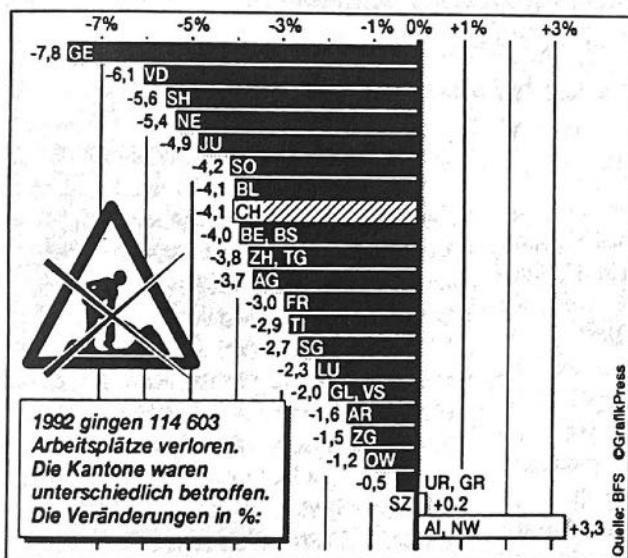


DIE BRANCHEN MIT DEM GROSSEN BESCHAFTIGUNGSSABBAU

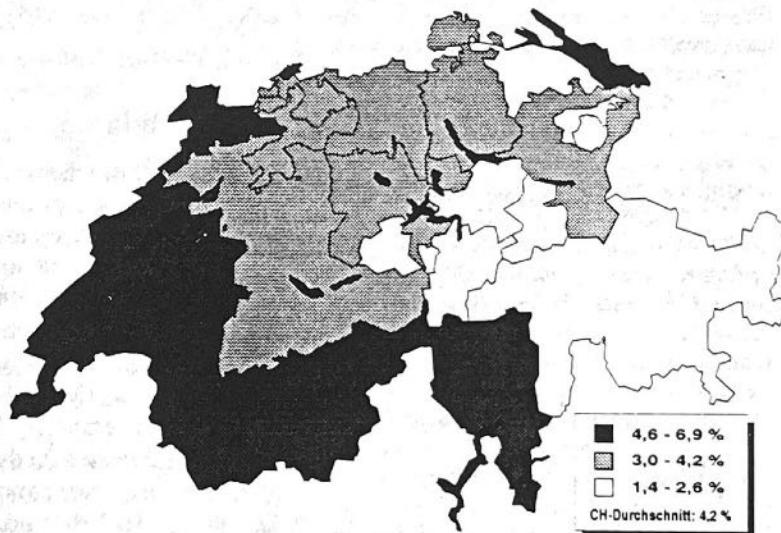


Quelle: Bundesamt für Statistik

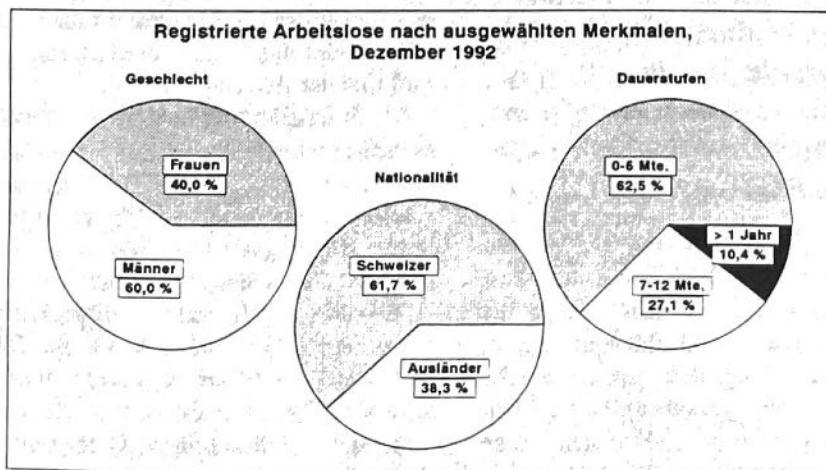
SGN



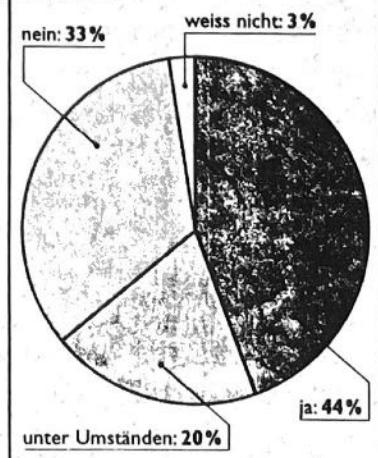
Arbeitslosenquote nach Kantonen, Dezember 1992



BIGA Pressedokumentation,
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt
Dez. 1992



«Wären Sie selber grundsätzlich bereit weniger zu arbeiten und dafür beim Einkommen Abstriche zu machen, so dass Arbeitslose zu einer Arbeit kommen?»



Tages-Anzeiger, 30.4.1993

Basiss: alle 700 Vollbeschäftigte

Krise im Post-Vollbeschäftigungstaat

Nach den zwanzig Aufbau- und Boomjahren der Nachkriegszeit haben die Regierungen der westlichen Länder in den siebziger Jahren vom Vollbeschäftigungstaat Abschied genommen. Der Wechsel fiel mit einigen sich weltweit auswirkenden ökonomischen Faktoren zusammen: Die USA exportierten mit den 1971 durchgesetzten flottierenden Wechselkursen ihr Vietnamkriegs-Budgetdefizit und die damit verbundene Inflation. Die europäischen Regierungen nutzten die Gunst des Erdölembargos 1973 für eine Anti-Wachstums-, Tiefbudget- und Hochzinspolitik, die den Boom durch eine tiefe Krise brach. Zu den damals erklärten Zielen gehörte es, die "Lohnexplosion" zu bekämpfen. Preisstabilität statt Vollbeschäftigungspolitik hatte die OECD schon 1970 den Mitgliedsländern empfohlen und damit eine neue Prioritätenordnung der Wirtschaftspolitik postuliert. Die inszenierte Krise half, den heftigsten, international verbreitetsten und längsten Zyklus von gewerkschaftlichen und wilden Arbeitstreiks der Nachkriegszeit zu brechen, der zwischen 1969 und 1973 einen drastischen Reallohnanstieg mit Umverteilungswirkungen zur Folge gehabt hatte (Carlo Jaeger, Arnd Weber, 1988). Die nachkeynesianische Wirtschaftspolitik fand in den achtziger Jahren neue dogmatische Grundlagen, in welchen Vollbeschäftigung als staatlich-politisches Ziel nicht mehr vorkam, während in der realen Wirtschaft Löhne und Sozialeinkommen, wenn überhaupt, viel weniger stark anstiegen als Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen. Mittlerweile waren die meisten OECD-Staaten mit einer hartnäckigen, nicht mehr wegzukriegenenden und deshalb als "strukturell" bezeichneten Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Es ist dieser globale Zusammenhang, der die Dauerdebatte über Krise und Umgestaltung des Sozialstaates in erster Linie immer wieder anheizt.

(Peter Niggli

Widerspruch Nr. 23, Juli 1992)

Europa, Arbeitslosigkeit und Umwelt:

Versuch einer Beschäftigungspolitik mit globaler Perspektive

Westeuropa zählt 30 Millionen Arbeitslose, die Entwicklungsländer 500 Millionen. Muss nicht jeder Mensch, dem der Zugang zu Arbeit und würdigem Leben verwehrt wird, tiefe Angst empfinden? Kann ein Jugendlicher auf eine Gesellschaft, die ihm soviel Leid antut und seine Zukunft verbaut, anders als mit Verzweiflung oder gar Gewalt reagieren? Wir müssen dringend eine humanere Wirtschaftsordnung schaffen, sonst wird uns die schwere Verantwortung zufallen, einen Zerfallsprozess ausgelöst zu haben. Er scheint schon im Gang zu sein, weltweit, und nun auch bei uns.

EWR-Politik

Dank hoher Beweglichkeit der Güter, der arbeitenden Menschen und des Kapitals in einem Wirtschaftsraum mit 350 Millionen Einwohnern zielt die europäische Wirtschaftspolitik auf eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und eine Stärkung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit. Als Mittel dazu werden intensive Technologieentwicklung und markante Zunahme der Produktivität eingesetzt. Das Wirtschaftswachstum soll die Erhaltung oder Erhöhung des allgemeinen Wohlstands ermöglichen bei gleichzeitiger hoher Beschäftigungslage, also bei abnehmender Arbeitslosigkeit.

Diese vor den EWR-Abstimmungen in der Schweiz und in Europa immer wiederholten Grundsätze einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik gilt es auf ihre Konsistenz hin zu prüfen in Anbetracht der grossen weltweiten Probleme.

Globale Problematik

Wenn wir über die Probleme unserer Zeit nachdenken, fällt uns heute zuerst die Arbeitslosigkeit ein, mit der von ihr verursachten Angst. Sie trifft einen von zehn Westeuropäern und noch weit mehr Menschen in Osteuropa und in den neuen Staaten des ehemaligen Sowjetblocks. In den USA leben 15% der Bürgerinnen und

Bürger (eine/r von sieben) unterhalb der Armutsgrenze. In den Entwicklungsländern sind 25% der Menschen vom Elend betroffen, 500 Millionen arbeitsfähige Menschen hat die Arbeitslosigkeit erfasst. Der Prozess der Verelendung - mit dem Wort Elend meine ich nicht eine in früheren Zeiten weitverbreitete Armut, sondern einen Zustand des körperlichen, sozialen, psychischen und kulturellen Verfalls - ist somit nicht mehr allein ein Charakteristikum der "Dritten Welt", er hat ebenso die industrialisierte Welt erfasst.

Als zweites globales Problem ist der Zustand der Natur zu erwähnen. Ihre klimatischen Regelmechanismen werden durch unser Wirtschaften und Konsumieren deutlich gestört. Gleichzeitig erleben wir eine ausgedehnte Vernichtung oder Verschmutzung unserer Lebensgrundlagen - der Gewässer und Grundwasser, der Wälder und der Vielfalt des Lebens, der Luft und der Atmosphäre.

Als dritte Bedrohung wäre die Bevölkerungsexplosion zu nennen. In fünfzig Jahren sollen gut zehn Milliarden Menschen die Erde bewohnen, 85% von ihnen in Entwicklungsländern. Wer fragt sich da nicht: "Kann das gut gehen?"

Die vierte ungeheuerliche Entwicklung wird uns erst eben voll bewusst: die Zunahme religiöser und völkischer Intoleranz. Religiöser und nationalistischer Fanatismus breiten sich aus und treffen auch Westeuropa im Herzen des sozialen Friedens.

ZUSAMMENHÄNGE

Die *Verdoppelung der Kluft zwischen Arm und Reich* in den vergangenen dreisig Jahren soll hier als letztes Krisenzeichen der Weltgesellschaft Erwähnung finden. Gemäss dem "Human Development Report 1992" des UNO-Entwicklungsprogrammes verfügen die reichsten 20% der Weltbevölkerung über 83% des Welt-einkommens, die 20% ärmsten über ganze 1,4%. Das Pro-Kopf-Einkommen des reichsten Fünftels der Menschheit ist 140 mal grösser als dasjenige der ärmsten. Gleichzeitig erfährt der Kapitalbesitz eine atemberaubende Konzentration.

Wenn wir mit Adam Smith eine ergebnisorientierte ethische Prüfung der Wirtschaft fordern, also ihrer effektiven Ergebnisse, was sollen wir von unserer Weltwirtschaft halten?

Nur dieser Aspekt allein, dass 60% der Weltbevölkerung über 5,5% des Welteinkommens verfügen, erscheint unzumutbar.

Wir müssen jedoch alle grossen Probleme unserer Zeit gleichzeitig, in globaler Vision im Auge halten: Arbeitslosigkeit, Vereidlung, Zerstörung der Lebensgrundlagen, Bevölkerungsexpllosion, Intoleranz und Fanatismus, wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Keines der Probleme macht an den Türen Europas und der Schweiz mehr halt. Eine Antwort darauf kann weder national noch sektoriell sein. Es macht beispielsweise wenig Sinn, die europäische Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wenn wir damit gleichzeitig die Zerstörung der Umwelt oder die Verarmung der Entwicklungsländer vergrössern. Eine Wirtschaftspolitik mit Zukunft müsste umfassend und kohärent sein. Das ist der Anspruch, den wir haben wollen und auch haben müssen, denn

unser Überleben hängt von jedem einzelnen der grossen Problemkreise ab; keiner kann als zweitrangig betrachtet werden.

Europäische Wirtschaftspolitik
Der in Europa und Nordamerika gängige wirtschaftspolitische Lösungsansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist Wirtschaftswachstum und Arbeitszeitverkürzung.

Wie griffig ist eine Strategie des Wachstums und wohin führt sie?

1. Die Rationalisierung der Produktion ermöglicht eine durchschnittliche Produktivitätszunahme von jährlich 2-4%, was einer Verdoppelung des Wirtschaftsausstosses in 18 bis 35 Jahren gleichkommt - bei gleichbleibender Beschäftigungszahl. Die Eindämmung der Arbeitslosigkeit verlangt Wachstumsraten von drei Prozent und mehr.

Wenn wir die optimistische Annahme übernehmen, die ökologische Effizienz der Technologie könne innert dreissig Jahren um 50% verbessert werden (Halbiierung des Schadstoffausstosses pro erzeugte und konsumierte Einheit), dann wird dieser ökologische Fortschritt von einem Wirtschaftswachstum von nur 2,2% pro Jahr schon gänzlich wettgemacht. Die Gesamtbelastung der Umwelt bliebe sich gleich. Die Natur erträgt jedoch schon die heutige Belastung nicht.

Die Arbeitslosigkeit mit Wirtschaftswachstum bekämpfen zu wollen, führt in einen ökologischen Kollaps. Nachhaltige Entwicklung lässt Wachstumsraten von 2% und mehr nicht zu.

Aus ökologischer Notwendigkeit müssen wir einen Steuerungsmechanismus erfinden und einführen, welcher Arbeitslosigkeit ohne Wirtschaftswachstum beseitigt. *Arbeitsplatzsicherung*, die Befriedigung des elementarsten der Grundbedürfnisse, müsste von der Konjunktur abgekoppelt werden.

2. Wenn die Industrieländer ein Wirtschaftswachstum von 2% und mehr anstreben, bei einem Bevölkerungswachstum von weniger als 0,5%, erfahren wir eine rasche Zunahme unseres Pro-Kopf-Einkommens. Damit vergrössern wir den Graben zwischen uns und den ärmeren drei Fünfteln der Menschheit noch mehr.

Eine Politik des beschleunigten Wachstums bei uns bedeutet weiter wachsende Ungleichheit und Wohlstandskluft, Frustration und Wut der Benachteiligten, mit der unübersehbaren Gefahr eines Gewaltausbruchs gegen soviel vermeidbare Verzweiflung.

Wir können uns ein so hohes Wirtschaftswachstum als Massnahme gegen Arbeitslosigkeit also auch aus Gründen elementarer Friedenssicherung nicht erlauben. Große Wohlstandsunterschiede erzeugen Wut, Hass, Gewalt. Die Verantwortung dafür tragen im wesentlichen wir, der wohlhabende Fünftel der Menschheit.

3. Ein starkes Wachstum der Wirtschaft schafft auch Absatzprobleme.

In etwa fünf Jahren wird Europa mit einer durch rationalisierten, schlagkräftigen und erhöhten Produktionskapazität dastehen. Der Drang nach fernen Absatzmärkten, auch in der "Dritten Welt", dürfte noch intensiver werden als heute.

Damit verhindern wir jedoch die Lösung des riesigen Problems der Arbeitslosigkeit und des Elends in den Ländern des Südens. Diese können ihre Menschenmassen nur beschäftigen, wenn sie ihre Konsumgüter selber herstellen, und zudem mit einer arbeitsintensiven, kapitalsparenden Technologie, mit Geräten und Maschinen, die wiederum mehrheitlich in den Entwicklungsländern selbst hergestellt werden.

Wollen wir das Elend in den Entwicklungsländern wirklich an der Wurzel fassen, dürfen wir unsere Produktionskapazitäten nicht wesentlich über den Bedarf des Binnenmarktes und der Industrieländer ausbauen, so dass für unsere Wirtschaft kein Exportzwang in die Entwicklungsländer entsteht.

4. Das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern ernsthaft anzugehen bedeutet, dort die bittere Armut der Bevölkerungsmassen zu beseitigen.

Die effizienteste und sicherste Art, das Bevölkerungswachstum in den Griff zu bekommen, ist erwiesenermassen die allgemeine Anhebung des Wohlstandes,

die Ausbildung der Frauen, die soziale und medizinische Versorgung für alle. Wenn wir dieses Weltproblem auf würdige Weise entschärfen wollen, haben wir es zuzulassen, dass in den Entwicklungsländern mehr Wohlstand - vor allem hunderte von Millionen Arbeitsplätze - entsteht.

ZUSAMMENHÄNGE

Das kann gelingen, wenn wir unsere Produktion zügeln und den Ländern des Südens zugestehen, ihren Bedarf an Gütern durch Eigenproduktion zu befriedigen.

Wir müssen die Arbeit weltweit anders verteilen; das ist das Hauptproblem.

Wir dürfen somit auch wegen des Bevölkerungswachstums unsere Produktionskapazität nicht zu stark ausweiten.

5. Schliesslich haben wir unsere Aufmerksamkeit auf den aufkommenden *Nationalismus, Rechtsextremismus und religiösen Fanatismus* zu richten. Die neuere Geschichte zeigt uns, wie durch Elend, Arbeitslosigkeit, materielle und kulturelle Verunsicherung Angst und Fremdenhass entstehen. Damit begreifen wir eine wesentliche Ursache des Aufflackerns nationalistischer und religiös-intoleranter Bewegungen. Dies erfahren wir im Deutschland der dreissiger Jahre nach der Wirtschaftskrise, im islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens, in der Gewalt schwarzamerikanischer Jugendlicher in Los Angeles oder New York, im neuen Fanatismus hinduistischer Parteien oder im Ausbruch des Fremdenhasses bei den deutschen Jugendlichen, deren Wut wir verstehen können, haben diese zwanzigjährigen Menschen doch keine Arbeit, keine Sinnerfüllung, keinen Lichtblick.

Dürfen wir die Beschäftigung der Jugendlichen von einem Wirtschaftsaufschwung abhängig machen? Müssen die Betroffenen dies nicht als Missachtung empfinden, als Unmenschlichkeit?

Die Kette von Arbeitslosigkeit, Verzweiflung, Wut und radikalem Gewaltausbruch ist kurz und einleuchtend. Die Dynamik der rohen Gewalt zu durchbrechen bedeutet für uns, dass die Jugend mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann, sicher, einen Arbeitsplatz zu finden, und zwar unabhängig von der konjunkturellen Lage.

Eine Gesellschaft, welche die Sicherheit von Arbeit, Einkommen und würdigem Leben den Bürgern nicht gewährt, beruht auf unzureichenden Ordnungsprinzipien. Nach dieser Sicherheit und Würde kann übrigens heute nur noch weltumfassend

gesucht werden. Jeder Diskurs, der nur das eigene Land oder Europa einbezieht, greift zu kurz.

Die Prüfung der Wachstumspolitik auf ihre Fähigkeit, die Probleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen, hat uns zum Schluss geführt, sie mündet in ökologische, gesellschaftliche und politische Sackgassen.

Diese Feststellung wäre zynisch, wären wir nicht überzeugt von der menschlichen Möglichkeit, darauf eine vernünftige Antwort zu finden.

Suche nach einer Politik der globalen Vernunft

In Anbetracht unserer Lage muss eine nachhaltige Wirtschaftspolitik folgenden Anforderungen genügen:

- Die Arbeitsplatzsicherung darf nicht mehr an das Wirtschaftswachstum oder an die Konjunktur gekoppelt bleiben.
- Im begrenzten Ökosystem Erde kann kein Teilsystem kontinuierlich wachsen; das gilt für die Wirtschaft wie für die Bevölkerung.
- Das Bevölkerungswachstum muss gestoppt werden. Durch eine massive Verschiebung von produktiver Arbeit in die Entwicklungsländer lässt sich dies ohne Hungersnöte, Kriege und Epidemien erreichen.
- In der Wirtschaft der Industrieländer soll nur noch die Qualität wachsen, gekoppelt mit einer Abnahme des Materialumlaufes.

Der Lösungsansatz könnte wie folgt aussehen:

1. Die Arbeitslosigkeit wird resorbiert durch ein Aufteilen der totalen Arbeitsmenge und des daraus resultierenden Einkommens auf alle Arbeitssuchenden.

Bei einer Arbeitslosigkeit von zehn Prozent wie in England oder Frankreich hieße dies: Die beschäftigten 90% der Bevölkerung erklären sich bereit, ihre Arbeit und ihr Einkommen mit den 10% Ausschlossenen zu teilen. Im Durchschnitt ginge das Einkommen der 90% um etwa

10% zurück (die Kürzung wäre progressiv zu gestalten). Lehnen sie es ab, bedeutet dies, dass sie lieber 10% mehr verdienen und 10% der Menschen auf die Strasse verstoßen. Das ist der ordnungspolitische "Entscheid", den unsere Industriegesellschaften bis anhin gefällt haben. Vermutlich würde der Souverän solch unsolidarisches Verhalten ablehnen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben würde, darüber abzustimmen.

2. Auf Betriebsebene könnte sich der Vorgang folgendermassen abspielen:

Bei einer Konjunkturbaisse werden produzierte Menge und Lohnsumme abbaut durch Kürzung der Arbeitszeit und der Löhne aller und nicht durch Entlassung eines Teils der Belegschaft. Solche innerbetriebliche Solidarität wird schon heute vielerorts praktiziert. Auf diese Art können auch grössere Krisen aufgefangen werden, wobei die Löhne so tief fallen können, dass ein Teil der Beschäftigten eine andere Anstellung suchen wird. Dies wäre ein erwünschter Anpassungsmechanismus der Wirtschaft. Hier ginge er allerdings nicht zu Lasten einzelner Menschen.

Vor die Alternative gestellt, 10% der Beschäftigten zu entlassen oder alle Löhne im Durchschnitt um zehn Prozent zu kürzen, würden die meisten Belegschaften die menschliche Variante wählen. Diese sollte zum Ordnungsprinzip der Gesellschaft erhoben werden!

3. Es schiene auch ethisch gerechtfertigt, wenn im Fall einer Absatzkrise zuerst die Entlohnung des Kapitals (Dividenden, Zinsen, Gewinne) gekürzt würde,

also derjenigen Personen, die nicht durch Arbeit an der Produktion beteiligt sind.

4. Beim Übergang von der heutigen Lage in eine Gesellschaft ohne nennenswerte Arbeitslosigkeit

(bis 1%) wären sämtliche Arbeitssuchenden auf alle Betriebe nach einem Quotensystem zu verteilen, im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl der Betriebe, auch der öffentlichen Dienste. Damit entstünde in

den Betrieben eine Arbeitsüberkapazität, welche durch Arbeitszeit- und Lohnkürzung aufzufangen wäre. Dies hiesse "Teilen": die Arbeit und das Einkommen unter alle zu verteilen, damit alle würdig leben können. Das Einführen arbeitsintensiver Produktionsverfahren müsste geprüft werden, denn auch ökologisch ist das Freisetzen von Fremdenergie durch menschliche Energie ein gewichtiger Vorteil.

5. In unserem Ansatz für eine humanere Gesellschaft wäre die Arbeitsproduktivität und nicht die Arbeitslosigkeit die Variable, das Element der Flexibilität, weil Arbeitsplatzsicherung den höheren Wert besitzt als zunehmende Produktivität.

Eine Gesellschaft mit zehn Prozent Arbeitslosen besitzt eine zu hohe Arbeitsproduktivität. Übrigens betreibt sie, ganz ähnlich dem ökologischen "dumping", soziales dumping, also Raubbau an den entlassenen Menschen. Es schiene menschlich vernünftig, zuerst Maschinen und nicht Menschen "abzustellen". Fundamental besagt unser Vorschlag, dass Arbeitsplatzsicherung die höhere Rationalität und demnach Priorität besitzen muss als das Einkommen des Kapitals, z.B. in Form von Maschinen.

Die Lösung unserer Probleme ist eine Frage der Ethik, der Überwindung des Egoismus, der menschlichen Vernunft und

des Mitgefühls.

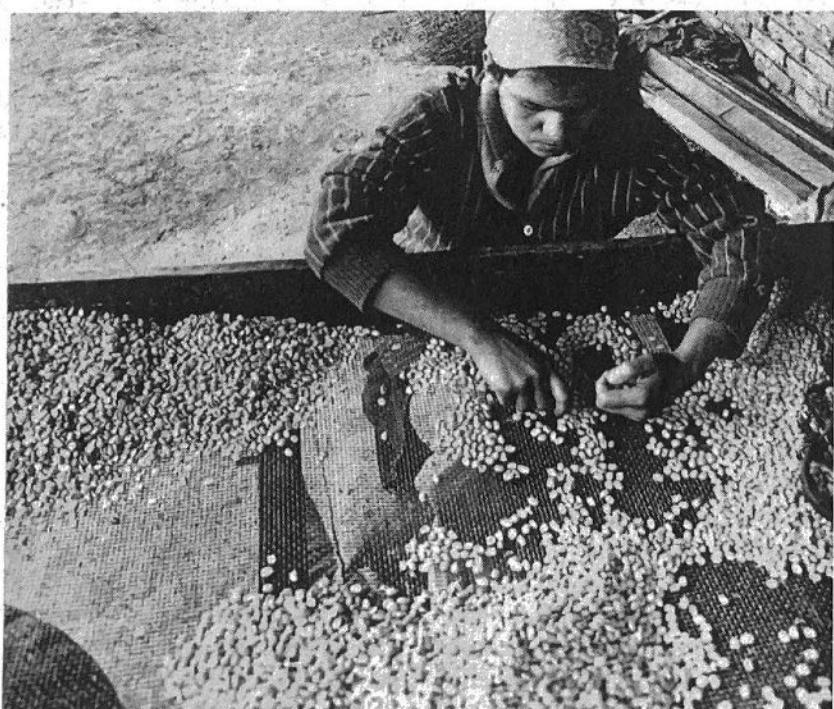
Eine Gesellschaft ohne ständige Angst vor Arbeitslosigkeit liesse sich bestimmt organisieren, dazu reichte unsere Kreativität aus, sofern wir vom Ziel überzeugt wären.

Die Überwindung des Egoismus entspräche einem kulturellen Reifungsprozess, zu dem wir heute aufgerufen wären ange-sichts der Lage der Welt. Diesen Schritt haben zuerst wir, die reichsten Menschen, vorzunehmen. Er geht in Richtung einer Kultur der materiellen Beschei-dung, der "selbstgewählten Ein-fachheit", einer neuen Defini-tion von Lebensqualität.

Die Wertstruktur einer solidarischen Gesellschaft könnte so aussehen, wie sie die Beaulieu-Gruppe in ihrem Manifest "Auf-bruch von innen" (Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main, 1991) dargelegt hat. Die Problematik erscheint letztendlich als philosophische Frage der Reifung des menschlichen Bewusstseins.

Gil Ducommun

(Dozent an der Schweizerischen Ingenieurschule für Landwirtschaft in Zollikofen, Leiter der Fachrichtung Internationale Landwirtschaft)



- **Eine Gesellschaftskrankheit wird un-heilbar**
- Warum die fallenden Grenzen in Europa eine Massenarbeitslosigkeit erzeugen werden
- *Der 51jährige Schwede Barnevnik, der dank seiner herkulischen Arbeit bei der Verschmelzung der schweizerischen BBC mit der schwedischen Asea heute zu den weltweit angesehensten Spitzenmanagern zählt, sinnierte kürzlich in der "Financial Times" über die Folgen des schrankenlosen europäischen Binnenmarktes. Seine Reflexionen könnten problemlos aus der Feder eines harschen Kapitalismuskritikers stammen, der schon immer wusste, dass dieses System eines nicht ganz so fernen Tages am selbsterversachten Uebel der Massenarbeitslosigkeit und des daraus resultierenden sozialen Sprengstoffes kollabieren muss.*
- *Der gnadenlose Wettbewerb unter den Anbietern von Gütern und Dienstleistungen wird zusammen mit dem unaufhaltsamen Produktivitätsfortschritt - laut Barnevnik dazu führen, dass der Anteil der in der Industrie und im tertiären Sektor Beschäftigten europaweit von heute 35 Prozent auf 25 Prozent in zehn Jahren und in der darauffolgenden Dekade sogar auf 15 Prozent sinkt.*
- *Barnevnik muss es wissen, gilt er doch selber als kompromissloser Arbeitsplatzabbauer. In den vier Jahren seit der Fusion von BBC mit der Asea sind 50'000 Stellen gestrichen worden. Der personellen Abmagerungskur steht ein Umsatzplus von 60 Prozent gegenüber. "Wir wachsen die ganze Zeit, und gleichzeitig schrumpfen wir", erklärt Barnevnik.*

"Wenn mir jemand erklärt, wart's ab, in zwei oder drei Jahren wird die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder höllisch anziehen, so sage ich ihm: Erzähle mir, wo das sein soll. Welche Jobs? In welchen Städten? In welchen Unternehmen? Wenn ich das alles aufaddiere, sehe ich klar die Gefahr, dass aus den zehn Prozent Un- und Unterbeschäftigen leicht 20 bis 25 Prozent werden könnten."

*(Rita Flubacher
Weltwoche, 14.1.1993)*

USA straffen Betriebe - Japan streckt Arbeit

- *Der japanische Elektrokonzern Pioneer hat sich dem öffentlichen Druck gebeugt und 35 Angestellte, die eigentlich entlassen werden sollten, wieder eingestellt. In den USA geschieht das Gegenteil: Entlassungen sind dort zur Regel geworden, der sich auch IBM, die einstige Bastion der lebenslangen Beschäftigung, nicht widersetzen kann. 1000'000 von 400'000 Arbeitsplätzen sind bereits abgebaut. Jetzt wird mit weiteren 75'000 Entlassungen gerechnet. Auch GM streicht 75'000 Stellen. Während die Amerikaner ihre Betriebe strafen, strecken die Japaner die verbliebene Arbeit.*

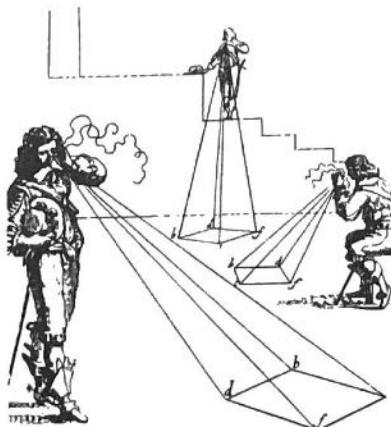
(Tages-Anzeiger, 2.2.93)

Das Denken von gestern

Tatsächlich, es breitet sich der Schein allgemeiner Armut aus. Eine Durchschnittsfamilie lebt heute wegen der hohen Lebenskosten rasch einmal am Rande des sozialen Absturzes - zum Beispiel wenn sie in eine teure Neubauwohnung umziehen muss -, die Staatsverschuldung ist uferlos, dem Gesundheitswesen und der Altersvorsorge scheinen das Geld zu fehlen. Wir müssen beginnen, dies als umfassende Warnsignale zu verstehen: Die ganze, auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Entwicklung verbessert nicht mehr unsere Lebensqualität, sondern führt sich durch ihre eigenen explodierenden Folgekosten ad absurdum.

Eigentlich frönen wir immer noch der Utopie einer Armutsgesellschaft: Immer mehr arbeiten, immer mehr produzieren, um immer mehr konsumieren zu können. Doch in Wirklichkeit sind die Verhältnisse längst umgekehrt: Wir stehen unter dem Sach- oder Denkzwang, aus konjunktur- und strukturpolitischen Gründen immer mehr konsumieren zu müssen, damit mehr produziert werden kann. Dem sollten wir eine neue Fortschrittsidee entgegenhalten, die uns dazu bringen kann, mit weniger Arbeit besser zu leben.

(Prof. Peter Ulrich, HSG
Bund, 12.2.1993)



Buchbesprechung:

Heinrich Bortis

EWR und EG, Irrwege in der Gestaltung Europas

Ein theoretischer und historischer Essay zu den europäischen Integrationsbestrebungen

(Universitätsverlag, Freiburg im Ue., 1992)

Heinrich Bortis, Professor für Volkswirtschaftslehre und Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen an der Universität Freiburg, verfasste mit seinem Essay einen lesenswerten Beitrag zur aktuellen EWR- und EG-Diskussion. In der volkswirtschaftlichen Diskussion vertritt er einen Standpunkt, den er "post-keynesianisch" nennt. Man könnte ihn treffend auch als neo-keynesianisch bezeichnen. Diese Position nimmt eine kritische Haltung zum Neoliberalismus ein, der hinter dem Binnenmarktplatz und hinter dem EWR steht. Neo-Keynesianer weisen darauf hin, dass ein deregulierter Markt keine Tendenz hin zu einem Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung zeigt. Im Gegenteil: Die Dynamik eines unkontrollierten Marktes wird vielmehr zu sozialen Problemen grössten Ausmasses führen.

Für Vollbeschäftigung ist die effektive Nachfrage nach Gütern entscheidend. In einem deregulierten Markt wird die Nachfrage aus folgenden Gründen sinken: (1) Die Unternehmen werden durch Rationalisierungsmassnahmen (Abbau von Arbeitsplätzen) versuchen, konkurrenzfähiger zu werden. Dadurch fallen Arbeitnehmer und deren Nachfrage aus dem Markt. Dieser Nachfrageschwund wird nicht völlig durch Sozialversicherungen aufgefangen. (2) Durch die verschärzte Konkurrenz wird die Zukunft für den Unternehmer unsicherer. Wer nicht weiß, ob er in zwei, drei Jahren noch auf dem Markt ist, wird kaum längerfristig planen. Durch die Unsicherheit sinkt somit die Nachfrage nach Investitionsgütern, was wiederum Auswirkungen auf die Beschäftigungslage hat und somit zu einem Sinken der Nachfrage auf dem Konsumgütersektor führt. (3) Durch das Sinken der Nachfrage sind für Investoren Immobilien und Bodenspekulation interessanter als Investitionen in die Produktion. Dadurch steigen die Boden- und Mietpreise. Mieter können weniger konsumieren, da sie mehr für Miete ausgeben. Somit sinkt die Nachfra-

ge nach Konsumgütern weiter. (4) Jedes Sinken der Nachfrage nach Konsumgütern bewirkt ein Sinken der Nachfrage nach Produktionsgütern und damit wiederum ein Sinken der Nachfrage nach Konsumgütern. (5) Jedes Land und jede Region wird im Binnenmarkt alles daran setzen, um Unternehmen anzuziehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Möglichst niedrige Löhne bei guter Ausbildung der Arbeitskräfte, niedrige Steuern und Soziallasten werde entscheidend sein, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Damit sinkt die staatliche und die private Nachfrage nach Gütern. Der deregulierte Binnenmarkt wird somit nicht die vorausgesagten Beschäftigungswirkungen mit sich bringen.

Neo-Keynesianer lehnen nicht die Marktwirtschaft als solche ab, sie betonen aber die Rolle der Gesellschaft und des Staates in der Wirtschaft. Für die Vollbeschäftigung entscheidend ist die effektive Nachfrage nach Gütern, die (1) von der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft, (2) von der Exportquote und (3) von der Staatsquote abhängt.

Eine ausgeprägt ungleiche Einkommensverteilung führt zu einem Sinken der Nachfrage, da kleine Einkommen gewöhnlich einen grossen Anteil des Lohnes für Konsumgüter ausgeben, während grosse Einkommen oft Überschüssiges in spekulativen Kreisläufen fliessen lassen. Die Einkommensverteilung in einem Land hängt nicht so sehr vom Markt als von Verhandlungsprozessen (Gesamtarbeitsverträge!) ab. Die Einkommensverteilung ist somit stark durch gesellschaftliche und politische Prozesse mitbedingt. Die Exportquote hängt von der internationalen

ZUSAMMENHÄNGE

Konkurrenzfähigkeit ab. Diese wiederum hängt von der Produktivität einer Volkswirtschaft in den Exportsektoren ab. Diese wird bestimmt durch den Ausbildungsgrad und die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Auch hier spielen somit ausserwirtschaftliche Phänomene eine wichtige Rolle. Die Staatsquote hängt schlussendlich von gesellschaftlich verbreiteten Auffassungen von den Aufgaben des Staates ab.

Die friedensbedrohende Rolle der Wirtschaft in der Geschichte ist vor allem auf den Faktor Aussenhandel zurückzuführen.

Die Kolonialmächte versuchten, sich Märkte zu öffnen, um Vollbeschäftigung durch den Export von Gütern zu erreichen. Ein unausgeglichener Handel schafft jedoch Beschäftigung in einem Land auf Kosten von anderen Ländern. Ein gerechter Austausch zwischen Ländern bedingt somit eine ausgeglichene Handelsbilanz aller Länder. Um diese Ausgeglichenheit zu gewährleisten, müsste das Weltwährungssystem reformiert werden. Bortis macht diesbezüglich Vorschläge, die auf die von Keynes angeführte englische Delegation an den Bretton Woods-Verhandlungen zurückgehen: Die einzelnen Landeswährungen sollten nicht direkt ineinander konvertibel sein. Bei Exporten in ein fremdes Land wird ein Land in einer zu schaffenden Weltwährung ausbezahlt. Diese Währung kann verwendet werden, um in anderen Ländern Güter zu kaufen. Damit Weltwährung nicht gehortet wird, könnte Besitz in der Weltwährung mit Negativzinsen belegt werden. Damit sind exportstarke Länder gezwungen, in fremden Ländern für den Wert der exportierten Waren Güter einzukaufen. Beschäftigungspolitik wird nicht mehr auf Kosten anderer betrieben. Zudem würde diese Politik eine relativ grosse Zinsautonomie der einzelnen Länder mit sich bringen. Diese ist für eine aktive Beschäftigungspolitik in den Ländern sinnvoll (tiefe Zinsen erleichtern Investitionen!).

Das Buch von H. Bortis bietet eine Fülle von interessanten Einzelüberlegungen und historischen Beispielen. Leider fehlt eine Auseinandersetzung mit gängigen Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Was sagen Neo-Keynesianer zum Vorschlag, Arbeit einfach auf alle zu verteilen? Was ist von starken Arbeitszeitreduktionen zu halten? Welches ist ihre

Haltung zur Einführung eines lohnarbeitsunabhängigen Mindesteinkommens? Bedeutet eine Politik der Vollbeschäftigung nicht unendliches Wachstum mit entsprechendem Rohstoffverschleiss? Könnte eine keynesianische Vollbeschäftigungspolitik verbunden mit hohen Resourcensteuern zu qualitativem Wachstum führen? Ist qualitatives Wachstum erwünscht, wenn wir eigentlich schon alles haben - ausser Zeit? Trotz dieser kritischen Rückfragen bieten die dargelegten Ideen einiges für eine fundierte Kritik am deregulierten Binnenmarkt. Zudem wird ein Modell geliefert, dass den Markt einbaut.

Halbwegs realistische Utopien kommen um Marktregulierung kaum herum: Wie sonst kann das komplexe Zusammenleben von Millionen organisiert werden?

Die Vorschläge sind entsprechend als relativ realistisch und realisierbar zu betrachten. Zudem belassen die gemachten Vorschläge den einzelnen Territorialstaaten eine recht grosse Autonomie. Damit würde die grösstmögliche demokratische Mitsprache der Bevölkerungen bei der Gestaltung der eigenen gesetzlichen Rahmenbedingungen garantiert.

Paul Ruppen

- **Das Hohelied des Wettbewerbs**
- Verschwinden oder in grösseren Unternehmen ausgehen müssten dabei gemäss Cecchini-Bericht die kleinsten und unwirtschaftlichsten Betriebe. Die grösseren Unternehmen sähen sich gezwungen, zu rationalisieren und unrentable Betriebszweige und Produktionsstätten stillzulegen. Es wird auch gesagt, dass aufgrund dieser Strukturbereinigung zugunsten der Grossen zuerst einmal noch mehr Arbeitslosigkeit entstehen wird. Mit dem angestrebten Wachstumschub sollen jedoch längerfristig 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden - nicht gerade viel, verglichen mit den heute schon (über) 15 Millionen Arbeitslosen im EG-Raum. Das geben auch die Cecchini-Oekonomen der EG zu.

(Dr. Hans-Peter Studer
EWR: Die verkaufte Zukunft
Arbeitspapier 1992)

- Der sog. Cecchini-Bericht ist als Taschenbuch erhältlich: Europa '92, Der Vorteil des Binnenmarkts, Nomos Verlag, Baden-Baden 1988

In erster Linie für Multis

- Die Langzeitarbeitslosigkeit hat in der EG besorgniserregende Ausmasse erreicht. Es liegt nahe anzunehmen, dass die Eröffnung des Binnenmarktes entgegen den optimistischen Annahmen des sogenannten Cecchini-Berichtes die Lage nicht verbessern wird, ja sie sogar deutlich verschlechtern könnte. (...) Der Binnenmarkt ist in erster Linie für Multis gedacht. Brüssel hat seine Freude an grossen Unternehmungsgruppen, die ihre Grössen- oder Skalenvorteile im EG-Markt ausschöpfen sollen. Solche Unternehmungen sind eben in ein gigantisches Rationalisierungsrennen geraten.

(Thomas Veraguth und Cédric Spahr
EWR-Nein: eine Chance für die Schweiz
Arbeitspapier März 1993)

- Eine neue Studie zeigt, dass die kleinen und mittleren Betriebe in der EG von den Möglichkeiten des EG-Binnenmarktes kaum Gebrauch machen:
- European Business Survey, Frühjahr 1993.
- Erhältlich bei Grant Thornton, Melton Street, London NW1 2EP (Tel: 00/71/728 27 48)

Dunkle Konjunkturwolken über Maastricht

- Statt der noch zu Beginn des Jahres vorausgesagten und mehrmals nach unten revidierten Steigerung des Wirtschaftswachstums um mägere 0,75 Prozent rechnet die EG-Kommission nun offenbar nur mehr mit einem Nullwachstum oder sogar mit einem "geringen Minuswachstum" im laufenden Jahr.

(Tages-Anzeiger, 18.5.93)

ZUSAMMENHÄNGE

Mensch und "Menschenäquivalent"

Wo der Mensch seine Fähigkeiten nicht auf die Gütererzeugung selbst, sondern auf die Arbeit richtet, fragt er sich, wie er sich Arbeit durch Mechanismen abnehmen lassen kann. (...) Weil Arbeit sich mit Maschinen kombiniert, also mechanisiert wird, vervielfältigt sich die Arbeitsleistung des einzelnen Menschen ganz beträchtlich. (...) Jeder Mensch (in Deutschland) hat neben oder um sich hunderter "Menschenäquivalente" gespenstischer Art. Die Bevölkerung der Bundesrepublik kann mit 100 multipliziert werden, um die "wahre" Bevölkerung in Hinblick auf die tatsächliche Arbeitsleistung zu errechnen. Also, wir haben zwei Bevölkerungsgruppen: eine apparativer Art und eine aus Fleisch und Blut. Die apparativen Einheiten sind schon in der Bundesrepublik so gross wie die heutige Weltbevölkerung.

Diese Welt von Geschöpfen, denen der Mensch seinen Geist eingeprägt hat, gehorcht ihm in der Art des ihnen eingeprägten Ablaufs. Nur im Hinblick auf den Kostenvergleich und die Leistungsausbeute verselbständigt sich diese Armee von Gespenstern, von Phantomen, und erzeugt härteste Konkurrenz für die menschliche Tätigkeit - hier konkurrieren Geschöpfe mit ihrem Schöpfer um die Arbeit. (...)

Diese Entwicklung ist unumkehrbar, da gibt es kein Zurück: der Mensch zieht gegenüber seinen Geschöpfen auf diesem Feld den Kürzeren. Diese Betrachtung ist ganz "wirtschaftlich", d.h. sie reduziert den Vorgang auf den Kostenaspekt bzw. kennt nur die Warenperspektive, über ihre Wirksamkeit kann es keine Täuschung geben. (...)

Die vom Menschen geschaffenen Geschöpfe sind im mechanischen Ablauf "fähiger", weil mechanischer als der Mensch. Da sich weiterhin durch diese "selbstlaufende Fähigkeit" die Maschine als effizient erweist, erringt sie den höheren Mehrwert, d.h. verzinst sich leichter. Der Vorgang ist epochal: zuerst unterstützte die Maschine den Menschen bei der Arbeit und steigerte seine Produktivität; durch den technischen Fortschritt wuchs der Kenntnisstand der Konstrukteure, so dass jetzt die Maschinenwelt nicht mehr nur die Arbeitskraft steigert, sondern ersetzt, also wegkonkurriert. Die Technologie hat eine neue Qualität erlangt, die sich nunmehr langsam entfalten wird, d.h. in der weiteren Zukunft wird in der reinen Gütererzeugung der Mensch immer weniger als Arbeitender gebraucht, ohne dass darum der Ertrag abnehmen würde.

(...) In diesem Jahrhundert verlagerte sich nicht nur das Eintrittsalter in das Berufsleben vom 13. auf das 16. Jahr bei 50 Prozent der Jugendlichen und auf das 18. bis 28. Jahr beim verbleibenden Rest (Realschüler, Gymnasiasten, Akademiker), sondern auch die Arbeitszeit verkürzte sich von rund 60 Wochenstunden um 1900 auf 48 im Jahr 1919 bis zu 40 Wochenstunden in den sechziger Jahren, wobei gleichzeitig die Urlaubszeit von "nichts" auf mehrere Wochen anstieg.

(Stefan Leber
"Konkurrenz und Arbeitslosigkeit"
in "Arbeitslosigkeit" 1984)

• Eine erfolgreiche Therapie bedingt bekanntlich eine vorausgehende richtige Diagnose. Dies ist jedoch bei wichtigen politischen Fehlentwicklungen schwierig, da in solchen Fällen häufig falsch oder mangelhaft orientiert wird (vgl. Frage des EWR-Beitritts).

• Was die Arbeitslosigkeit betrifft, konnte man in den Medien als häufigst erwähnte Ursache die Rationalisierung finden. Ist diese Begründung absolut stichhaltig? Eine Rationalisierung der Arbeit kann bereits seit Jahrhunderten festgestellt werden.

• Mit der Erfindung von Maschinen zum Weben usw. bis zu den heutigen Computern wurde fortlaufend rationalisiert. Dabei blieb jedoch die Arbeitslosenquote in der Schweiz mit Ausnahme der Krisenzeiten als Folge der Weltkriege immer relativ tief. Die Steigerung in den letzten fünf Jahren auf rund 150'000 Arbeitslose erscheint somit kaum mit der Rationalisierung erkläbar. Ähnliche industrialisierte Länder wie die Schweiz hatten in der gleichen Zeitspanne keine derartig sprunghafte Zunahme der Arbeitslosen zu verzeichnen. - Wenn jedoch die Rationalisierung nicht als Hauptursache der starken Zunahme plausibel erscheint, stellt sich die Frage nach weiteren Ursachen.

• Professor Kurt Schiltknecht, Direktor der BZ-Bank in Zürich, führte an einem Vortrag im Juni 1992 folgendes aus: "Spätestens mit dem Beitritt der Schweiz zur EG und der Ersatzung des Schweizerfrankens durch den ECU wird das Zinsniveau in der Schweiz mit demjenigen der wichtigsten europäischen Industrieländer übereinstimmen. Es gibt keine Gründe, weshalb bei einer Einheitswährung die schweizerischen Hypothekarzinsen oder Obligationenrenditen niedriger als in den übrigen europäischen Ländern sein sollten. Das Tempo der Zinsanpassung hängt davon ab, wie die Wahrscheinlichkeit eines EG-Beitritts der Schweiz eingestuft wird. Ein positiver Ausgang der EWR-Abstimmung würde vom Markt als positives Signal für einen EG-Beitritt gewertet und würde den Zinsanstieg und die Abwertung des Schweizerfrankens beschleunigen." Zwar war im Jahre 1987 infolge des Börsencrashes eine Ausweitung der Geldmenge durch die Nationalbank aus durchaus nachvollziehbaren Gründen erfolgt. An-



Hochzinspolitik und Arbeitslosigkeit

statt jedoch eine baldige Korrektur einzuleiten, wurden die Leitzinssätze stark erhöht. Betrug der Diskontsatz im Dezember 1987 noch 2 1/2 %, so wurde dieser bis September 1992 auf 6 1/2 % gesteigert. Der Lombardsatz erfuhr in der gleichen Zeitspanne eine Steigerung von 4 auf 9.4 %. Die logische Konsequenz dieser starken Erhöhung der Leitzinse war eine generelle Zinserhöhung durch die Banken. Beispielsweise wurden die wichtigen Hypothekarzinssätze um rund 2 % erhöht. Dies bedeutete bei ca. 450 Mrd. Fr. Hypothekarschulden in der Schweiz eine Mehrverzinsung von 9 Mrd. Franken. Dieses Geld musste von den Hypothekarschuldern bzw. der Mieterschaft zusätzlich aufgebracht werden und floss an die Kapitaleigentümer. Damit stellt dieser Vorgang eine enorme soziale Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden dar. - Welches sind nun die Auswirkungen der Zinserhöhungen auf die Wirtschaft?

Der grösste Teil der Unternehmer benötigt Darlehen. Die dafür zu zahlenden Zinsen gehen als Kosten in den Preis der Güter und Dienstleistungen ein. Allgemein sind die Zinskosten ein bedeutender Faktor der Preisbildung. Damit richtet sich das Preisniveau und somit auch die Konkurrenzsituation mit den ausländischen Unternehmen auch nach der Entwicklung der Zinssätze in der Schweiz. Vor 1987 waren diese im Vergleich zum Ausland erheblich tiefer; man sprach von einer Zinsinsel Schweiz. Danach war eine starke Anpassungstendenz an das Zinsniveau der umliegenden Länder zu verzeichnen. Dies im Vorfeld der EWR-Abstimmung, die bei einem mehrheitlichen Ja zu einer weitgehenden Übernahme des EG-Rechts geführt hätte. Mit den Maastrichter Verträgen ist indessen eine Währungsunion vorgesehen, die eine fast vollständige Vereinheitlichung der Zinssätze zur Folge hätte. Daraus ergibt sich konzenterweise die Anpassung der Schweizer Zinssätze nach oben, sofern man eine EG-Annäherung will. Dazu sagt Nationalbankpräsident M. Lusser: "Je stärker die Marktteilnehmer nach einem allfälligen Ja der Schweiz zum EWR glauben, dass die Schweiz der EG beitreten wird und dass die EG das Ziel der Währungsunion wird realisieren können, desto eher

wird es zu einer weiteren Angleichung der Zinssätze kommen." (BZ vom 3.9.1992)

Nachdem die Zinskosten ein bedeutender Kostenfaktor sind, lässt sich aus dem Vorangehenden die Schlussfolgerung ziehen: Die Schweizer Wirtschaft hat ihre Konkurrenzsituation in dem Ausmass verschlechtert, als mit der EG-Annäherung eine Erhöhung der Zinssätze in Kauf genommen werden musste. Professor Schiltknecht sagt dazu: "Ein Anstieg der Realzinsen um 1,5 bis 2,0 Prozent würde nicht nur zu einem Konjunktureinbruch, sondern auch zu tiefgreifenden Strukturverschiebungen in der schweizerischen Wirtschaft führen... Bei einer permanenten Realzinerhöhung würde das Kapital im Vergleich zu den Arbeitskräften wesentlich teurer... Mit dem Wegfall der günstigen Finanzierungsbedingungen in der Schweiz werden ausserdem Standortverlagerungen ins Ausland attraktiver. Allgemein lässt sich sagen, dass diese Entwicklungen die schweizerische Wirtschaft schwächen, den Produktivitätsfortschritt bremsen und damit den Spielraum für Reallohnnerhöhungen reduzieren wird." (Vortrag vom Juni 1992) "Aus der Sicht Schiltknechts hätte daher die Arbeitslosigkeit in der Schweiz nie das heutige Ausmass angenommen, hätte die Nationalbank nicht die Geldmenge zwecks Stabilisierung des Frankenkurses abgebaut." (NZZ vom 23./24.1.1993)

Zusammenfassend ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Nationalbank durch eine EG-anpassende Hochzinspolitik und eine restriktive Geldmengensteuerung wesentliche Verantwortung an der heutigen Arbeitslosigkeit trägt.

Eine seit der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 eingetretene Zinssatzentspannung wird sich erst nach einiger Zeit (sog. timelag) positiv auf die Schweizer Wirtschaftssituation auswirken.

• "Ich richte an Sie bloss die eine Forderung:
• Auch die Hypozinsen müssen jetzt runter! So
• schnell runter, wie die Zinsen aller anderen
• Kapitalanlagen reduziert worden sind."

Rudolf H. Strahm,
Präsident des Schweizerischen Mieterinnen-
und Mieterverbands (Deutschschweiz) in
einem offenen Brief an Theo Fischer,
Bankratspräsident und Präsident des
Kantonalbankenverbands

• "Es gibt noch Spielraum für weitere Zins-
senkungen", meint auch Hans Meyer, Vize-
präsident des Direktoriums der Schweizeri-
schen Nationalbank, in einem Interview mit
der BZ (6.5.1993).

Was geschah mit der Zinsinsel?

• Basler und St. Galler Ökonomen rechneten
keck aus, wie teuer der Schweiz ein Nein zum
EWR-Vertrag zu stehen käme. Die höheren
Zinsen und der tiefere Wechselkurs würden
das Wachstum der Schweiz um rund einen
Prozentpunkt verkleinern - oder griffiger für
die Zeitung: Der 13. Monatslohn wäre in Ge-
fahr.

• Letzteres lässt sich nicht überprüfen - die
beiden ersten Aussagen jedoch können auf-
grund der Fakten klar widerlegt werden. Die
Zinsen sind bekanntlich deutlich und rasch
gefallen, der Franken ist wieder stark - EWR-
Nein hin oder her.

• Jetzt, da die Mär vom Untergang der Zinsin-
sel nicht mehr ernst genommen wird, halten
Fachleute bedenkenlos die nächste Theorie
feil. Der Aufbau Ost verschlinge mehr Geld als
angenommen, die Entwicklung der EG enttäu-
sche, Europas Konjunkturaufschwung lasse
auf sich warten. Obwohl gerade noch vom
Gegenteil überzeugt, sieht nun auch die BAK
keine Gefahren für die Zinsinsel Schweiz.

(Pierre Heumann
Weltwoche, 29.4.1993)

Rudolf Hafner
Nationalrat, Betriebsökonom HWV.
Mitglied der Finanzkommission
des Nationalrats

Im Zuge der Industrialisierung wurde für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Erwerbsarbeit zur Existenzgrundlage, ganz unabhängig davon, ob sie als sinnvoll erlebt wurde oder nicht. Das System der sozialen Sicherheit, ja die Staatstätigkeit insgesamt wurde wesentlich durch die Besteuerung der Erwerbstätigkeit finanziert. Arbeitslosigkeit wurde zu einer existentiellen Bedrohung, das Recht auf Arbeit zu einem zentralen Anliegen weiter Bevölkerungskreise. Inzwischen hat sich die Schweiz aus einem ärmlichen, kargen Land in eine der reichsten Nationen der Welt verwandelt, die erst noch eine der niedrigsten Arbeitslosenraten aufweist. Der Wohlstand, den wir geniessen, konfrontiert uns neu mit der Frage nach dem Sinn unserer Arbeit. Dies umso mehr, als uns die Kehrseiten dieses Wohlstands schmerzlich bewusst werden: in der Zerstörung der natürlichen Umwelt, in der neuen

Armut im eigenen Land, im schreienden Elend, das ganze Kontinente prägt.

Gegenwärtig werden in der Schweizer Arbeitswelt Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung - nicht zuletzt dank der Initiative vieler Frauen - zunehmend ernst genommen. Doch es besteht die Gefahr, dass diese Bedürfnisse enttäuscht werden, weil eine Mehrheit mit weitgehend sinnlosen Arbeiten Geld verdient, während eine Min-

derheit in neuer Armut lebt. Niemand soll gezwungen sein, sinnlose Arbeit zu verrichten, bloss um Geld zu verdienen: Das ist ein wichtiger Grund für die grüne Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen. Die Erwerbsarbeit soll nicht einfach der Existenzsicherung dienen, sondern vermehrt Chancen zur Selbstverwirklichung eröffnen. In diesem Sinn vertreten

wir ein Recht auf Beruf, im Unterschied zu einer beliebigen Arbeit. Denn die ökologisch verheerende Sucht nach immer mehr Konsum kann nur überwunden werden, wenn das Berufsleben nicht als sinnentleerter Wettlauf des Geldverdienens, sondern als Chance solidarischer Selbstentfaltung erfahren wird.

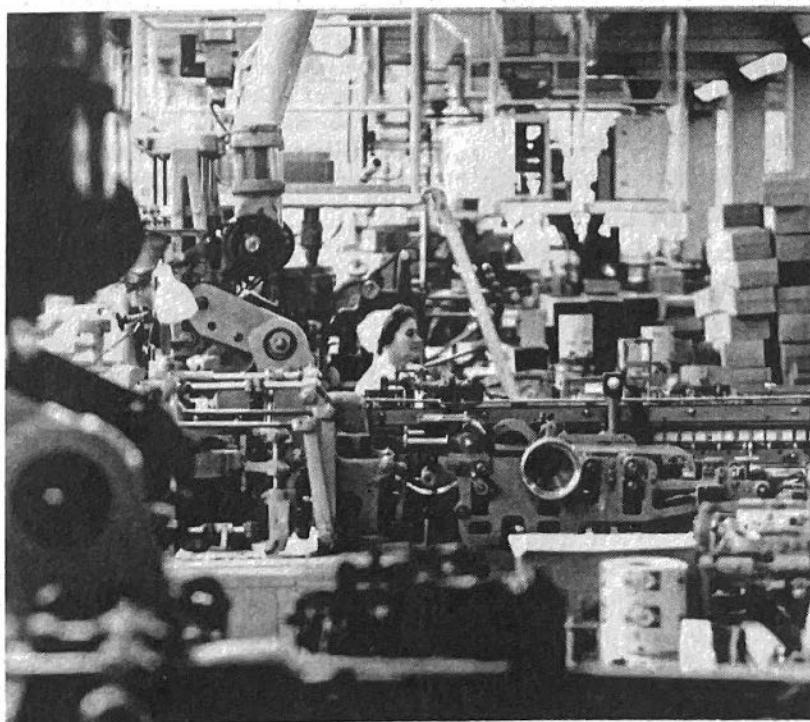
Vom Recht auf Arbeit...

I. Der gegenwärtige Wandel

Wenn von Arbeit die Rede ist, geht es nicht nur um Erwerbsarbeit. Jede Hausfrau weiß, wieviel Arbeit außerhalb des Erwerbslebens stattfindet. Und gerade im Bereich der Hausarbeit zeigen sich die Probleme der menschlichen Arbeit besonders deutlich: Selbständigkeit ist für Menschen lebenswichtig, doch wer nicht fähig ist, sich auf Abhängigkeit einzulassen, sperrt sich in das Gefängnis der Einsamkeit; Menschen sind aufeinander angewiesen, doch wenn die Abhängigkeit jede Selbständigkeit erstickt, kann das Leben zur Hölle werden. Die Spannung zwischen Abhängigkeit und Selbständigkeit, die Frauen besonders deutlich erfahren, will immer wieder neu gestaltet werden. Darum geht es auch beim gegenwärtigen Wandel der Arbeit.

Viele Leute wechseln in ihrem Leben zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung ebenso wie zwischen Phasen mit und ohne Erwerbsarbeit. Die Grenze zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wird durchlässiger: Darin liegen Chancen für neue Lebensentwürfe.

Der Versuch, die oft unerträgliche Spannung zwischen Beruf und Familie in lebbare Formen zu bringen, kann dadurch etwas leichter werden. Männer können ihre Laufbahn auch einmal unterbrechen, um anderen Erfahrungen Raum zu geben; Frauen können sich ins Berufsleben einmischen, ohne dadurch auf ein Privatleben kurzerhand verzichten zu müssen.





An die Stelle einer Arbeitswelt, die auf standardisierte Lebensläufe angewiesen ist, tritt eine breitere Palette individueller Möglichkeiten.

Grüne Politik will diese Freiheit der Lebensgestaltung fördern. Eine ökologisch vertretbare Lebensform kann nicht darauf beruhen, dass man einen Teil des Lebens zur Arbeit deklariert und ihn als unerfreuliche Notwendigkeit nach irgendeinem Schema auf die Bevölkerung verteilt. Stattdessen gilt es zu fragen, wie wir eine Lebensform überwinden können, in der selbst das Stillen eines Säuglings zur Arbeit geworden ist.

Ökologisch vertretbare Lebensformen entstehen, indem die bisherige Arbeit in Formen gemeinschaftlicher Selbstentfaltung verwandelt wird. Aus der Beseitigung von Haushaltsmüll kann die Kompostierung organischer Abfälle werden, aus der Rekrutenschule ein gemeinsamer Sozialdienst, aus der Fabrikation von Atomkraftwerken die Entwicklung von Recycling-Anlagen.

Auf diesem Weg können wir auch aufhören, den Entwicklungsländern ein Leitbild vorzuleben, dessen weltweite Verwirklichung zum ökologischen Albtraum wird. In der Tat ist ein neues Verhältnis von Abhängigkeit und Selbständigkeit im Verhältnis zu den Entwicklungsländern ebenso sehr gefragt wie im Schweizer Alltag.

II. Berufsleben und Glück

Der gegenwärtige Wandel der Arbeit ist ein wichtiger Grund dafür, dass das politische Rechts-Links-Schema seine Plausibilität verloren. Die Rechte und die Linke

streiten um die Verteilung des Kuchens und fragen allzuwenig, warum eigentlich das Backen keine rechte Freude macht.

Natürlich lässt sich die Frage nach dem Glück der Beschäftigten abtun mit dem Argument, die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen brauche nicht glücklich zu machen; das Glück könnten die Leute ja dann in ihrer Freizeit suchen, indem sie eben diese Güter und Dienstleistungen kaufen. Eine solche Einstellung hat in der neueren Geschichte nicht nur der Schweiz, sondern der Weltwirtschaft insgesamt gewaltige Triumphe gefeiert. Das Ergebnis ist die weltweite Massenproduktion von Autos, Fernsehern, Schallplatten, touristischen Vergnügungen, Soft Drinks, Fast Food und so fort. Dadurch wurde der überwältigenden Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ein Komfort ermöglicht, den noch vor hundert Jahren nicht einmal der Kaiser von China kannte.

Es gibt Stimmen, die es dem gemeinen Volk zu missgönnen scheinen, dass es seit wenigen Jahrzehnten auch in den Genuss von Luxus kommt. Diese zutiefst undemokratische Haltung kann sich mit berechtigten Mahnungen vermischen, die aus Gründen des Umweltschutzes in manchen Bereichen zum Konsumverzicht aufrufen. Aber ein Leben ohne Sinn für festliche Verschwendungen wäre in seiner Griesgrämigkeit nicht naturverbunden, sondern stumpfsinnig. Beruht nicht die Existenz der Biosphäre darauf, dass die Sonne uns

Tag für Tag mit einer überwältigenden Pracht von Licht und Wärme überschützt?

Grüne Politik ist eine Politik der Lebensfreude, nicht der Mangelwirtschaft. Was uns stutzig macht am Siegeszug des Massenkonsums, ist nicht der Hauch von Luxus, der da zum Allgemeingut wird, sondern der Eindruck, dass da nicht so sehr ein Glück erfahren als vielmehr ein Unglück verdrängt wird. Wie sonst liesse sich z.B. die Verbissenheit begreifen, in der sich ganze Nationen in den letzten Jahrzehnten buchstäblich überfressen haben?

Erschreckend viele Menschen liefern sich einer Konsumwut aus, welche die eigene Gesundheit ruiniert, Abfallberge auftürmt, Landschaften verschandelt, dem Autoverkehr Menschenleben opfert und sich nicht darum schert, wenn Pflanzen und Tiere reihenweise aussterben. Ein wichtiger Grund dafür liegt in den Gefühlen der Sinnlosigkeit und Ohnmacht, die an vielen heutigen Arbeitsplätzen Tag für

...zum Recht auf Beruf

Tag massenhaft erneuert werden.

Es steckt eine subtil-grausame Menschenverachtung darin, wenn am Arbeitsplatz ein glückliches Leben nicht gefragt ist und zum Ausgleich wirtschaftlicher Wohlstand angeboten wird. Ist es so verwunderlich, dass diese Menschenverachtung einem achtlösen und zerstörerischen Verhältnis zur Natur Vorschub leistet?

In Zukunft kann der Sinn des Berufslebens nicht mehr primär in der Existenzsicherung und Wohlstandsvermehrung gesucht werden. In den Vordergrund tritt vielmehr die Entwicklung persönlicher Identitäten im Rahmen einer lebendigen beruflichen Kultur.

Diesem Wandel entspricht eine Veränderung der Sozialpolitik, die sich nicht mehr einfach auf die bisherigen Konzepte der Lohn-Sicherung wird stützen können. Zukunftsweisend ist hier die grüne Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht.

Im selben Zusammenhang ist auch die gegenwärtige massive Besteuerung der

ZUSAMMENHÄNGE

Erwerbstätigkeit zu überdenken. Die Besteuerung der Erwerbstätigkeit sollte in Zukunft wieder sinken. Eine sinnvollere staatliche Einkommensquelle lässt sich mit einer gezielten Verteuerung des Energieverbrauchs erschliessen.

III. Flexibilisierung und Stabilität

Gegenwärtig verändert sich der gesellschaftliche Stellenwert der Arbeit, nicht zuletzt weil viele Frauen und Männer immer neue Anläufe nehmen, sich selber zu verwirklichen, und dabei das Verhältnis von Abhängigkeit und Selbständigkeit in ihrem Leben verändern. Ein wichtiges Beispiel dafür geben die Erfahrungen der sogenannten Aussteiger, von denen sich manche in der Alternativbewegung engagieren. Verwandte Erfahrungen werden aber auch in vielen anderen Situationen gemacht. Eine grosse Rolle spielt dabei die Tendenz zur Flexibilisierung der Arbeitswelt, die sich etwa in der steigenden Zahl von teilzeitbeschäftigte Frauen zeigt.

Eine solche Flexibilisierung eröffnet wichtige Chancen sowohl für die Beschäftigten als auch für die Schweizer Wirtschaft insgesamt. Die Chancen können jedoch verspielt werden durch eine chaotische Flexibilisierung, bei der wirtschaftliche Zwänge alle anderen Lebensbereiche gefährden. Das kann kein Ziel grüner Politik sein. Eine sinnvolle Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen muss mit einer bewussten Stabilisierung von sozialen Bindungen einhergehen. Ein Mensch wird auch nicht beweglicher, indem man ihm das Rückgrat zerschlägt. *Wir Grünen wollen darauf hinwirken, dass das wirtschaftliche Geschehen wieder vermehrt in das gesellschaftliche Leben integriert ist. Realisieren lässt sich das am ehesten auf regionaler Ebene.* In diesem Sinne muss die Flexibilisierung der Arbeit eingebettet werden in die Stabilisierung regionaler Lebenszusammenhänge.

Zu diesen Lebenszusammenhängen gehören nicht zuletzt berufliche Traditionen - seien es die der UhrenarbeiterInnen in der Juraregion, die der Bergbauern in Alpenregionen oder auch die kaufmännischen im Raum Zürich. Berufliche Traditionen erlauben den einzelnen Beschäftigten die Entwicklung einer soliden Kompetenz und letztlich einer reichhaltigen persönlichen Identität. Die Schweizer Wirtschaft würde eine ihrer grössten Stärken verlieren, wenn in diesem Bereich keine Stabilität gepflegt würde.

Manche gutgemeinten Vorschläge, dem technischen Wandel dadurch zu begegnen, dass in der Ausbildung gar keine richtigen Berufe, sondern nur noch allgemein brauchbare Methoden vermittelt werden, setzen hier ein kostbares Erbgut an kultureller Vielfalt aufs Spiel. Technische Neuerungen sollen in die Ausbildung aufgenommen werden, indem sie in die Tradition der jeweiligen Berufsfelder integriert werden, und nicht indem die letztere preisgegeben wird. Dabei lassen sich schrittweise ökologische Kompetenzen in bestehende Berufsbilder einbeziehen. Im Falle der Landwirte z.B. wäre das eine wichtige Voraussetzung für eine angemessene Auseinandersetzung mit der Gen-technik.

Ein weiteres Problem, das im Zusammenhang mit der Flexibilisierung der Arbeit zu betrachten ist, liegt darin, dass in der Vergangenheit der Schutz, den das Arbeitsrecht bietet, an die Voraussetzung klarer Abhängigkeitsverhältnisse gebunden war. *In Zukunft werden rechtliche Formen gefragt sein, welche gerade die "arbeitnehmerähnlichen" flexiblen Mischformen schützen, und dabei Selbständigkeit nicht abbauen, sondern fördern.* Dazu braucht es eine schrittweise, aber weitreichende Veränderung des Arbeitsrechts im Sinne einer sich wandelnden Arbeitswelt.

Eine ernste Gefahr bei diesem Wandel stellt der drastische Bedeutungswund der herkömmlichen Gewerkschaften dar. In einer Welt, die entscheidend durch wirtschaftliche Entwicklungen bestimmt ist, braucht es Organisationen, in denen die Berufstätigen ihre Interessen formulieren und solidarisch vertreten können. Sonst werden die demokratischen Institutionen über kurz oder lang zu blossen Attrappen.

Es wäre kein Ausweg, aus diesem Grund die Gewerkschaften sozusagen unter Naturschutz zu stellen. Niemand kann den Gewerkschaften die Krise abnehmen, in die sie ihr bisheriges Selbstverständnis geführt hat. Doch *als demokratische Partei wollen die Grünen darauf hinwirken, dass die Organisationen der Berufstätigen in die Lage kommen, ihre Aufgabe auch in einer gewandelten Wirtschaft wahrzunehmen.* Zu dieser Aufgabe wird mehr denn je die Beteiligung an bildungs- und technologiepolitischen Massnahmen, besonders im regionalen Rahmen, gehören.

Eine Herausforderung in diesem Sinne

gibt das Problem des Beschäftigungsschutzes. Es hat z.B. keinen grossen Sinn, die Beschäftigung an Skiliften zu schützen, denen wegen des Treibhauseffekts der Schnee ausgehen wird. Hier werden in den nächsten Jahren neuartige Ansätze entwickelt werden müssen. Solche Ansätze sollen einerseits eine wirksame Solidarität zwischen verschiedenen Regionen ermöglichen. Andererseits sollen sie dazu beitragen, dass Arbeit nicht einfach um jeden Preis erhalten wird. *Vielmehr wollen wir heutige Arbeiten schrittweise in Tätigkeiten überführen, die zur Bewahrung der Schöpfung wie zur menschlichen Selbstverwirklichung beitragen.*

Carlo Jäger
Diskussionsgrundlage der sozialpolitischen Kommission der Grünen Partei der Schweiz (Erstveröffentlichung)

Literaturliste:

- Benjamin, J., *Die Fesseln der Liebe*, Basel, 1990
- Heward, C., *Und sie rührte sein Kleid an. Eine feministische Theologie der Beziehung*, Stuttgart, 1986
- Dahrendorf, R., *Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht*, in: Matthes, J., Hrsg., *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, Frankfurt, 1993
- Kern, H., Schumann, M., *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München, 1984
- Lalive d'Epinay, C., *Die Schweizer und die Arbeit*, Zürich, 1990
- Piore, M., Sabel, C., *Das Ende der Massenproduktion*, Frankfurt, 1989
- Rehbinder, M., Ed., *Flexibilisierung der Arbeitszeit*, Bern, 1987

Arbeit Bildung Macht EG

(ms) Interessant ist, dass am Selbstverständnis der frühen Gewerkschaften der Bildungsauftrag einen wesentlichen Anteil hatte. In der Arbeiterschaft bestand ein unstillbarer Wissenshunger. Zwar ist das damals in den Arbeiterkursen, -schulen, -bildungszentralen vermittelte Allgemeinwissen an den Volksschulen seither allen zugänglich geworden. Und die Politische Ökonomie marxistischer Prägung hat sich als ebenso lebensuntauglich erwiesen wie die ökonomische Praxis des Westens, die die Menschheit immer tiefer in Ausbeuter und Ausgebeutete spaltet und dem Individuum die Würde nimmt. Dennoch ist absehbar, dass nach den satzen Jahren in der nächsten Zeit bei vielen - zunächst wohl v.a. Arbeitslosen - der Hunger nach Einsicht ganz elementar wieder erwachen wird. Nicht, um sich klassenkampfstark zu machen wie ehemals. Von solchen altgewordenen Vorstellungen werden sich die ganz lösen müssen, die hier Antwort geben wollen. Diesmal nämlich geht es um innere (Über)Lebenskraft schlechthin:

Arbeitslose, die die Verhältnisse erkenntnismässig zu durchdringen vermögen, werden von diesen weniger zermalmt.

Wer sich gültige gesellschaftliche Begriffe erarbeitet hat, steht seinem Schicksal freier und initiativer gegenüber. Gefragt sein wird deshalb ein ganzheitliches Verständnis des Sozialen ohne ideologische Trübungen.

Dieses zu vermitteln, müsste von Arbeitslosen-Initiativen jetzt an die Hand genommen werden. Soziale Bildungskurse müssten überall eingerichtet werden. Mit genügender Strahlkraft würde der Impuls auch von den Schulen übernommen werden. Eine lebendige und relevante Gesellschaftskunde hätte die Aufgabe, die Mündig-Werdenden auch auf ein lohnarbeitsloses Leben vorzubereiten. Nur... wer ist dazu in der Lage?

Von der Krise der Gewerkschaften spricht ihr Mitgliedschwund - in rezessiven Zeiten! - deutlich genug.

Ob ihnen der Schritt in ein zeitgemäßes Selbstverständnis mit dem Willen zur sozialen Erneuerung, das den Bildungsauf-

trag wieder zentral mit einschlösse, gelingen wird, ist fraglich, obwohl es auch hier Anzeichen von Neuem gibt.

Der Machttraum vom Gewerkschaftseuropa indes dürfte sich so oder so mittelfristig ausdünnen.

"Wohl kein zweiter Themenbereich der EG-Politik ist derart von Zweideutigkeiten, Augenwischerei und Falschspiel geprägt wie die Sozialpolitik. (...) Die Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit fördern eher das nationalegoistische Gärtchen-denken als den Willen zum Ausgleich". (Cash, 16.4.1993)

Symptomatisch wirkte die eher flau Demo "Gegensteuer" des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 27. März in Bern. Trotz zweier penetrant positionierter Europaflaggen kamen auf dem Bundesplatz die Wörter "Europa", "EWR" oder "EG" niemandem über die Lippen, - keiner und keinem aus der auf den EWR-Eintritt erpichten Gewerkschaftsspitze Renschler, Pedrina, Dreifuss, Brunner.

Wen wundert's:

Nur eine Chance gibt es, EWR / EG der widerspenstigen Basis zu verkaufen: als abstrakte Verheissung von Macht- und Lohn-Mehr, ohne konkrete Bezüge zu den Lebens- und Arbeitswirklichkeiten.

Resolution:

Gegen den sozialen und ökologischen Abbau und für die Demokratie

Am 24. April haben sich in Freiburg ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und GerwerkschafterInnen aus der deutschen und der welschen Schweiz versammelt und beschlossen:

1. Gemeinsam eine Delegiertengruppe an den Bundesrat und an Parlamentarier zu entsenden, um für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen einzutreten und sich gegen ihre Politik des Sozialabbaus zu wenden (Kürzung der Arbeitslosenunterstützung; Versuch, das Rentenalter der Frauen zu erhöhen und Nachtarbeit für Frauen wiedereinzuführen; Einführung der Spitaltaxe, Privatisierung öffentlicher Betriebe etc.).

2. Das Meeting am 20. Juni im Zenith in Paris gegen die IWF-Politik und deren zerstörerische Privatisierungsbestrebungen zu unterstützen.

Informationen bei:

Micky Zimmermann, Union des cercles pour une politique ouvrière, Case postale 1, 1211 Genève 28 (Tel: 022 / 733 87 14)

Sozialpartnerschaft und Gesamtarbeitsverträge

Im modischen Zuge der Deregulierung und Euro-Kompatibilität werden neuerdings auch die Gesamtarbeitsverträge (GAV) in Frage gestellt. Es ist klar, dass diese dem EG-Denken zuwiderlaufen:

"Die GAVs erstellen die Arbeitsverfassung. Richtig ist es, dass wir uns heute nicht mehr damit begnügen können, den GAV als Charta minimaler Lohnbedingungen zu verstehen. Ein moderner GAV ist weit mehr: Er ist eine partizipativ bestimzte Arbeitsverfassung, die auch Arbeitsbedingungen regelt, vor allem aber vorzeichnet, wie Arbeitnehmer in der Unternehmung in ihrer Kreativität und Innovationsfähigkeit gefördert werden, und Schlichtungswerzeile für den Fall eines Konflikts bereitstellt. Der GAV ist ein dynamischer Prozess!"

(Franco Sommaruga
SP-Stadtrat, Bümpliz
Berner Bär 7./8.4.1993)

Arbeitslosigkeit als Suche der Gesellschaft

nach sich selbst

gesellschaftliches Bewusstsein zu entwickeln, Wesentlich und Unwesentlich unterscheiden zu lernen.

Gerade *angesichts fundamentaler gesellschaftlicher Probleme müssen wir den Mut aufbringen, die Fundamente der Gesellschaft selbst zu problematisieren.*

Wie anders fänden wir zur Wurzel der Probleme?

Wenn Arbeitslosigkeit ein Auge ist, worauf ist sein Blick gerichtet? Auf nichts anderes doch als auf die Arbeit selbst, auf ihre Organisation, auf den Arbeitsmarkt und auf die Lohnverteilung. Davon sprechen wir alle, davon sind die Medien tagtäglich voll. Dazu wollen wir hier einige wenige Gesichtspunkte entwickeln.

Um eine Wahrnehmung richtig zu verwerten, sind adäquate Begriffe nötig. Diese werden an der Wahrnehmung selbst gebildet. Voraussetzung ist eine gewisse Unbefangenheit. Diese fehlt: "Marktwirtschaft" ist zum Dogmenkomplex geworden, den die neue Priesterschaft der Ökonomen auf den Wirtschaftsseiten und in den Kommissionen in einer nur Eingeweihten verständlichen Sprache ständig ausbaut und aktualisiert und über die -brüchigen - Allianzen mit den Unternehmerkaisern, dogmenkonformen oder ketzerischen Lenkern von Banken- und Firmenimperien, für uns alle Wirklichkeit werden lässt. Nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Experiments scheint Marktwirtschaft sowieso mit Unfehlbarkeit gesegnet.

Aber das Auge wird offenbleiben, die Arbeitslosigkeit grösser werden, darin sind sich die Fachleute (fast) einig. Sie nennen das "Sockelarbeitslosigkeit". Wer oder was sich darauf stützt, ist unklar. "Das Wirtschaftswachstum reicht im Durchschnitt vielleicht gerade noch aus, um den Produktivitätsfortschritt zu absorbieren. Eine

Arbeitslosigkeit als Tod und Auge

Die nüchternen Bilanz- und Quotenzahlen von Managern und Ökonomen sprechen nicht vom realen menschlichen Elend. Dafür lassen sich mit ihnen auch widersprüchliche mikro- und makroökonomische Massnahmen und Massnahmenpakete stets schlüssig fundieren. "In der Wirklichkeit aber stehen da Menschen, menschliche Gemeinschaften, soziale Strukturen, die nicht nach Belieben geändert werden können. Für den Ökonomen ist es ganz einfach, ein Land zu nehmen und zu sagen, da müsse ein Stück der Wirtschaft bereinigt werden. Aber bereinigen Sie einmal die Realität! Das ist eben gar nicht so einfach. (...) Wir müssen die Prioritäten auf die Menschen zurückführen. Nicht die Gesellschaft, nicht die Menschen haben sich anzupassen an die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft hat zur Kenntnis zu nehmen die Prioritäten der Gesellschaft!" (Udo Herrmannstorfer, "Arbeitslosigkeit", Vortrag in Basel, 17.3.1993)

Die Unternehmen stossen gegenwärtig die "Altlästen" aus der Hochkonjunktur ab (WoZ, 30.4.1993). Da aber das Elend der Arbeitslosigkeit das Elend von Arbeitslo-

sen ist, liegt der Trugschluss nahe, die eigene Arbeitslosigkeit als persönliche Schuld oder moralische Krankheit zu empfinden, bzw. sie von aussen als Ausdruck von Faulheit oder Unfähigkeit zu werten.

Aber Arbeitslosigkeit ist eine Krankheit am *sozialen Organismus*. Sie *däusert* sich am individuellen Organismus, sie *macht* den Einzelmenschen - als die Zelle des Sozialen - krank.

Mit Recht wird gelegentlich noch weitergegangen und gesagt:

Arbeitslosigkeit bedeutet den sozialen Tod. Denn wirtschaftliche Produktions- und Kreislaufprozesse sind gesellschaftliche Lebensprozesse. Ihnen entrissen zu werden, heisst in einen sozialen Todeszustand überzutreten,

dessen Symptome von Einsamkeit bis Suizidgefährdung sich deutlich genug aussprechen. Der äussere Status des arbeitslosen Menschen (mit seelischer Bedrückung kompensiert) ist das soziale Schweben: Innerhalb des Gesellschaftsgefüges flottiert der Entlassene gleich blossem Geist, existentiell wird er zum Beobachter.

Mit der Sozialkrankheit Arbeitslosigkeit öffnet sich ein Auge: die Arbeitsgesellschaft blickt durch die Arbeitslosen auf sich selbst. Darin liegt eine Chance für uns alle: aus dem blinden und tauben Schlaf des Sich-Identifizierens mit den Lebens- und Wachstumsprozessen der Wirtschaft zu erwachen, sich zu besinnen,

ZUSAMMENHÄNGE

dauerhafte Erhöhung der Beschäftigung ist kaum noch möglich. Im Gegenteil, in dem Mass, in dem der Produktivitätsfortschritt dauerhaft das Wachstum des Bruttoinlandprodukts überschreitet, kommt es zu einem ebenso dauerhaften Beschäftigungsabbau".¹⁾

Was die Arbeitslosigkeit an Einsicht vermitteln könnte, wird noch nicht begriffen. Darum spielt sich gegenwärtig etwas Gefährliches ab.

Wer erinnert sich: Vor 15 Jahren war noch allenthalben vom "Aussteigen" die Rede, und klar war auch, weshalb. Jetzt wird Drinbleiben oder Wiedereingliederung gefordert. - Das darf nicht zynisch klingen, sondern möchte auf etwas aufmerksam machen.

Arbeitslosigkeit ist zwar eine Sozialkrankheit, aber das herrschende Wirtschaftssystem ist doch nicht die gesunde Alternative! Im Gegenteil. - Ob den Schrecken der Arbeitslosigkeit droht das Bewusstsein über die Schrecken der Arbeitswelt verlorenzugehen. Hier, in dieser Betäubung, nicht in den Lohnkämpfen, könnte sich der Disziplinierungsdruck der Arbeitslosigkeit am verheerendsten auswirken. Gerade jetzt dürfen wir nicht bloss die Sozialantibiotika kurzfristiger unternehmerischer Zugeständnisse oder staatlicher Massnahmen fordern. Die Forderung, mit der uns das Gespenst der Arbeitslosigkeit konfrontiert, ist letztlich diese: die Arbeitswelt selbst verstehen und die Wirtschaft lebensvoll und menschenfreundlich umgestalten zu lernen.

Für das "für die Genesung des schweizerischen Arbeitsmarkts erforderliche mittel- bis längerfristige Wirtschaftswachstum von mindestens 3% pro Jahr (...) wäre notwendig, wovon weit und breit nichts zu sehen ist: wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen." (*Weltwoche*, 13.5.1993) In solchen Schlüssen gipfelt nicht nur Prof. Kleinewefers Weisheit. Die Entfesselung der Marktkräfte durch "Deregulierung, Liberalisierung, Revitalisierung" ist zum massenmagischen Ceterum censeo praktisch aller Politiker und Politikerinnen geworden. Wachstum...

Vor Zusammenhängen, wie sie in dieser Zeitung etwa Gil Ducommun entwickelt, stecken die meisten noch den Kopf in den Sand. Und davon gibt es ja genug: Die Wälder schrumpfen, die Wüsten wachsen, Pflanzen- und Tierarten sterben rasch weg,

jedoch "jetzt wird wieder in die Hände gespuckt / wir steigern das Bruttosozialprodukt"...

Die Arbeitslosigkeit positiv anzuschauen, zu fragen: "Wozu?", das mag für viele eine allzu grosse Provokation darstellen. Diese anzunehmen, ist aber lebensnotwendig.

Wie jede Krankheit macht die Arbeitslosigkeit sichtbar, was im scheingesunden Funktionieren zu wenig beachtet wurde: In der Arbeitslosigkeit drängen berechtigte Bereiche der gesellschaftlichen und individuell-menschlichen Wirklichkeit ans Licht, die im marktwirtschaftlichen Alltag hinter den Kulissen des inszenierten Systemes verborgen blieben.

Wachstum ist ein Merkmal der Jugendlichkeit. Im Zwang zum Wachstum verrät

sich die Jugendlichkeitsneurose einer Zivilisation, die noch nicht gelernt hat, in Würde und Weisheit mit dem Altern umzugehen, weil sie die Angst noch nicht überwunden hat. Doch indem wir den Tod von uns weisen, breitet er sich um uns herum aus.

In ihren Arbeitslosen hält unsere Gesellschaft inne und will lernen, diesen Tod selbst durchzustehen, um ihn der Welt zu ersparen.

Darum wird diese von oben forcierte "europäische Einigung", die ja nichts anderes darstellt als die Totalisierung marktwirtschaftlicher Prioritäten mit ihrem Wachstums-Credo, von der gleichzeitig vortretenden Massenarbeitslosigkeit nicht nur begleitet, sondern bis in ihre Prinzipien hinein in Frage gestellt.

Sich spiegelnder Schrecken

Wie wir bereits sahen: Arbeitslosigkeit

- stellt unsere Identität in Frage
- bedroht unsere soziale Zugehörigkeit
- entzieht uns die Lebensgrundlagen.

Nun gibt es bekanntlich auch ein immer verbreiterteres *Leiden an der industriellen Gesellschaft* überhaupt, am stinknormalen *boulot - bouffe - dodo* ("chrampfe - frässe - pfuuse"). Befund:

- *Identitätskrisen und allgemeine Sinnlosigkeitsgefühle* sind bereits die Regel. Die Selbstmordrate steigt. Die Empfindung, das eigene Wesen verwirklichen zu können, kennen fast nur Menschen, die sich dafür ständig gefährdete Bin nenräume ertröten.
- *"Lonely crowd" / einsam in der Masse* - das ist die Grundbefindlichkeit dieses Jahrhunderts. Die einstigen sozialen Netze wurden unter den Rädern des Fortschritts zerfetzt. Neue entstehen zögerlich und zeigen noch wenig Bestand. Auffanginstitutionen wie Alters- oder Pflegeheime haben sozialadministrativen Ghettocharakter. Die allgemeine Begegnung findet abends statt: Mit dem Fernseher, in Millionen guter Stuben.

- *Unsere Lebensgrundlage* ist der Planet. Was wir der Luft, dem Wasser und dem Boden, den Pflanzen und Tieren antaten und tun, das - wir wissen es alle - bedroht jetzt auch die physische Existenz der Menschheit selbst. Klimakatastrophen, Verseuchung, genverändernde Strahlun-

gen, neue Epidemien... von allen Seiten gähnt das Nichts.

Sprechen wir das Unsagliche aus: Das Leiden an der Arbeitslosigkeit ist nichts als eine Verdichtung unseres Normalzustandes.

Alles Besondere am Zustand der Arbeitslosigkeit ist "nur" Zusitzung des in der Marktwirtschaft Üblichen; Hervorbrechen dessen, was auch sonst in den Wirtschaftsräumen umherschleicht. Für Arbeitslose wird seelisch und leiblich *wahrnehmbar*, was den Arbeitenden vorläufig erst *denkbar* ist. Im Leiden seiner Arbeitslosen erlebt der gesellschaftliche Organismus ein partielles Erwachen. Nehmen wir teil an diesem Erwachen, indem wir unseren Anteil übernehmen am "Schicksal" der Arbeitslosigkeit! Das beginnt mit dem Bewusstwerden der eigenen Situation, d.h. dem grundsätzlichen Bedenken des Sozialen und der soeben gemachten Erkenntnis: Eine wesentliche Kluft zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden ist nicht gegeben. Sie entsteht nur dann und *in uns*, wenn wir diesen Anteil, diese Bewusstwerdung *nicht* übernehmen.

Die Zweidrittelgesellschaft - einer von drei Menschen sozialversicherungsabhängig, langzeitarbeitslos, deklassiert - eine blosse Bewusstseinsfrage? Nein! Aber alle

ZUSAMMENHÄNGE

Die Papiere...

Besteht nicht auch in der Schweiz oft eine geradezu vorausseilende Bereitschaft, diesen uniformierenden und alles einebnenden Rationalisierungsdruck als das Schicksal hinzunehmen, das keine andere Wahl zulässt? Als ob es der Weltgeist höchstpersönlich wäre, der da einer rotierenden Bürokratie zu höheren Weihen verhelfen würde.

Wer solche Fragen stellt, wird gewöhnlich auf anderslautende Papiere verwiesen. Wir sind hier von papiergebundenem Personal umgeben, bis hinein in Parlament und Bundesrat. Diese Papiere haben die Neigung, uns die Sicht auf die Realitäten zu verdecken, die von diesem neuen Europa ausgelöst werden.

(Rudolf Zihlmann
Der Markt als Mythos
Wochenend-Journal Luzerner Zeitung)

...von den Pültchen wischen...

Es genügte, wenn man den Mut hätte, jene Art von Hoffnung abzuwerfen, die nur Aufschub bedeutet, Ausrede gegenüber jeder Gegenwart, die versängliche Hoffnung auf den Feierabend und das Wochenende, die lebenslängliche Hoffnung auf das nächste Mal, auf das Jenseits - es genügte, den Hunderttausend verklavter Seelen, die jetzt an ihren Pültchen hocken, diese Art von Hoffnung auszublasen: gross wäre das Entsetzen, gross und wirklich die Verwandlung.

(Max Frisch
Tagebuch 1946-1949)

...und leben!

Unser wirkliches Leben ist mehr als der Produktionsfaktor Arbeit. Eine Gesellschaft, die nur die Leistungskurve der gesunden 25- bis 45jährigen im Blickfeld hat, richtet sich ein unrealistisches Weltbild ein, das sich so umwelt- und menschenverachtend gebärdet, wie wir es heute erleben. Wenn die mächtigsten in ihren Überlegungen vom Geringsten im gesellschaftlichen Leben ausgingen, käme das wirkliche Leben der Mehrheit der Menschen ins Blickfeld. Die neue Arbeits- und Lebensordnung von Gottes Gerechtigkeit, wie sie die Bibel zum Beispiel in den Seeligpreisungen ausdrückt, würde Leben und Arbeit solidarisch verbinden: Jeder könnte nach seinen Fähigkeiten mit seiner Person beitragen, belohnt nicht nur nach Leistungen und mit Geld, sondern vor allem mit den Inhalten seines Lebens. Nicht "was jemand leistet", sondern "wer eine/einer ist" fördert die Lebensqualität, die umwelt-, menschen- und gottesgerechtes Leben in Solidarität mit anderen verwirklicht.

(Armin Mettler
Auftrag I/1993)

• äusseren sozialen Einrichtungen und Verhältnisse sind doch einzig Ausdruck des Menscheninnern - Sozialgestalt gewordene Hoffnungen und Ängste, Egoismen und Gemeinschaftsbemühungen, Einsichten und Irrtümer. Bewusstwerdung auf individueller Ebene markiert damit den Beginn der Veränderung im Gesellschaftlichen.

• Daraus lassen sich die nächsten Schlüsse zu unserem Thema ziehen:

• Nehmen wir die Herausforderung Arbeitslosigkeit für eine grundsätzliche gesellschaftliche Selbstbefragung an, dann stehen mittelfristig epochale Vermenschlichungen des Systems und seine Anschmiegung an die Naturbedingungen in Aussicht.

• Das wird als Wohlfahrt erlebt werden.

• Setzen wir aber auch künftig - und stärker als bisher - auf das bestehende, konkurrenz-, wachstums- und ausbeutungsorientierte System, das mit Sozial- und Ökokosmetik vermehrt um Akzeptanz werben wird, dann wird die Zweidrittelgesellschaft von uns eingerichtet werden.

• Denn weiterhin und voluminöser werden wir die unserem gescheiten System innwohnende Abgründigkeit exportieren und als Sozialabgrund installieren.

• Und einer von drei wird seinen Wohlstand wahren wollen, national, kontinental, global. Damit ist das EWR/EG-Konzept bezeichnet.

• Wollen wir es?

Exil und Anreiz

Wie mögen Arbeitslose zurückdenken an damals, als das Leben am Feierabend, am Wochenende und so richtig in den nächsten Ferien stattzufinden schien?

Durch die Optik Motivation besehen, erweist sich Massenarbeitslosigkeit als infernalische Groteske:

Die Masse, die Arbeit hat, aber sie eigentlich gar nicht will, arbeitet in der beständigen Angst vor der Konkurrenzmasse, die Arbeit will, aber keine hat.

Ohne Arbeit fehlt der Lebenssinn. Darüber mag man sich mockieren, es bleibt dennoch eine Tatsache. Mit ihr ist befreundet, wer selbst eine befriedigende Arbeit ausübt. Nun ist uns aber, wie gezeigt, auch vollbeschäftigt der Lebenssinn weitgehend abhanden gekommen. Das stellt die Frage nach dem Sinn der Arbeit. Im blos Lebendig-bleiben-Können liegt er offensichtlich nicht.

Die Antwort unseres Wirtschaftssystems war bisher eindeutig. Allerdings galt sie einer "etwas" modifizierten Fragestellung: "Wie kann ich einen Mitarbeiter dazu bringen, etwas zu tun, was er aus sich heraus nicht tun will?"²⁾ Udo Herrmannstorfer nennt es den "Sündenfall der Arbeit": Gemäß herrschender Sichtweise kann und muss die Motivation am Arbeitsplatz von aussen gesichert werden, als Teil der Führungsaufgabe. Demotivationsverdacht trifft ja stets die Untergebenen, wenn auch inzwischen bis in die höchsten Ränge hinauf. Die Mittel: Zwang (Angst) oder Verführung.

Betriebswirtschaft als Dressurprogramm: Während der Hochkonjunktur wird gelockt, angereizt, belohnt. Dann - in Zeiten wie der unsrigen - schrumpfen die Spesenkonti wieder, werden Firmenausflüge in die Freizeit verlegt, fallen Extra-Prämien aus. Und Sätze werden geschrieben wie: "Sofern die lohnpolitischen Aktivitäten der Arbeitsplatzbesitzer nicht ohne weiteres direkt diszipliniert werden können, lässt sich ihre Position auch dadurch schwächen, dass man die Stellung der Arbeitslosen auf den Arbeitsmärkten stärkt. Dazu sind die Anreize so zu gestalten, dass sich die Arbeitslosen aktiver in das Arbeitsmarktgeschehen einschalten. Nur dann (...) steigt der lohnpolitische Druck auf die Arbeitsplatzbesitzer." (Norbert Berthold in NZZ, 27./28.3.1993)

ZUSAMMENHÄNGE

Das materialistische Bild des Menschen hat seit Adam Smith's "Wohlstand der Nationen" (1776) unsere Arbeitswelt auf fast dem ganzen Globus völlig durchformt. "Versprich ihm einen Nutzen, dann rennt er los. Aber reiche ihm nicht den Finger, sonst stiehlt er dir die Hand." Wo aber ein laufend erneuertes freies und freudiges Ergreifender Aufgabe, eine Sinnfindung bzw. -gebung von innen heraus nicht vorstellbar ist, da werden diesem auch die ermöglichen Verhältnisse nicht bereitet. Deshalb ist unsere Arbeitswelt schon lange so furchtbar, und sie ist es noch. Immer sauberer, aber entseelt. Das Leben fängt für die meisten nach 17 Uhr an, weil für ihr Wesen der Arbeitsplatz ein Sterben heißt. Auch das spiegelt der Sozialtod Arbeitslosigkeit, parabolisch verdichtet, lediglich zurück.

Und so macht ein Menschenbild sich selber wahr: es schafft in den Einrichtungen die ihm entsprechenden Konditionierungen. Und formt den Menschen nach seinem Bilde.

Allerdings stellt sich heraus, dass die Menschen es immer weniger mögen, nur als Egoisten angesprochen zu werden, auch nicht mit dem Zuckerbrot. Demotivierung ist jetzt zum gewichtigsten Binnenproblem der Wirtschaft geworden. Materielle Anreizstrategien mögen kurzfristigen Erfolg zeitigen, doch dann verkehren sie sich in ihr Gegenteil. "Alle Motivierung zerstört die Motivation. Diese Mechanik macht aus allen voll motivierten Mitarbeitern jene Heerscharen demotivierter Misserfolgsvermeider, die unsere Unternehmen bevölkern. Die Motivationslücke zwischen gemessener und möglicher Arbeitsleistung - Ursprung aller Motivierungs-Technik - entsteht tatsächlich. Die Motivierung ist die Krankheit, für deren Heilung sie sich hält" (R. K. Sprenger).

Das Bild des Menschen als Homo oeconomicus wird damit durchscheinend für die aus dem Arbeitsverhältnis ausgegrenzten Seiten unserer Gesamtgesellschaft. ³⁾ Ein falsches bzw. einseitiges Menschenbild kann sich nur vorübergehend durchsetzen, indem sich die unberücksichtigten Teile des Menschen zunächst in die innere Emigration - innere Kündigung - zurückziehen. Der Mensch scheint dann tatsächlich dem zu entsprechen, was man von ihm hält, und das System funktioniert reibungslos, wenn auch nicht effizient.

Wird aber das Leiden am unerfüllten Werdedrang zu gross, dann muss sich das vernachlässigte Wesen in die Verhältnisse einbringen und will diese zu ändern suchen: mit neuen Ideen, schöpferisch, oder mit Gewalt.

Derweil von "Tunix" bis "Null Bock" all das deutlich und oft genug ausgesprochen worden ist und jetzt das Schwelen in Europas Städten sich steigert, wird von oben mit einem Mega-Anreiz reagiert.

Nationale Deregulierung - internationale Harmonisierung - europäischer Binnenmarkt - Währungsunion - Vereinigte Staaten von Europa... Im Hintergrund walzt der Wille, die "formidablen Wachstumsmaschinen des Westens" ⁴⁾ zusammenzuschalten. Wozu? Was ist der äussere "Sinn" dieses grandiosen Manövers, für das man aus ordnungspolitischen Höhen herunter Verheissungen mit der grossen Kelle unter die Völker röhrt? Dort wird zwar gemeint, das Ganze sei nicht fürs Verstehen gemacht. Möglich. Was aber am EWR/EG-Projekt trotzdem überzeugend wirkt und in halb Europa vorübergehend ein hurtiges Losrennen zur Folge hat, das ist doch - einfach und einzig - das in Aussicht gestellte Mehr an materiellem Nutzen: mehr Produktivität, mehr Wachstum, mehr Lohn, mehr Konsum.

Anreiz, Bonus - wofür?

Europa wird grossräumig motiviert. Aber wozu?

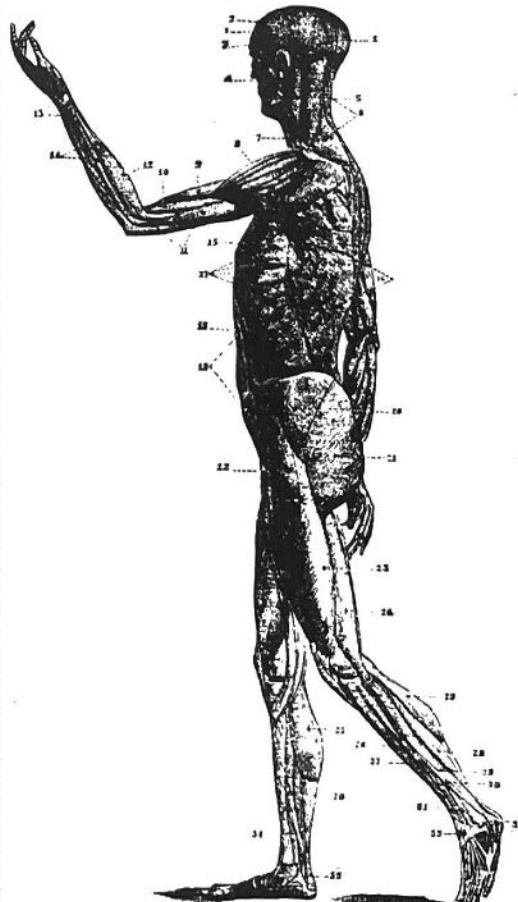
Seit 25 Jahren ist an diesem System immer pausenloser gerüttelt worden, wird aus ihm "ausgestiegen", werden schöpferische Neuansätze propagiert und experimentiert. Neben Tunix tut sich was. Und Brand-sätze fliegen.

Nun scheint es, als habe sich das System durch ein Heer von Funktionärsgehirnen und den diesen entwachsenen Vordenkern einen Plan ausgedacht. Die ganze Abteilung Europa soll um etliches straffer geführt werden. So viel war klar. Die Frage lautete: "Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger dazu bringen, etwas zu tun, was sie allein aus sich heraus nicht tun wollen - nämlich eigene politische Kompetenzen als Macht an die Spitze und in eine ferne Zentralität umlagern?" Dass die Antwort, die das System eben kennt, auf die Dauer nicht tragen wird, das kann es

Frei zirkulieren

Um die Menschen zu motivieren, muss man ihnen sagen, dass sie frei zirkulieren können und da arbeiten, wo sie es wünschen. Gleicher gilt für das Studium. Dass es eine gemeinsame Währung geben wird, das ist wichtig. Für die Menschen hat der Aufbau Europas positive Auswirkungen auf ihren Alltag. Dazu kommt, dass ein politisch vereintes, starkes Europa in der Welt eine führende Stelle wird einnehmen können.

(Jaques Delors)



ZUSAMMENHÄNGE

nicht wissen. Weil es ja ausgrenzt, was sich nicht einbinden lässt. Zum Beispiel in den Arbeitslosen. Aber die Angst, die Ausgegrenztes unweigerlich bewirkt, wird in der Festung disziplinarisch wieder verwertet: Schluss mit der "Volkaskommentalität", meint zum Beispiel Arbeitgeberchef Heinz Allenspach (*Weltwoche*, 29.4.1993). Angst gehört in der Zweidrittelgesellschaft zu den persönlich zu zahrenden Spesen derer, die dabei sind.

Zwischen Verführung und Zwang wird die echte, freie Leistung abgeschnürt. Grundsätzliches Fehlen der Motivation, sich überhaupt in das Erdenleben zu stellen, gehört zu den modernen Problemen schon der Kinderpsychologie. Die Jugendlichkeit, die das erklärtermassen ganz dem materiellen Eigennutz⁵⁾ verpflichtete marktwirtschaftliche System äußerlich für

sich reklamiert, die verdrängt es aus seinem Innern ständig. Und unter den Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch.

Das EWR/EG-Konzept ist daher unauglich für ein Land, einen Kontinent, eine Welt mit Aufgabenstellungen, die nur kreative, aus sich selbst heraus motivierte Menschen mit der Fähigkeit zu selbstloser Zusammenarbeit werden bewältigen können.

Sollte es sich dennoch durchsetzen, dann ist mittelfristig absehbar: Europas grosser Burn out und das - bereits einsetzende - Hereinbrechen der inneren und äusseren Ränder.

zügliche eine Vielfalt von Ideen und Impulsen frei - von Hilfe- und Selbsthilfeprojekten über neue betriebliche Absicherungsmodelle, Umverteilungen durch generelle Arbeitszeitverkürzung bis zum Vorschlag eines existenzsichernden, nicht an Erwerbsarbeit gebundenen Mindesteinkommens für alle.

Produktivitätssteigerung durch Technisierung und Rationalisierung bewirkt heute Arbeitslosigkeit, aber auch ganz neue Möglichkeiten der Vermenschlichung des Sozialen und der Befreiung des individuellen Menschen. Möglichkeiten, die wir noch kaum wahrnehmen, geschweige denn zu ergreifen begonnen haben. Durch Intensivierung der teuren, weder rationalisierbaren noch apparativ besorgbaren menschlichen Leistungen in Pflege, Erziehung, Forschung, Kultur könnte beispielweise zum einen ein breites Segment der Bevölkerung entghettoisiert und zum andern unsere ganze Kultur geistig enorm bereichert werden.

Was den Umgang mit den Arbeitslosen anbelangt, ist durchaus absehbar, dass die EG diese Problematik nach ihrer Façon zentral regeln wollen. Nicht einfach, weil das den folgerichtigen nächsten Schritt nach der Freigabe des Personenverkehrs und der Niederlassung bedeutet. Ein System, dessen eigener Sinn ganz auf Optimierung der Wirtschaft mittels Vereinheitlichungen ("Harmonisierung") zielt, muss die Arbeitslosigkeit - als Facette des Produktionsfaktors Arbeit - in eigener Regie administrieren. Zu sehr steht hier Systemzentrales in Frage, als dass die Systemzentrale auf die Dauer andere Antworten als ihre eigenen hinnehmen könnte.⁷⁾

Aus der EWR/EG-Konstruktion ist alles andere als die Po- saune einer neuen "Kultur des Teilens" in Europa zu erwarten. Wenn Marktwirtschaft seit jeher auf den Egoismus gesetzt hat, so erhält dieser durch die Rechtsregelung von EWR und EG nun noch Verfassungsrang.

Lage sein. Im Werden eben. So werden wir unsere Kultur überhaupt in eine neue Epoche überleiten. Nicht "Mehr", sondern "Besser" wird ihre Leitidee sein.

Vielleicht ist noch nie in der Geschichte der Menschheit die Vision so anders gewesen als die Wirklichkeit. Und doch: drängt sie nicht überall sanft herein?

Das EWR/EG-Konzept stellt sich dem Neuen entgegen. Versucht wird, das alte Denken über die an ihm zerbrechende Welt doch noch aufzutürmen.

Europas Pyramide: eine supra- nationale Machtstruktur.

2. Von innen und von aussen wachsen Ränder auf uns zu. Arbeitslose und Asylsuchende stellen uns vor eine Entscheidung, die wir bewusst, die wir gemeinsam fällen sollten:

Ausgrenzung - oder eine neue "Kultur des Teilens", des Ge- bens?

Der Schritt vom Trennen zum Teilen⁶⁾ bedingt das Ernstmachen mit den Grundrechten für alle. Dabei geht es nicht um Formalitäten, sondern letztlich um die fällige Neubeseelung unserer Gesellschaft aus den Kräften der Solidarität, der Liebe. Gerade die Arbeitslosigkeit setzt diesbe-

Das ist von grösster Bedeutung für die Zukunft Europas und der Welt. Haben denn im Grunde die Menschen in ihren Verfassungen bisher nicht dies versucht: einem gemeinsamen Ideal Form zu geben, dessen Verwirklichung sie selber und die Welt besser gemacht hätte?

Zusammenschau und Suche nach dem festen Punkt im Sozialen

Jede Krankheit hat eine expressive und eine kompensative Seite: Sie offenbart den verborgenen Misstand symptomatisch und berichtet ihn zugleich, wenn auch auf unwünschbare Weise; wer sich erkältet hat, gerät in Fieberhitze usw.

Wir haben versucht, die der Sozialkrankheit Arbeitslosigkeit innewohnenden Aufforderungen und Chancen zu erkennen. Dabei ist sie uns zum Massstab geworden. Fassen wir zusammen.

1. Der Sozialtod Arbeitslosigkeit ist Aufforderung und Anfang, uns von dem bloss quantitativen Wachsen zu befreien. Die Grenze, an welcher der individuelle Mensch sein Wachstum beendet und die diesem Wachstum zugrundeliegenden Kräfte in die Entfaltung von Fähigkeiten, den Erwerb von Mündigkeit und Identität umgibt, diese Grenze hat die Menschheit jetzt auch erreicht.

Nur geht es nicht naturhaft weiter:

Wir müssten lernen, den bloss materiellen Wachstumsbegriff umzudenken in die Bilderviel- falt des Werdens und uns in dieser heimisch zu machen.

Dann - nicht mit wirtschaftspolitischen Rezepturen -, erst dann werden wir ganz konkret die Dualität von Arbeit-Haben und Arbeitslos-Sein aufzuheben in der

ZUSAMMENHÄNGE

Für den Rechtskörper der EG aber gilt genau das Gegenteil: Käme er auf der ganzen Welt zur Durchsetzung, so erlitte diese den baldigen Kollaps. Vor unser aller Augen vollzieht sich eine ungeheure moralisch-ethische Umstülpung.

3. Der egoistische Standpunkt bewirkt, dass auch im Sozialen kaum anderes als Interessensgegensätze wahrgenommen werden können: zwischen "Arbeitsplatzbesitzern" und Arbeitslosen, zwischen Arbeit"nehmern" und Arbeit"gebern", zwischen Frauen und Männern, im Kleinen und im Grossen. Die Explosivität dieser Anschauungsart muss normativ geregelt werden. Herkömmliche Verträge stellen daher äusserliche Vereinbarungen gegenseitiger Verpflichtungen dar. Ihre Einhaltung unterliegt der Kontrolle, wiederum von aussen: durch den Abteilungschef, die Polizei, Nato-Truppen usw. Mit solch vormundschaftlichen Verhältnissen verbindet sich niemand gerne. Wo wir auch sind, legen sich Regelungen um uns. Sind wir Monstren? - Auch "gut gemeinte" Anreizstrategien können, da sie immer wiederum den Egoismus des Einzelnen ansprechen, Gemeinschaftlichkeit nur noch mehr verhindern. Das grassierende Unglück zeigt im Negativ, dass wir auf einen Irrweg geraten sind und uns mit den gemachten Erfahrungen schleunigst neu orientieren sollten.

Wenn von einem neuen Gesellschaftsvertrag die Rede geht,⁸⁾ dann steht dahinter die verzweifelte Suche Vieler nach dem festen Punkt im Sozialen, nach dem wahrhaft Elementar-Sozialen, nach einem Eckstein für die ganze Gesellschaft.

Erst wenn dieser gefunden ist, kann es auch ein "europäisches Haus", eine offene kontinentale Heimat geben. Denn was auf Egoismus gebaut wird, endet immer als Zellentrakt.

Der feste Punkt im Sozialen, auf dem dieses überall gründet und aus dem heraus es sich erbildet, müsste ein *gemeinsames Wollen* sein. Gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, dass ein solches existiert? Oder gehen wir alle - wie die Staaten der Europäischen "Gemeinschaft" - lediglich Nutzallianzen ein?

Ein neuer Gesellschaftsvertrag wird eine Beschreibung von Tatsachen geben - oder scheitern wie zusehends jeder moralische "Appell". Anders gesagt: Wir müssten irgendwo im sozialen Leben einen bereits existierenden, objektiven, von allen immer und überall beziehbaren Punkt *erkennen* können. Einen Punkt, über welchen das Individuum

erstens mit seinem eigenen Wesen in die Gemeinschaft hereintritt,

zweitens aus innerem Bedürfnis die Gemeinschaft in sich hineinnimmt, sich mit ihr identifiziert.

Es ginge somit nicht darum, irgendwelche allgemeinen Verträglichkeitsmassnahmen auszuklügeln, sondern für die - noch hypothetische - Existenz des echten, bisher möglicherweise verworfenen Ecksteins unserer modernen Gesellschaft zu erwachen. Zu erwachen für jenen Ort, an dem wir - genau umgekehrt, als Adam Smith es meinte - dank unserem selbstlosen Wollen für andere stets den grösstmöglichen Nutzen für uns selbst davontrügen.

Eine Utopie? Oder gibt es diesen Ort? Steht er auch Arbeitslosen und Randgruppen offen?

Diesen Fragen wollen wir im nächsten FORUM MAGAZIN nachgehen.

Markus Sieber

Anmerkungen:

- 1) *Absorption des Produktivitätsfortschritts*
- = Wiedereinstellung der durch Rationalisierung Entlassenen.
- *Bruttoinlandprodukt* = realer Produktionsausstoss.
- *Produktivität* = BIP dividiert durch das Arbeitsstunden-Total.
- Zitat aus Weltwoche, 13.5.1993.
- 2) Reinhard K. Sprenger - Autor des Buches "Mythos Motivation", Campus Verlag 1992 - in: Organisationsentwicklung, 2/92, S.7
- 3) Und Arbeitslose erfahren neben allem anderen auch die Verkümmерtheit ihres (unseres!) nicht ökonomisierbaren Wesens.
- 4) Peter Niggli, Widerspruch , 23/92, S. 48
- 5) "Die wirtschaftlichen Triebkräfte scharen sich bei Smith um die zentrale Vorstellung des Eigennutzes. Dessen individuelle Verfolgung im Wettbewerbsprozess ist die Ursache grösstmöglichen öffentlichen Nutzens: Zitieren wir Smiths berühmtesten Sätzen: 'Nicht vom Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe.' (...) In unserer eigenen Zeit (kam) der Markt zu dem nachgerade theologischen Prädikat der Allgüte; Smith hätte das nie gebilligt. Und doch, völlig irdisch betrachtet, war es ein ungeheuerer Schritt, den Smith hier tat. Bislang war derjenige, der sich seiner eigenen Bereicherung widmete, Gegenstand von Zweifeln, Verdacht und Misstrauen gewesen, Gefühlen, die noch über das Mittel-

ZUSAMMENHÄNGE

alter hinaus bis auf biblische Zeiten und die Heilige Schrift selbst zurückgingen. Nunmehr war er eben aufgrund seines Eigennutzes zum kommen. Und das setzt sich bis in unsere Tage fort." (John Kenneth Galbraith, Die Entmythologisierung der Wirtschaft, Knaur 1990, S. 82f.)

⁶⁾ Es ist bemerkenswert, welch nachhaltiger Klang von diesem Begriff ausgeht. Er wird von so verschiedenen Seiten ausgesprochen wie z.B. dem deutschen Links-Grünen Thomas Schmid, der christlich-fundamentalistischen "Fokolar"-Bewegung, dem ehemaligen Uno-Generalsekretär Perez de Cuellar, dem Sozialwissenschaftler Udo Herrmannstorfer.

⁷⁾ Solch Hintergrundes drücken Sätze aus wie jene des langjährigen Brüsseler Korrespondenten Jörg Thalmann, einem eigentlichen, hochaktiven EG-Fan: "Wirtschaftspolitik inklusive Arbeitsbeschaffung ist immer noch [Hervorhebung ms] eine Domäne, welche die zwölf nationalen Regierungen sich selber vorbehalten. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft, welche die zwölf EG-Länder miteinander bilden, bisher [Hervorhebung ms] mit ihren [nämlich eben nicht-zentralisierten, ms] Mitteln und Regeln unfähig war, ihren Bevölkerungen genügend Arbeit zu bieten." (Basler Zeitung, 27.3.1993)

⁸⁾ So u.a. auch in aller Ausführlichkeit seitens der Gewerkschafts-Bundesrätin Ruth Diefuss anlässlich ihrer Rede an der Arbeitslosen-Demo "Gegensteuer" vom 27.3.1993 in Bern.

Maastricht und Deutschland

- *Die Europabegeisterung in Deutschland schwindet. Wirtschaftskrise und immer neue Spannungen im Europäischen Währungssystem haben den Plan von der gemeinsamen Euro-Währung beschädigt. Der Kanzler will gegensteuern, er besetzt wichtige Positionen in der Geld- und Währungspolitik mit Maastricht-Freunden. (...) "Dem Kohl in Europafragen zu widersprechen", so ein Kanzler-Berater, "wäre für jeden von uns tödlich."*
- *Den meisten Deutschen ist das gesamte Projekt unheimlich. Die bunten Werbebroschüren des Finanzministeriums, in denen die Euro-Währung als so "stark wie die Mark" bejubelt wird, blieben bisher wirkungslos. Europakritiker Peter Gauweiler (CSU) frohlockt: "Unklar ist doch nur noch, ob 70 oder 90 Prozent eine Euro-Währung ablehnen."*
- *Die Devisenmärkte geben dem Projekt offenbar keine Chance. (...)*
- *Skepsis und Zweifel dürfen in Bonn nicht laut geäusserst werden. Bekennende Kritiker werden als Anti-Europäer denunziert, als Nationalisten oder engstirnige Provinzler beschimpft. "In Deutschland wurde eine Schweigespirale in Gang gesetzt", so der Staatsrechtsler Hans Heinrich Rupp, "die es den Kritikern des Maastricht-Vertrages schwermacht, sich zu artikulieren." So soll es nach den Plänen des Kanzlers auch bleiben.*

(Der Spiegel 15/1993)

Der Geist von Maastricht

- *Im Maastrichter Dokument ist ein Regionalrat vorgesehen, seine Ausgestaltung ist noch nicht weit gediehen. Dem umfangreichen Unionsvertrag fehlt wegen der mühsam zustande gekommenen Kompromissformeln und trotz der Offenheit für weitere Entwicklung die Überzeugungskraft. Seine Anfangsworte sind die Titel der Staatschefs der EG-Mitgliedländer.*

(NZZ, 15.5.1993)

Sind "wir" auch dabei?

Der Wolf hütet die Schafe

- *Die grossen Pharmahersteller der Schweiz und Deutschlands legen der EG ein Rahmenprogramm vor, das die Kostenlawine im Gesundheitswesen bremsen und die Prinzipien "Marktfreiheit" und "Solidarität" versöhnen will: schon fast so etwas wie die Quadratur des Kreises.*

(Cash, 14.5.1993)



ZUSAMMENHÄNGE

Die Zeche bezahlen die Kindeskinder

Die Konsequenzen einer wachsenden Staatsverschuldung

Der antizyklischen Fiskalpolitik nach vulgär-keynesianischer Manier haben Wissenschaft und Politik schon längst ein Valet erteilt. Gleichwohl ist in Deutschland und anderen Ländern die Staatsverschuldung wieder im Steigen begriffen. Warum? Weil auf diesem Wege (...) Verteilungskonflikte "bequem" gelöst werden können, indem Lasten von den heute lebenden auf kommende Generationen verschoben werden.

(*NZZ*, 27./28.6.1992)

Für eine Zivilisation der freien Zeit

Alles Reden über die Notwendigkeit oder die Möglichkeit einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung führt nur zu einem Aufschieben der Suche nach einer neuen Nutzung der Zeit in den Industriegesellschaften. (...)

Was angestrebgt werden muss, ist eine tatsächliche Selbstverwaltung der Zeit und des Tagesablaufs als Voraussetzung dafür, dass jeder und jede einzelne den Strom der freien Zeit entsprechend seinen bzw. ihren individuellen Projekten und der familiären Situation ausgestalten kann. Und es geht darum, "eine Kultur der selbstbestimmten Tätigkeiten zu entwickeln", um "die Ausbeutung der Menschen durch die Unterhaltungs- und Freizeitindustrie zu verhindern" (Grundwerteprogramm der SPD).

(André Gorz
Woz, 26.3.1993)

• Vor 144 Jahren:

Naiv - oder noch unbefangen?

Die Entstehung der Arbeitslosigkeit

Praktisch und unparteiisch dargestellt von Samuel Bähler, ein Mann aus dem Arbeiterstande. Bern 1849

Wenigen ist es Ernst, den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen. Die Einen suchen das Uebel unserer Drangsalszeit in der allzustarken Bevölkerung, Andere in engherzigen Aristokratie- und Zwangsherrschaftsgelüsten, Andere in den Prinzipien des verderblichen Radikalismus und in der revolutionären europäischen Volksbewegung, Andere in der mangelhaften Handhabung der Reziprozität und Blossstellung der Schweizergränze in Betreff ausländischer Handelswaaren und fertigter Professionsartikel. (...) Bei tieferem Nachdenken und bei ernster Ueberschauung dieser angeregten Sache stellt es sich klar und deutlich heraus, dass die Menschen in einer religiösen, politischen und materiellen Verwirrung, ja am Vorabend einer dreifachen fürcherlichen Erschütterung stehen (...). Alle fühlen ein starkes Unbehagen, alle wissen es und sind überzeugt, dass der Zustand der Dinge nach der jetzigen Hauptrichtung sich jedenfalls noch verschlimmern muss, und doch will merkwürdigerweise Niemand angreifen, Niemand will hervortreten und es wagen, mit entschiedener Willenskraft in diesem Sinne zu handeln, um das unsichere gesellschaftliche Leben auf einen solidern Anhaltspunkt zurückzuführen. (...)

Statt (...) mit gemeinsamen Kräften zu arbeiten, schreit Jeder nur nach Abhülfe seines eigenen Uebels und protestirt dann ge-

gen jede anderweitige Verbesserungsvornahme. Diess grässliche Uebel gibt sich kund durch alle Klassen hindurch, vom Tagelöhner bis zum Kapitalisten; Jeder sorgt nur allein für sich, und demzufolge gehen alle in der Gesamtheit zu Grunde.

Wie könnte es anders sein? (...)

Die Gewerbefreiheit, wie sie heute aufgefasst und gehandhabt wird, ist in ihren Folgen nichts Anderes als eine herkulische Peitschrunthe, womit die Arbeiter hin und her getrieben werden, bis endlich das ganze Volk den Schmerz empfinden muss. Und dieses Raubthier sollte ein Volk unter sich nicht zu beseitigen das Recht haben? Was, es sollte uns nicht möglich sein, Dasjenige aus der Gesellschaft zu entfernen, was sich durch die Erfahrung als höchst schädlich herausgestellt hat und wovon sicher und gewiss ist, dass die schwersten Folgen der Zukunft nicht entgehen werden?

Samuel Bähler war, gemäss der Einleitung zu seinem Buch, ein Mann, "der selber wohl weiss, dass er nicht wie ein Fachgelehrter auftreten kann, der aber auch nie Gelegenheit gehabt, die zahlreichen Werke der Autoren zu durchstöbern und Dasjenige von ihnen zu entlehnen, was der Sache dieser Abhandlung hätte dienen können" und sich deshalb "zum Voraus genöthigt (sieht), zu erklären, dass (ihm) das Glück einer guten Schulbildung leider nicht zu Theil geworden"; "er hat nur durch mehrjährige praktische Anschaun und Erfahrung das Bedürfnis und die missliche Lage des Arbeiterstandes kennen gelernt und die Ueberzeugung gewonnen, dass zur Herstellung eines dauerhaften Völkerfriedens die Vornahme einer radikal=durchgreifenden Verbesserung unseres ausgearteten gesellschaftlichen Zustandes unerlässliches und dringendes Bedürfnis sei."

LITERATUR

Für eine vertiefte Beschäftigung mit den Hauptthemen in diesem FORUM MAGAZIN bieten sich die folgenden Schriften an. Die Literaturangaben der einzelnen Artikel sind in den wenigsten Fällen noch einmal berücksichtigt worden.

EWR-Abstimmung

- ** H. Kriesi, C. Longchamp, F. Passy, P. Sciarini: **Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. Dezember 1992 (EWR)**, Vox Nr. 48, Adliswil 1993 (Bestelladresse: GfS-Forschungsinstitut, Zürichstr. 107, 8134 Adliswil, Fr. 25.-)
- ** D. Hug, L. Kummerer, A. Vatter: **Die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR**, Eine Analyse der Gemeinderesultate, Zusammenfassung, Forschungszentrum für schweizerische Politik, Uni Bern, Febr. 1993, im Auftrag des Bundesamtes für Statistik, Schwarztorstr. 96, 3003 Bern (031/61 84 55)
- ** H.-P. Meier-Dallach, Rolf Nef: Scherbenhausen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zwischen den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten, 15.12.1992, Cultur Prospektiv-Institut, Gasometerstr. 28, 8005 Zürich (01/271 83 88)
- ** Die offizielle Gratis-Schrift des **Integrationsbüros**: CH-Euro, Integrationsbüro, Sektion Information, Bundeshaus Ost, 3003 Bern (031/61 26 38). Zweimonatlich.
- ** EURO-INFO, Informationen über den europäischen Wirtschaftsraum, Schweizerische Zentrale für Handelsförderung OSEC, Stampfenbachstr. 85, 8035 Zürich (01/365 51 51), vierzehntäglich, Abo Fr. 90.-. Der Bundesrat hat dem Parlament einen 1,3 Mio-Kredit vorgeschlagen, damit bei der OSEC ein Korrespondenzzentrum der Euro-Info-Zentren der EG errichtet werden kann. (Bund, 13.5.1993)
- ** Treaty on European Union (Maastrichter Vertrag, erhältlich bei: OSEC, Zürich, Adresse siehe oben)
- ** EGmagazin, Zeitschrift für den Binnenmarkt, im Buchhandel oder Nomos Verlag, Waldseestr. 3-5, D-W 7570 Baden-Baden (0049-7221-2104-0). Themen 1993: Nr. 1/2 Der Start (des Binnenmarktes); Nr. 2 Freizügigkeit mit Hindernissen; Nr. 3 Weltraum als sechster Kontinent -10 x jährlich, Heft DM 5.- Abo DM 54.-

Kritische Schriften

- ** Europa-Rundbrief der DESKO (Demokratie, Selbstbestimmung, Kooperation), Postfach 1814, 8040 Zürich - 8 - 10 x pro Jahr gegen Kostenbeitrag
- ** FAKTUM, Bulletin und Pressespiegel des (bürgerlichen) Schweizerischen Aktionskomitees gegen EWR- und EG-Diktat - für eine weltoffene Schweiz, Postfach 8118, 3001 Bern (031/26 23 22) - 14täglich
- ** EG-Realitäten, Unabhängiges Informations-Bulletin zur EWR/EG-Problematik, Radika-Verag, Postfach 339, 6370 Stans (041/61 02 02) - zweimonatlich, Abo Fr. 18.- /Hefte à Fr. 1.50
- ** Stopp dem Beton, Nr. 25/März 1993, Das Nein zum EWR-Beitritt hat gewonnen, Postfach 1206, 4601 Olten - vierteljährlich - Abo Fr. 12.-
- ** Gerhard Graf, **Was nun? - Die Schweiz nach dem 6. Dezember 1992**, Eigenverlag Dr. G. Graf, Unter der Sonnhalde 5, 4410 Liestal, 1992
- ** DER SPIEGEL DOKUMENT, Europa im Aufbruch, **Der EG-Bericht zum Binnenmarkt** in Auszügen, SPIEGEL-Verlag, Postfach 11 04 20, D-W 2000 Hamburg 11 (0049-40-3007-0)
Ab Heft 3/1993 erschien im SPIEGEL eine Serie: **Europas langer Weg ins organisierte Chaos**, von Heiko Martens und Harald Schumann

- ** Wolfgang Hingst, 10 Thesen gegen Grosseuropa. Ein Essay wider den Größenwahn, Orac Verlag, Wien 1992
- ** Jürgen Roth/Marc Frey: **Die Verbrecher-Holding. Das vereinte Europa im Griff der Mafia**, Piper Verlag, München 1992, 436 Seiten, Fr. 38.-
- ** European Network News, The June Movement, Nybrogade 18, DK - 1203 Copenhagen K (Kurzmeldungen von EG-kritischen Bewegungen aus vielen Ländern)

Arbeitslosigkeit

- ** Beschäftigung in Europa 1992, Kommission der EG, erhältlich bei: OSEC, Stampfenbachstr. 85, 8035 Zürich (01/365 54 49)
- ** Arbeiten in der Schweiz, Ergebnisse der ersten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 1991, Bern 1992, Bundesamt für Statistik, Schwarztorstr. 96, 3003 Bern (031/61 84 55), Bestell-Nr. 377, Fr. 9.-
- ** Die Lage auf dem Arbeitsmarkt Dez. 1992, Pressedokumentation, Informationsdienst BIGA, Bundesgasse 8, 3003 Bern (031/61 29 02)
- ** Kalter Kaffee GANZ HEISS! Die Zeitung von Arbeitslosen für Arbeitslose und Arbeitsbesitzende, Herausgeber: ZAK! Zürcher Arbeitslosenkomitee, Postfach 744, 8026 Zürich (01/201 32 41) - Abo Fr. 20.-/Heft Fr. 2.-
- ** Projekte für Arbeitslose, Ein Handbuch für die Praxis, Hrs. Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk SAH, Zürich 1992, 116 Seiten, Fr. 29.-
- ** Frauengewerkschaft Schweiz, Bulletin vom März 1993 zu Arbeitslosigkeit, GHS, Postfach 8207, 3001 Bern (031/22 95 26)
- ** LE MONDE diplomatique, Mars 1993, No 468: Vers une Révolution du Travail, 15, rue Falguière, 75501 Paris Cedex 15, France
- ** Ferdinand Lechner/Walter Reiter (Hrs.), **Arbeitsstiftungen**, Erfahrungen und Entwicklungsperspektiven, Wissenschaftsverlag, Prosklogasse 1/12, A - 1060 Wien (siehe auch Tages-Anzeiger vom 10.3.1993: Hilfe für Arbeitslose? Von Österreich lernen! von Michael van Orsouw und Walter Wyss)
- ** Peter Füglstaler/Maurice Pedergnana, **Wege zu einer sozialen Schweiz**, Schweizerische Sozialpolitik nach dem Jahre 2000, Orell Füssli Verlag 1993, 230 Seiten, Fr. 44.- (Zwei Wirtschaftswissenschaftler haben sich zum Ziel gesetzt, konkrete "Rezepte für eine sozial gerechte Schweiz" vorzulegen, die sich bis ins Jahr 2000 verwirklichen lassen. TA, 10.4.1993)
- ** Stefan Leber u.a., **Arbeitslosigkeit**, Ursachen und Auswege, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1984
- ** Udo Herrmannstorfer, **Scheinmarktwirtschaft** - Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1991
- ** Udo Herrmannstorfer, **Die Zukunft wagen. Die Verantwortung der Schweiz für Europa**, Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Brosiweg 10, 4143 Dornach, 1992
- ** Ulrich Duchrow, **Europa im Weltsystem 1492 - 1992**, Gibt es einen Weg der Gerechtigkeit nach 500 Jahren Raub, Unterdrückung und Geldver(m)einhaltung? Kairos Europa, Vertrieb: Junge Kirche, Mathildenstr. 86, D-W 2800 Bremen 1 (0049-421-7 16 48). Mit einer ausführlichen, kommentierten Bibliographie zum EG-Binnenmarkt 1992 - DM 4.- plus Porto

SCHLUSSBLICK

Wir haben Angst vor den freien Menschen.

Die gesamte Arbeit - alles gemeinsame Handeln der Menschen - soll voraussehbar und planbar, das heisst berechenbar sein. Jeder soll tun und denken, was der "Arbeitgeber" ihm vorschreibt, und auch das nur dann, dort und so schnell oder so langsam, wie es angeordnet wird. Wer der eigentliche Arbeitgeber ist, wissen wir gar nicht. Vielleicht hätten wir vor ihm - wenn wir ihn kennen würden - noch mehr Angst als vor den Menschen und würden dann Vertrauen zu den Menschen fassen.

Arbeitgeber sind Gedankenstrukturen, die sich unseres Denksystems bemächtigt haben. Alle befleissigen sich, das System funktionsfähig zu halten und geben dabei jeden Eigenwillen auf. Wir bezahlen Arbeit und Arbeitslosigkeit, damit Gedankenlosigkeit, Gefühlslosigkeit (auch Sozialarbeit, Dienstleistung und Erziehung geschieht weisungsgebunden und wird rational kontrolliert) und Willensschwäche bei Arbeitern und Angestellten veranlagt und erhalten bleiben. So entsteht ein Zustand allgemeiner Bewusstlosigkeit in bezug auf die wahren Ursachen, die wahren Auftraggeber und die wahren Ziele bzw. die zu erwartenden Ergebnisse. Immer mehr Arbeitslose werden sich dieser Situation bewusst. Sie kommen zusammen und arbeiten. Sie nehmen die Arbeitslosenunterstützung und lassen sich - teilweise ausgrund besonderer Vereinbarung, teilweise auch ohne darüber zu reden - Arbeit nicht verbieten. Sie bearbeiten das, was sonst liegenbleibt, weil es wegen der hohen Lohnkosten niemand bezahlen kann und will.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen den Grundsatz: Wer das Geld hat - hat das Sagen. Sie werden nicht arbeitslos gemacht, sie kündigen. Sie leben lieber im "Schattenwirtschaft", oft am ausserhalb der Legalität. Sie sam" in aller Stille wahr und Nischen des Systems bemerkt das System sie dulden muss. Ein Einkommen haben und le-Arbeiten können und bestimmen, falls Menschenrecht. Zwischen ne Abhängigkeit. Immer mehr bomben bauen will oder nicht, Freiheit meiner Entscheidung werden, dass ich in dem einen den muss und im anderen Falle leben kann.

Immer mehr Menschen bilden und Lebensgemeinschaften. In das Subkultur oder einer offiziellen Statistik soll es kleinen und Kleinstbetriebe geben, pachten oder nutzen se, verlassene Hofstellen, Fa-ihere elementaren Lebens- und Nahrung, sicherzustellen eines solchen Wirtschaftens frei darüber zu entscheiden, ob sie darüber hinaus für einen höheren Lebensstandard tätig sein wollen. Die Antwort darauf, dass die "Arbeitgeber" kein Interesse mehr an ihren Angestellten und Arbeitern haben, muss sein, dass andererseits auch die Arbeiter und Angestellten kein Interesse mehr an den Arbeitgebern haben. Der aus dem Dualismus gedanklich notwendig folgende Klassenkampf, der seinerseits wiederum den Dualismus erst schafft, muss allmählich bewusst und gezielt übergeführt werden in eine Pluralismus der Individuen. Das befürchtete Chaos wird nicht eintreten. Die aufeinanderprallenden Einzelegoismen als wirtschaftliche Gedankenstruktur, die dieses Chaos bewirken könnte, wird abgelöst durch eine Struktur des Altruismus. Es klingt wie Blasphemie und Zynismus: Die Arbeitslosen selbst - diejenigen, die keine bezahlte Arbeit haben -, nur sie sind in der Lage, unbezahlte freie selbstbestimmte Arbeit zu tun. Freie - unbezahlte - Arbeit ist unerschöpflich.

Lasst uns miteinander ohne Bezahlung Schulen, Ausbildungsstätten, landwirtschaftliche Betriebe, Fabrikationsstätten, Banken, Sozialeinrichtungen und vieles andere mehr errichten. Keiner wird uns verhungern lassen, keiner wird uns die Arbeitslosenunterstützung oder andere Hilfen entziehen. Alle werden froh sein, dass wir arbeiten und nicht randalieren, alle werden sich mit uns freuen, dass unser Land schöner gemacht und nicht von Arbeitslosen, die nicht arbeiten dürfen, demoliert bzw. demontiert wird. Lasst aus einsamen Arbeitslosen freie Arbeitsgemeinschaft werden!

Zusammengestellt aus Wilhelm Ernst Barkhoff, Arbeitslosigkeit - Freiheit zur Arbeit. Eine Chance zum Umdenken, in: Arbeitslosigkeit, Stuttgart 1984



"Untergrund", in der Rande oder auch bereits nehmen ihr "Recht auf Ungehörfaffen, dass keiner sie in den oder dass sie so viele sind, dass Immer mehr Menschen denken: ben können ist Menschenrecht. was man arbeiten will, ist eben-diesen beiden Rechten besteht kei-Menschen denken: Ob ich Atom-will ich selbst entscheiden. Die soll nicht dadurch beeinträchtigt Falle mit meiner Familie Not lei-mit meiner Familie im Wohlstand

selbständige, autonome Arbeits-der etablierten Gesellschaft wird Schattenwirtschaft genannt. Nach immerhin schon 80'000 solcher ben. Immer mehr Menschen kau-grössere Territorien (Bauernhö-brikgelände), um dort zunächst bedürfnisse, nämlich Wohnung und dann auf der Grundlage ei-

nern solchen Wirtschaftens frei darüber zu entscheiden, ob sie darüber hinaus für einen höheren Lebensstandard tätig sein wollen. Die Antwort darauf, dass die "Arbeitgeber" kein Interesse mehr an ihren Angestellten und Arbeitern haben, muss sein, dass andererseits auch die Arbeiter und Angestellten kein Interesse mehr an den Arbeitgebern haben. Der aus dem Dualismus gedanklich notwendig folgende Klassenkampf, der seinerseits wiederum den Dualismus erst schafft, muss allmählich bewusst und gezielt übergeführt werden in eine Pluralismus der Individuen. Das befürchtete Chaos wird nicht eintreten. Die aufeinanderprallenden Einzelegoismen als wirtschaftliche Gedankenstruktur, die dieses Chaos bewirken könnte, wird abgelöst durch eine Struktur des Altruismus.

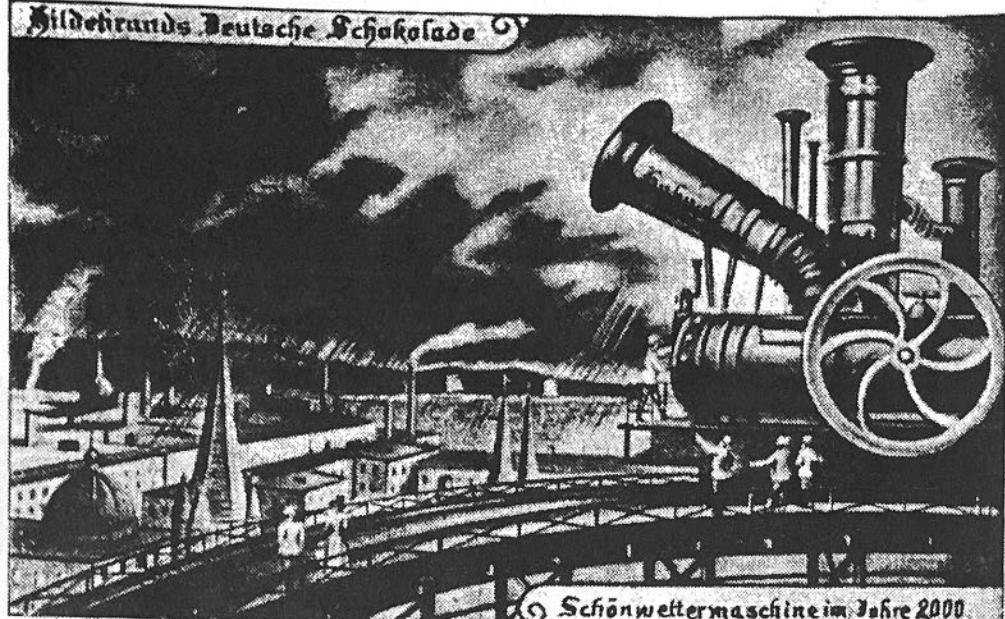
Es klingt wie Blasphemie und Zynismus: Die Arbeitslosen selbst - diejenigen, die keine bezahlte Arbeit haben -, nur sie sind in der Lage, unbezahlte freie selbstbestimmte Arbeit zu tun. Freie - unbezahlte - Arbeit ist unerschöpflich.

Lasst uns miteinander ohne Bezahlung Schulen, Ausbildungsstätten, landwirtschaftliche Betriebe, Fabrikationsstätten,

Banken, Sozialeinrichtungen und vieles andere mehr errichten. Keiner wird uns verhungern lassen, keiner wird uns die Arbeitslosenunterstützung oder andere Hilfen entziehen. Alle werden froh sein, dass wir arbeiten und nicht randalieren, alle werden sich mit uns freuen, dass unser Land schöner gemacht und nicht von Arbeitslosen, die nicht arbeiten dürfen, demoliert bzw.

demontiert wird. Lasst aus einsamen Arbeitslosen freie Arbeitsgemeinschaft werden!

FESTUNG EUROPA?



Die Lust an freien Räumen...

...vor der EWR-Abstimmung...

"Ich will Europäer sein, weil ich Lust dazu habe. Ich sehne mich nach grösseren Räumen, nach weniger Verkrustung, nach Ideen und Anregungen von aussen. Vor aller Staatspolitik will ich Europa zuerst mal für mich."

(Miklos Gimes
Magazin 49/92)

...nach der EWR-Abstimmung

Die Realität ist wie immer einen Schritt vor- aus. Deutschland etwa baut einen elektrischen Zaun an der Grenze zu Polen. Kameran werden montiert, Alarmanlagen, Hunde werden trainiert, neue Beamte eingestellt. Die Zivilisation beginnt ab sofort an der Oder. Der Preis wird hinaufgeschraubt, der Preis für das Ticket ins Paradies.

(Miklos Gimes
Magazin 12/93)

- Europa der Bürger oder Europa der Polizisten?

Schengener Abkommen

Ein Europa ohne Grenzen und Schlagbäume - das ist das Ziel jener EG-Staaten, die sich im sogenannten "Schengener Übereinkommen" zusammengefunden haben. Die Idee wurde 1985 in der luxemburgischen Stadt Schengen geboren. Zurzeit sind neun von zwölf EG-Staaten - Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien - Mitglieder des Vertragswerks.

In einem am 19. Juni 1990 unterzeichneten Zusatzprotokoll haben die Beteiligten festgehalten, es seien wegen Wegfalls der Binnengrenzkontrollen "Ausgleichsmassnahmen" - sprich verschärzte Grenzkontrollen - an den Aussengrenzen des Schengener Raumes zu ergreifen. Die Realisierung der im Schengener Vertrag enthaltenen Grundsätze war ursprünglich bereits per Anfang dieses Jahres vorgesehen. Jetzt soll der Vertrag im Laufe des Jahres 1993 in Kraft treten. Vorgesehen sind außerdem eine einheitliche Behandlung von Asylsuchen, eine koordinierte Visapolitik und der Aufbau eines "Schengen-Informations-Systems" (SIS). Dieses Computerfahndungssystem soll in Strassburg installiert werden.

(Basler Zeitung
31.3.93)

Euro-Armee und Frankreich

Als F. Fillon anfangs März seinen Artikel "Le domaine partagé de la défense" in Le Monde publizierte, war er einfacher Parlamentsabgeordneter. Heute ist er Minister für höhere Bildung und wissenschaftliche Forschung. Fillon gehört der seit den Wahlen dominierenden Partei Frankreichs an, dem Rassemblement pour la République (RPR, ehemalige Gaullisten). In seinem Artikel legt er das verteidigungspolitische Programm des RPR dar.

Für Schweizer Leser besonders interessant ist der Passus, in dem zunächst erklärt wird, dass die (französische) Armee aus einer reinen Defensivarmee zu einem Instrument gemacht werden soll, das immer mehr ausserhalb Frankreichs eingesetzt wird. Die Armee soll dazu dienen, "fern von den Landesgrenzen eine Weltordnung zu sichern, die der französischen Sicht der Dinge entspricht". Die Armee soll als "Ergänzung der französischen Aussenpolitik" benutzt werden. Im RPR herrscht die Ansicht vor, dass dazu eine Professionalisierung der Armee notwendig ist. Fillon ist auch der Meinung, dass die Rüstungsindustrie vom Staat beeinflusst und aktiv unterstützt werden sollte.

Da die französische Armee wohl einer der stärksten der EG-Länder ist und zweifellos den Kern der geplanten EG-Armee bilden wird, müssen diese Pläne ernst genommen werden. Dass Fillon mit seinen Ansichten nicht allein steht, geht aus dem Artikel "Une armée sur laquelle le soleil ne se couche jamais" des Journalisten J. Isnard hervor: auch hier wird der Standpunkt vertreten, dass die Armee mehr und mehr zu einem komplementären Instrument der Diplomatie werden wird. Diese Tendenzen sollten von den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis genommen werden. Sie sollen hier nicht kritisiert werden, aber sie stehen in diametralem Gegensatz zur traditionellen Neutralitätspolitik der Schweiz und zum Prinzip der Milizarmee. Falls die Schweiz sich der EG annähern will, sollte sie dies im Bewusstsein tun, dass sie es mit mächtigen Partnern zu tun haben wird, die eine militärische Grossmachtspolitik im Auge haben. Wollen wir dies?

Ch. Jungen, France

(Die Le Monde-Artikel können bei der Geschäftsstelle oder bei Aimette Jungen, Dalmaziqai 45, 3005 Bern, bezogen werden.)

Vom europäischen Desaster

Thema der Mai-Ausgabe der Kulturzeitschrift "du" ist der Balkan. Oder wie es die Unterzeile des Hefttitels besser umreisst: "Ein europäisches Desaster" ("du", Heft Nr. 5/1993, Fr. 14.-). Herzstück ist eine Serie von 49 Fotos, aufgenommen durch Thomas Kern zumeist in Bosnien-Herzegowina im letzten Halbjahr. Nein, keine Kriegsbilder, es sind Fotos vom Leben im Krieg. Schwarzwäiss.

Davor und danach kommentieren Intellektuelle aus Ex-Jugoslawien und anderen europäischen Ländern sechs oft gehörte Formeln und Vorurteile.

Das erste: "Der Pazifismus war unsere letzte Utopie." Arnold Künzli denkt über ein militärisches Eingreifen nach. Aber was geht uns das Geschehen dort eigentlich an? Gehört der Balkan zu dem Europa, das wir meinen? Lässt sich der grausame Krieg vielleicht durch die Beteiligten zum Sonderfall erklären? Paul Parin empfiehlt, "die Frage nach einer besonderen Disposition zur Aggressivität südslawischer Völker fallenzulassen und sich der Analyse jener Umstände zuzuwenden, die eine aggressive und zerstörerische Politik befördern und hervorbringen." Und trägt seinen Teil dazu bei.

Besonders viel Stoff zum Nachdenken bietet für uns eine Kontroverse zwischen Peter Glotz und Jürg Theiler. Während der deutsche Bundestagsabgeordnete die Nationen mit lockeren Wendungen als "Kopfgeburten" und blosse "Episoden der Geschichte" beurteilt, gräbt der Zürcher Wirtschaftswissenschaftler tiefer und erkennt ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Grenzen, dessen Missachtung nicht ungestraft bleibt.

Boris Buden, Slavenka Drakulic, Miljenko Jergovic, Vesna Kesic, Nermina Kurspahic und Slavoj Zizek sind die Autorinnen und Autoren, welche als direkter Betroffene über den Krieg in Ex-Jugoslawien und seine Hintergründe schreiben. "Ich weiss nicht, wieviel Zeit vergehen muss, bis ich Gewalt am Bildschirm als Fiktion wieder werde aushalten können", erklärt eine von ihnen im Prolog des Heftes. Anlass für ihre Ueberlegung ist eine Diskussion, die in London zur künstlerischen Qualität eines Films über Gewalt geführt wird. Im gleichen, kleinen Europa, aber weit weg.

Hans Steiger

Jugoslawien

Friedensforscher Johan Galtung schlägt "neuen Verhandlungsansatz" unter Teilnahme aller südosteuropäischen Staaten vor.

Bei den für die Jugoslawien-Politik der EG verantwortlichen politischen Beamten ist in letzter Zeit durchaus eine tiefe Ernüchterung über den bisher mit dem Vance-Owen-Prozess gewählten Ansatz festzustellen. Sie sehen inzwischen sehr klar die eigenen schweren Fehler und wären dankbar für neue Vorschläge, die aus der Sackgasse führen könnten. Allerdings dürften vorläufig ihre Chefs, die EG-Aussenminister, das Scheitern ihrer Politik und ihre Verantwortung hierfür kaum öffentlich einräumen.

Der Vorschlag für einen neuen Verhandlungsansatz müsste daher zunächst von anderer Seite in die internationale Diskussion gebracht werden. Ein möglicher Rahmen wäre die (Gesamt-)KSZE. Hier könnten zunächst die durch Fehler und Versäumnisse in der Jugoslawien-Politik bisher unbelasteten osteuropäischen Staaten wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik die Initiative ergreifen und den Westeuropäern, aber auch den USA und Russland ermöglichen, sich ohne Gesichtsverlust anzuschliessen.

(Bund
26.4.93)

Das Ärgernis des westlichen Protektionismus

Trivial ist die Behauptung, dass es für entschlossene Reformen (in den postkommunistischen Ländern) keinen Ersatz gibt. Wahr ist aber auch, dass gut konzipierte und durchgeführte Reformen misslingen können, wenn die externen Bedingungen widrig sind. Hier denke ich besonders an die seitens der EG und gewisser anderer Länder getroffenen Massnahmen zur Marktzutrittsbeschränkung für die aus Osteuropa stammenden Produkte.

Leszek Balcerowicz
"Architekt der polnischen Reformpolitik"
(NZZ, 24./25.4.93)

Osteuropa-Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) in London mit ihrem "flamboyanten Präsidenten" Jaques Attali, der sich wie ein Staatsoberhaupt benehme, hat in den ersten beiden Jahren für Einrichtung und Unterhalt, Löhne und allgemeine Unkosten fast das Doppelte von dem ausgegeben, was sie in den Ländern des ehemaligen Ostblocks investierte. Die Bank wurde mit Staatsgeldern gegründet, um dem privaten Sektor jener Länder zu helfen.

(Berner Zeitung
23.4.93)

Ein Vertrag mit "Vorreiterfunktion"

Polen und Deutschland haben ein Abkommen über die Rücknahme von Asylbewerbern geschlossen. Darin verpflichtet sich Polen zur Aufnahme von in Deutschland abgelehnten Asylbewerbern, die über Polen in die Bundesrepublik gekommen sind. Im Gegenzug erhält Polen 120 Millionen Mark.

(Tagwacht
8.5.93)

Solidarisch und selbstbestimmt: Beispiel Alpen

Der neu formulierte Zweckartikel nennt als Ziel unseres Forums "solidarische Beziehungen der Schweiz mit Europa und der Welt bei möglichst selbstbestimmter Zukunftsgestaltung und direkter Demokratie". Was heisst das konkret? Hans Steiger, SP-Nationalrat und bei der Alpen-Initiative zur Umlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene engagiert, nimmt die internationale Zusammenarbeit im Alpengebiet als Beispiel.

In der EWR-Kampagne war ich als Vertreter des "grünen Nein" fast täglich mit dem Vorwurf eines unsolidarischen Isolationismus konfrontiert. Wie war ich da froh um die frische Erinnerung an Erlebnisse und Gespräche meiner zehn Tage bei TransALPedes! Erstens wurde dort meine Skepsis gegenüber EG und EWR nicht nur von den meisten Schweizerinnen und Schweizern, sondern auch von den meisten Mitwandernden aus Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich geteilt. Zweitens war der gemeinsame Gang durch die europäische Problemregion Alpen ein sehr gutes Modell für eine Art von Zusammenarbeit, die international nottut.

Präzis ein Jahr nach Start des langen Marsches von Wien nach Nizza erscheint im Juni ein Buch, in dem von Mitgliedern der TransALPedes-Kerngruppe dokumentiert wird, was sich da lokal, regional und über die Staatsgrenzen hinweg bewegt. "Alpenglühn" versteht sich nicht nur als praktisches Wanderbuch, sondern als ein Handbuch über Widerstandsgruppen und Ansätze für ökologisch vertretbare Problemlösungen in diesem Gebiet. An einer Tagung vom 10. bis 13. Juni wird zudem in Salecina über weiterführende Vernetzungen diskutiert. Der programmatische Titel hier: "Wo Menschen sich erheben".

Vorbereitung auf die Alpen-Initiative

Als aktueller Modellfall aus der Schweiz kommt natürlich auch die Volksinitiative "da las Alps" zur Sprache, über die Ende dieses oder zu Beginn des kommenden

Jahres abgestimmt wird. Sie fordert einen Schutz des Alpengebietes vor schädlichen Auswirkungen des Transitverkehrs durch eine konsequente Verlagerung der Gütertransporte von Grenze zu Grenze auf die Schiene; die Kapazität der Transitstrassen dürfe in der Schweiz nicht mehr erhöht werden.

Isolationistisch? Unsolidarisch? Nein, nur vernünftig! Es soll endlich getan werden, was tausendfach in Absichtserklärungen von Bern bis Brüssel postuliert ist. Auch im Transitabkommen mit der EG. Bei den Menschen, die sich in benachbarten Ländern gegen den wachsenden Terror des Schwerverkehrs wehren, spürte ich nicht Angst vor einer Verlagerung auf andere Transitachsen, sondern Hoffnung auf die positive politische Wirkung einer derartigen Weichenstellung in der Schweiz. Auch die bestehenden Gewichtslimiten und zeitweisen Fahrverbote sind ihnen eine Handhabe, ähnliches für sich zu verlangen. Dass wir mit unseren direkt-demokratischen Instrumenten vorangehen können, wird als Chance gesehen.

Noch haben wir es in der Hand, unsere Lösungen von unten gegen die expansionorientierte Binnenmarktstrategie zu stellen. Es lohnt sich, die Abstimmung gut vorzubereiten. Nach ersten Meinungsumfragen sieht es für uns nicht schlecht aus. Und die Kampagne beginnt offensichtlich überall recht lustvoll. Als wir etwa beim Zürcher Komitee zur Unterstützung der Alpen-Initiative zwei, drei Wanderungen für den Sommer ins Auge fassten, dachten wir kaum an das, was nun vorliegt: ein Programm mit insgesamt sechs Exkursionen, die fast alle Problembereiche der Alpenregion berühren. Es reiht sich in eine bunte Palette weiterer Angebote anderer Regionalgruppen ein.

Umweltforschung ohne Grenzen

Für die Themenstellung des Forums ist vielleicht speziell der Besuch in der "Stazione Alpina Piora" vom 3./4. Juli interessant. Professor Kurt Hanselmann von der Universität Zürich orientiert dort nicht

nur über die konkreten Projekte des von drei Kantonen gemeinsam getragenen Forschungszentrums zwischen Airolo und dem Lukmanier. Er zeigt auch auf, wie die interdisziplinär konzipierte Arbeit im Zusammenhang mit der internationalen Umweltforschung im Alpenraum steht. Die schon lange vor dem EWR unterzeichnete Alpenkonvention gab Anstösse dazu; Piora ist ein Beitrag der Schweiz. Weil dort die Ökosysteme in den Alpen als "empfindliche Anzeiger für Klima- und andere Umwelt-Veränderungen" betrachtet werden, weist er in doppeltem Sinn über die Grenzen hinaus.

Hans Steiger

Unterlagen über diese 4. Alp-Exkursion des Regionalkomitees Zürich und die Initiativkampagne allgemein beim Sekretariat der Alpen-Initiative, Postfach 29, 3900 Brig, Telefon 028/24 22 26

Daten:

3. Alp-Exkursion:
Sonntag, 20. Juni 1993
Wurzeln und Visionen im Altdorfer Bannwald
4. Alp-Exkursion:
Samstag/Sonntag, 3./4. Juli 1993
Einblicke in die Stazione Alpina Piora
5. Alp-Exkursion:
Dienstag - Samstag, 10.-14. August 1993
Saumwege von Zürich bis zum Gotthard
6. Alp-Exkursion:
Samstag/Sonntag, 11./12. September 1993
"Rindersterben" in unseren Alpen?

Global konferieren, lokal umsetzen

Zur paneuropäischen Umweltkonferenz in Luzern vom 28. - 30. April 93

Die Konferenz endete mit Misserfolgen, die den Erwartungen entsprechen: So war zu erwarten, dass reiche und arme Staaten mit ihren unterschiedlichen Interessen und Prioritäten sich nicht plötzlich auf eine europäisch koordinierte Energie- oder CO₂-Abgabe einigen können (in der Schlusserklärung wird bloss die alte Untätigkeit mit einer neuen unverbindlichen Formulierung caciert). Es war auch zu erwarten, dass so verschiedene Staaten wie Frankreich und Österreich sich - trotz unsicheren Reaktoren in Osteuropa - nicht zu einem gemeinsamen Bekenntnis für den Ausstieg aus der Atomenergie finden werden (die Forderung nach langfristigem Atomausstieg ist immerhin als Fussnote einer Minderheit in der Schlussdeklaration enthalten).

Aus zwei Gründen beurteile ich die Konferenz gleichwohl als Erfolg:

Erstens: Die Delegationen aus Ost- und Westeuropa, vor allem aber auch die internationalen Organisationen und Finanzinstitute, anerkennen das Umwelt-Aktionsprogramm für Osteuropa (UAP) als Grundlage für ihr zukünftiges umweltpolitisches Handeln. Das 320seitige Strategiepapier zeigt bemerkenswert deutlich, was dort mit Priorität zu tun ist und was nicht. Vorrang haben Investitionen in Notstandsgebieten, wo die Gesundheit der Menschen unmittelbar bedroht ist, und Massnahmen, die mit beschränkten finanziellen Mitteln die grösste Umweltentlastung bewirken. Einfache Staub- und Russfilter zum Beispiel haben damit Vorrang vor teurer, aus dem Westen importierter Rauchgas-Reinigungstechnik. Politische und wirtschaftliche Massnahmen, welche die Energieverschwendungen und mithin die Umweltbelastung reduzieren, müssen ergriffen werden, bevor man Geld in die Sanierung von Energieproduktionsanlagen investiert, die es bei effizienterer Energie Nutzung gar nicht mehr braucht.

Allerdings bleibt die einhellige Zustimmung zum Umwelt-Aktionsprogramm für Osteuropa nur dann ein Erfolg, wenn das Konferenz-Papier lokal umgesetzt wird,

wenn die Gruppen und Menschen in den betroffenen Gebieten die Projekte mittragen. Hier spielen die lokalen Umweltorganisationen eine wichtige Rolle. Das Aktionsprogramm lasse sich nur dann wirksam umsetzen, wenn die Umweltorganisationen stark in den Umsetzungsprozess einbezogen werden, denn bei den Regierungen fehle es an Information und teils auch an Interesse, sagte die Slowakin Mara Silina, Mitglied der Delegation der Umweltorganisationen, in Luzern. Und selbstbewusst fügte sie an: "Wir haben konkrete Vorstellungen darüber, wie das Programm umgesetzt werden kann."

Zweitens: Eine Nachfolgekonferenz in Bulgarien ist bereits beschlossen worden. Das fördert nicht nur den Kongresstourismus, sondern garantiert, dass der Prozess "Umwelt für Europa" autonom weitergeführt werden kann, und zwar in einem Gremium, in dem alle europäischen Staaten gleichberechtigt vertreten sind. Umweltpolitisch fortschrittliche Einzelstaaten, zu denen bisher auch das Nicht-EG-Mitglied Schweiz gehörte, vor allem aber auch nichtstaatliche Basis- und Umweltorganisationen können in diesem offenen Gremium mehr bewegen als in den festen Institutionen wie etwa der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) oder der Westeuropäischen Gemeinschaft (EG). Denn wenn es um eine fortschrittliche europäische Umweltpolitik ging, hat zumal die EG bisher mehr blockiert als bewegt.

Hanspeter Guggenbühl
(aus Desko-Rundbrief 4/93)

Seltsame Argumentationen

Als J. Delors letzthin in Schweden weilte, wies er darauf hin, manche Probleme seien gemeinsam besser zu lösen. Schweden habe selbst die Erfahrung gemacht, dass Umweltprobleme, ob es sich nun um die Verschmutzung der Ostsee oder der Gewässer um die russische Halbinsel Kola handele, auf nationaler Basis nicht gelöst werden könnten. Seltsam am Argument ist, dass dies für den EG-Anschluss Schwedens sprechen soll. Immerhin gehören die baltischen Staaten und Russland nicht zur EG. Soll nun jeder Staat mit jedem Staat immer dann eine politische Union bilden, wenn sie ein gemeinsames Problem haben? Eine solche Auffassung spricht nicht für eine europäische Union, sondern für einen Weltstaat, da wir alle irgendwelche Probleme haben, die wir besser in Zusammenarbeit als in Isolation lösen. Delors geht es allerdings erklärtermassen um die Schaffung einer europäischen Grossmacht. Schlechte Argumente für schlechte Projekte.

(pr)



Forum gegen EWR- und EG-Beitritt

Bewegung für eine direktdemokratische, um-weltverbundene Schweiz

Das Forum wurde mit Engagement und Zeitdruck im Sommer 1992 auf die Abstimmung hin begründet. Darin verbanden sich betroffene Menschen mit Politikern aus dem ökologisch-sozialen Spektrum. Neben der Geschäftsstelle in Bern waren vor allem die Regionalgruppen aktiv. Sowohl seriöse Themenblätter wie hinterhaltige Narren-Aktionen wurden gemacht.

Ende April 1993 hat die Generalversammlung die Statuten des Forums der neuen Situation angepasst. Eine dezentrale Struktur soll aufrechterhalten bleiben. So möchten wir zu regionalen Arbeitsgruppen anregen - siehe untenstehenden Aufruf von NR Rudolf Hafner - und können uns solche gerade auch im Zusammenhang mit den Themen unseres MAGAZINS vorstellen: Nr. 2 EG und Luft/Ozon/ökologisches Gleichgewicht, Nr. 3. EG und Demokratie/Macht. Wenn Sie etwas unternehmen oder vorhaben, geben Sie uns doch bitte Bescheid. Insbesondere sind wir Ihnen auch dankbar, wenn Sie uns gutes Material (auch Bilder/Karikaturen) zu den genannten Themen schicken. Oder kernen Sie Geschäftleute, die ein Inserat bei uns plazieren würden?

Neben der laufenden Bürotätigkeit und dem MAGAZIN führen wir auf der Geschäftsstelle ein Archiv zur EG-Problematik. Wir sind daran, Kontakte zu internationalen EG-kritischen Gruppierungen aufzubauen. Betreut wird die Geschäftsstelle von Markus Sieber und Gerold Aregger. - Der Vorstand des Forums ist wie folgt zusammengesetzt: NR Rudolf Hafner, Annette Jungen und Paul Ruppen bilden den Ausschuss. Die weiteren Mitglieder sind: Bernhard Achermann, Markus Buchmann, Seraina Greub, Susanne Stalder, NR Hans Steiger, Dr. Christian Thomas.

Ziel des Forums ist es, Sammelbecken für eine breite Opposition gegen EWR/EG zu werden, mit Schwerpunkt auf Umwelt- sozialen und Demokratie-Fragen.

Geschäftsstelle:

Sandrainstr. 83, 3007 Bern

Tel. 031 / 46 03 15

Bürozeiten:

Montag - Donnerstag 10.00 - 12.00

Bitte helfen Sie mit, das Forum zu verbreitern und neue Mitglieder und Spenderinnen und Spender zu finden. Um unsere Aktivitäten, insbesondere auch das MAGAZIN, weiterführen zu können, sind wir dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Mitglieder mögen uns Ihren Jahresbeitrag 1993 von Fr. 50.- (ermäßigt Fr. 20.-, Aufgrund hochwillkommen) bitte bald einzahlen. Herzlichen Dank!

Statuten

I) Name und Sitz

Art. 1 Unter dem Namen Forum gegen EWR- und EG-Beitritt besteht ein Verein (nachfolgend Forum genannt) gemäss Art. 60 ff. ZGB mit Sitz in Bern.

II) Zweck

Art. 2 Ziele des Forums sind solidarische Beziehungen der Schweiz mit Europa und der Welt bei möglichst selbstbestimmter Zukunftsgestaltung und direkter Demokratie. Das Forum bemüht sich als EG-kritische Bewegung nach dem Nein zum EWR am 6. Dezember 1992 um eine sachliche Information und Diskussion über die Außenpolitik unseres Landes sowie Themen der Innenpolitik, die für das Außenverhältnis der Schweiz relevant sind. Wichtig sind dabei besonders demokratische, ökologische und soziale Kriterien; abgelehnt wird jede unnötige Vereinheitlichung und Zentralisierung. Interregionale und internationale Zusammenarbeit im obigen Sinn wird befürwortet. Das Forum orientiert die Mitgliedschaft über aktuelle Entwicklungen, ist bei der Beantwortung von Fragen aus diesem Bereich behilflich und sorgt für eine entsprechende Dokumentation. Der Kontakt mit ähnlich ausgerichteten Organisationen im In- und Ausland wird gesucht und eine Ausweitung der Diskussion durch Zusammenarbeit mit rechtlich und verwaltungsmässig selbständigen Regionalgruppen angestrebt, sowie eigene Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Bei politischen Sachentscheiden kann mit informativen Kampagnen und Abstimmungsempfehlungen eingegriffen werden.

Art. 3 Parteipolitisch und konfessionell ist das Forum unabhängig; es distanziert sich ausdrücklich von nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen.

Art. 4 Das Forum verfolgt einen gemeinnützigen Zweck und erstrebt keinen Gewinn.

III) Mitgliedschaft

Art. 5 Mitglieder können juristische und natürliche Personen werden, die den Forumszweck unterstützen wollen. Der Vorstand ist für die Aufnahme zuständig.

Art. 6 Alle Mitglieder haben das gleiche Stimm- und Wahlrecht. Die juristischen Personen haben je eine Stimme.

Art. 7 Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Tode, dem Austritt oder dem Ausschluss des Mitgliedes. Der Austritt kann jederzeit nach dreimonatiger Vorankündigung an den Vorstand erfolgen. Ein Ausschluss kann vom Vorstand ohne Grundangabe verfügt werden. Ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder besitzen keinerlei Ansprüche an das Forum.

Art. 8 Bei einem Ausschluss oder einer Aufnahmeverweigerung besteht ein Rekursrecht

an die Mitgliederversammlung.

IV. Finanzielle Mittel

Art. 9 Das Forum erhält seine Mittel aus den Mitgliederbeiträgen und Spenden/Zuwendungen sowie allfälligen Zinserträgen.

Art. 10 Der Mitgliederbeitrag wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

Art. 11 Für alle Verbindlichkeiten des Vereins haftet ausschliesslich das Vereinsvermögen. Jede Haftung der Mitglieder ist ausgeschlossen.

V) Organe

Art. 12 Die Organe des Forums sind: 1. die Mitgliederversammlung 2. der Vorstand 3. die Geschäftsstelle 4. die Kontrollstelle.

Art. 13 Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich statt. Die Einberufung hat mindestens 14 Tage vor dem angekündigten Termin, unter Bekanntgabe der Traktanden, schriftlich zu erfolgen.

Art. 14 Ausserordentliche Mitgliederversammlungen werden vom Vorstand einberufen, wenn wichtige und dringende Geschäfte es erfordern oder wenn mindestens ein Fünftel aller Mitglieder dies schriftlich und mit Angabe der zu behandelnden Geschäfte verlangt. Die Versammlung muss innert zwei Monaten nach zugestelltem Begehr stattfinden.

Art. 15 Der Mitgliederversammlung stehen folgende Befugnisse zu: - Jährliche Wahl der Vorstandsmitglieder, sowie deren Abberufung - Wahl des Rechnungsrevisor/der Revisorin und einer Ersatzperson - Abnahme des Jahresberichtes des Vorstandes - Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes - Genehmigung eines Tätigkeitsprogrammes - Beschlussfassung über Statutenänderungen - weitere vom Vorstand unterbreitete Geschäfte

Art. 16 Bei Abstimmungen und Wahlen entscheidet das einfache Mehr.

Art. 17 Der Vorstand konstituiert sich selbst. Er besteht aus Mitgliedern, die ihren Lebensunterhalt nicht vorwiegend aus Mitteln des Vereins bestreiten. Er kann einen Ausschuss bilden und besetzt die Geschäftsstelle.

Art. 18 Der Rechnungsrevisor/die Revisorin (oder Ersatzperson) hat seine/ihr ihm gemäss Gesetz und Statuten zustehenden Befugnisse auszuüben. Er/sie muss an der Mitgliederversammlung vertreten sein und hat zur Jahresrechnung einen Bericht mit Antrag zu verfassen.

VI) Auflösung

Art. 19 Zu einem Auflösungsbeschluss ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Ein persönlicher Anspruch der Mitglieder auf das Forumsvermögen ist ausgeschlossen. Allfällige übrigbleibende Vermögenswerte des Vereins gehen mit Beschluss des Vorstandes an eine gemeinnützige Organisation.

(Diese Statuten wurden von der Gründungsversammlung am 12.8.1992 einstimmig beschlossen und von der Generalversammlung am 23.4.1993 abgeändert.)

Bildung von Arbeitsgruppen

Ein wesentlicher Gesichtspunkt der EWR- und EG-Frage ist die Bewusstseinsbildung bzw. die damit zusammenhängende Information. Einerseits ist der Einzelne nicht mehr in der Lage, die Informationsflut zu überblicken und über alle Sachverhalte auf dem Laufenden zu sein. Anderseits erschwert gerade die enorme Informationsmenge rund um den EWR- und die EG-Frage den Blick auf die zentralen Sachverhalte. So kann man sich fragen, ob wirklich die Hälfte der Schweizerbevölkerung im Zusammenhang mit der EWR bewusst einen grossen Teil der "eigenen" Volksrechte einschränken wollte.

Aufgrund der positiven Erfahrung in Bern, wo sich zu einer Veranstaltung über die direkte Demokratie gegen 30 interessierte Menschen einfanden (wobei nur die Forumsadressen im Kanton Bern angeschrieben wurden), möchten wir Sie anregen, in ihrer Gegend ebenfalls solche Veranstaltungen zu organisieren oder Arbeitsgruppen zu bilden. Die Form von Arbeitsgruppen mit einer beschränkten Anzahl TeilnehmerInnen gibt die Möglichkeit eines lebhaften Austauschs und echter Diskussionen. Wir erachten dies auch im Hinblick auf wahrscheinlich kommende neue Abstimmungen (in politischen Kreisen ist die Rede von einer zweiten EWR-Abstimmung pro 1994/95) als wünschenswert bzw. notwendig.

Paul Ruppen (Vorstandsmitglied/Politologe) und der Unterzeichnende sind bereit, mit Referaten zu einer entsprechenden Arbeit beizutragen (insbesondere zum Thema Demokratie - andere Themen auf Anfrage). Die Geschäftsstelle kann mit Adresslisten der Region, Dokumentationen zu bestimmten Themen u.a. helfen.

*Viel Initiativkraft wünscht
für den Forumsvorstand:*

Rudolf Hafner
Nationalrat, Bern

Petition

Im April konnte die von Frau Balastèr, Frau Brüggen und Herr Prof. von Wartburg getragene *Petition zur gesetzlichen Regelung der Informationstätigkeit der Behörden bei Abstimmungen* (bzw. Verbot von Propagandatätigkeit) zuhanden des Parlamentes übergeben werden. Es sei an dieser Stelle allen, die beim Sammeln der rund 5'000 Unterschriften beigetragen haben, herzlich gedankt! - Das Anliegen der Petition wurde bereits in der April-Sondersession mittels einer Parlamentarischen Initiative (Vorstoss, der von einer Kommission behandelt werden muss) aufgegriffen.

Offenes Forum-Treffen auf dem Uetliberg / ZH

Nach Maastricht

Eine politische Diskussion über die neuesten Entwicklungen in Europa und über unseren Handlungsspielraum

Gesprächsleitung: NR Hans Steiger
Mit Beiträgen von Christian Thomas und Paul Ruppen

Zeit: Samstag, 19. Juni 93 um 14.00 Uhr bis gegen Abend (bei schönem Wetter im Freien)

Treffpunkt: 13.30 Uhr beim Bahnhof Uetliberg (Zug ab Zürich Hauptbahnhof: 13.07, Gleis 2 - unter Shop-Ville)

Treffpunkt für Wanderer: 13.50 Uhr, beim Holzbrunnen, 50 m unterhalb Rest. Uto Staffel

Anmeldung: Geschäftsstelle Forum, Sandrainstr. 83, 3007 Bern Tel: 031/46 03 15 (Mo bis Do 10.00 - 12.00) oder bei Christian Thomas: 01 / 426 65 46



FORUM SCHWEIZ DAS MAGAZIN

Forum gegen EWR- und EG-Beitritt
Bewegung für eine
direktdemokratische,
um-weltverbundene Schweiz
Sandrainstr. 83, 3007 BERN

Zutreffendes durchkreuzen - Marquer ce qui convient Porte une croche secondo il caso				
Wegzogen; Nachsenden ist abgelaufen A dementiag; Dati di spedizione expiré ^o Traslocato; Terme di spedizione scaduto	Adresse unbekannt Inconnu Insufficiente Insufficiente	Abgerast ohne Adressangabe Parti sans laisser d'adresse Partito senza lasciare indirizzo	Gestorben Diede	Gestorben Diede

AZB
3007 Bern